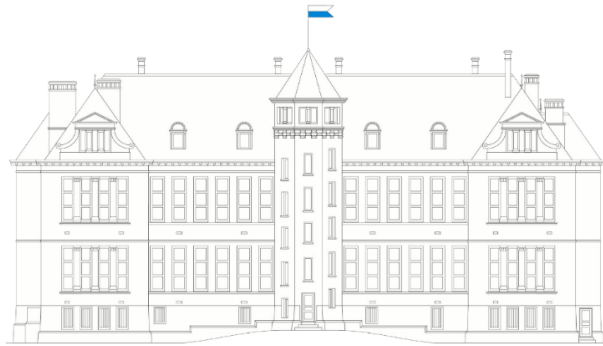


EUROPABERICHT



**Vertretung des Freistaates Bayern
bei der Europäischen Union
in Brüssel**



INHALT

POLITISCHE SCHWERPUNKTE UND EUROPÄISCHES PARLAMENT	9
COVID-19	9
Kommission schlägt für Wiederaufbau langfristigen EU-Haushalt 2021 – 2027 in Gesamthöhe von 1,85 Bio. € vor	9
Europäisches Parlament: Wiederaufbauplan der Kommission stößt auf breite Zustimmung	9
Ratspräsident <i>Michel</i> fordert Mitgliedstaaten zu Kompromissbereitschaft auf / Unterschiedliche Reaktionen in den Hauptstädten	10
Plenardebatte des Europäischen Parlaments am 14./15.05.2020	10
Europäisches Parlament übt breite Kritik an ungarischer Corona-Notstandsregelung	10
Reisen ins europäische Ausland: Zehn Außenminister einigen sich über nächste Schritte für Tourismus	11
Beratungen der Kultur- und Medienminister: Auswirkungen der Corona-Krise auf den Kultur- und Medienbereich	11
Beratung der Verteidigungsminister: erstes Resümee aus der Krise und Sorge um Einsatzbereitschaft der weltweiten EU-Missionen	12
Rat und Europäisches Parlament stimmen Hilfspaket von 3 Mrd. € für Partnerländer zu	12
Internationale Zusammenarbeit: EU-Hilfe gegen COVID-19 für Entwicklungsländer nochmals aufgestockt	13
SONSTIGES	13
Kommission veröffentlicht überarbeitetes Arbeitsprogramm	13
Beratung der Außenminister: Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts ist Interesse der EU / Erdgasbohrungen der Türkei auf Staatsgebiet Zyperns	14
Beratung der Europaminister: Vorbereitung der Konferenz zur Zukunft der EU und des ersten Jahresberichts „Rechtsstaatlichkeit in der EU“	14
Umfrage des Europäischen Parlaments: Bürger wollen mehr Kompetenzen für die EU	15
Deutsche Ratspräsidentschaft I: Bundeskanzlerin erläutert ihr Programm den Spitzen des Europäischen Parlaments	15
Deutsche Ratspräsidentschaft II: Nähere Informationen auf der Webseite der Bundesregierung	16
STAATSMINISTERIUM DES INNERN, FÜR SPORT UND INTEGRATION	17
Überarbeitetes Arbeitsprogramm der Kommission 2020: Schwerpunkte aus dem Bereich des StMI	17
Kommissionsvorschlag zum langfristigen EU-Haushalt 2021 - 2027 über 1,85 Bio. €: Schwerpunkt aus dem Bereich des StMI	17
COVID-19	17
Schrittweise Aufhebung von Binnengrenzkontrollen	17
ASYL UND MIGRATION	18
Urteil des EuGH zur Einstufung der Verwahrung von Asylbewerbern in ungarischen Transitzonen als „Haft“	18



EU-AUßENGRENZEN	19
Stark sinkende Zahl an illegalen Grenzübertritten	19
DATENSCHUTZ	19
Zweiter Jahrestag der Datenschutz-Grundverordnung	19
EUGH	20
Vorabentscheidungsersuchen des VG Wiesbaden zum Fluggastdatengesetz	20
EUROPÄISCHE BÜRGERINITIATIVE	21
Kommission beschließt Registrierung von zwei neuen Initiativen	21
STAATSMINISTERIUM FÜR WOHNEN, BAU UND VERKEHR	22
Überarbeitetes Arbeitsprogramm der Kommission 2020: Schwerpunkte aus dem Bereich des StMB	22
COVID-19	22
Kommission veröffentlicht Mitteilungen zum Wiederaufbauplan und EU-Haushalt	22
Kommission veröffentlicht Mitteilung zur Wiederherstellung der Verkehrsdienste	23
Rat verabschiedet Maßnahmenpaket zur Unterstützung des Verkehrs	24
Kommission veröffentlicht Übersichten zu staatlichen Beihilfen im Verkehrssektor	25
EASA und ECDC veröffentlichen Leitlinien für den Gesundheitsschutz im Luftverkehr	25
LUFTVERKEHR	26
Kommission fordert auch Deutschland zur Benennung einer Stelle für die „Redlichkeitskultur“ für Ereignisse in der Zivilluftfahrt auf	26
SCHIENENVERKEHR	26
Kommission fordert Deutschland zur Umsetzung der Richtlinie über die Interoperabilität des Eisenbahnsystems auf	26
VERKEHRSINFRASTRUKTUR	27
Kommission verkündet Gewinner für die Preise für nachhaltige Mobilität	27
BAUEN UND WOHNEN	27
Kommission startet Befragung zum Fahrplan zur „Renovierungswelle“	27
Eurostat veröffentlicht Zahlen zur Produktion im Baugewerbe für März 2020 in der EU	28
STAATSMINISTERIUM DER JUSTIZ	29
Überarbeitetes Arbeitsprogramm der Kommission 2020: Schwerpunkte aus dem Bereich des StMJ	29
COVID-19	29
Empfehlungen der Kommission zur Steigerung der Attraktivität von Reisegutscheinen	29
Befristete Ausnahmeregelung für Europäische Gesellschaften und Europäische Genossenschaften	30
SONSTIGES	30
Initiativberichte des Europäischen Parlaments zu dem von der Kommission geplanten „Digital Services Act“	30
Initiativberichte des Europäischen Parlaments zu künstlicher Intelligenz	31



Bericht über die Umsetzung der Opferschutzrichtlinie	32
STAATSMINISTERIUM FÜR UNTERRICHT UND KULTUS	34
Rat der Europäischen Union verabschiedet Ratsschlussfolgerungen „European teachers and trainers for the future“	34
Überarbeitetes Arbeitsprogramm der Kommission 2020: Schwerpunkte aus dem Bereich des StMUK.....	34
COVID-19.....	35
Informelle Videokonferenz: EU-Bildungsminister/innen tauschten sich über Auswirkungen der COVID19-Krise auf den Bildungsbereich aus.	35
STAATSMINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND KUNST.....	36
Kommission schlägt für Wiederaufbau langfristigen EU-Haushalt 2021 - 2027 vor: Vorschläge im Bereich Forschung, Hochschulbildung und Kultur	36
Überarbeitetes Arbeitsprogramm der Kommission 2020: Schwerpunkte aus dem Bereich des StMWK.....	36
COVID-19.....	37
Videokonferenz der EU-Kultur- und Medienminister zu den Auswirkungen der Corona-Krise auf den Kultur- und Medienbereich	37
Kommission fördert Forschung und Innovation zur Bewältigung der Corona-Pandemie mit weiteren 122 Mio. €	37
Europäisches Innovations- und Technologieinstitut stellt 60 Mio. € für die Entwicklung von Innovationen zur Bekämpfung der Corona-Krise bereit	38
Acht große Forschungsprojekte zu Diagnose und Test von COVID-19 werden mit EU-Forschungsgeldern gefördert - Bayerische Biotech-Firma GNA Biosolutions dabei	38
EU-gefördertes Forschungsprojekt entwickelt neues, schnelles Corona-Diagnoseverfahren	39
Gemeinsame Forschungsstelle startet Online-Umfrage über die Auswirkungen von COVID-19	39
FORSCHUNG.....	40
Leistungsbericht der EU zu Forschung und Innovation veröffentlicht	40
Marie Skłodowska-Curie Aktionen: 147 Innovative Training Networks (ITNs) werden mit insgesamt 530 Mio. € gefördert und European Researchers' Night verschoben	40
KULTUR.....	41
European Union Prize for Literature 2020 vergeben.....	41
STAATSMINISTERIUM DER FINANZEN UND FÜR HEIMAT	42
Überarbeitetes Arbeitsprogramm der Kommission 2020: Schwerpunkte aus dem Bereich des StMFH ..	42
Coronavirus: Kommission gibt Empfehlungen zu nationaler Fiskal- und Wirtschaftspolitik	42
Informeller Rat für Wirtschaft und Finanzen: Krisenmaßnahmen und Europäisches Semester	43
Coronavirus: Mitgliedstaaten beschließen Unterstützung für Finanzierung von Kurzarbeit	44
Wiederaufbaufonds: 500 Mrd. €-Vorschlag von Frankreich und Deutschland.....	44



Coronavirus: Tagungen der Euro-Gruppe am 08.05.2020 und 15.05.2020 zum vereinbarten Hilfspaket	45
EU-HAUSHALT	46
Kommission schlägt für Wiederaufbau langfristigen EU-Haushalt 2021 - 2027 über 1,85 Bio. € vor	46
Europäisches Parlament fordert Rettungspaket mit Investitionsanreizen von 2 Bio. €	46
EU-Haushalt 2021-2027: Europäisches Parlament fordert „Notfallplan“ für den Fall keiner rechtzeitigen Einigung	47
EU-Haushalt 2018: Europäisches Parlament entlastet Kommission und verschiebt Entlastung des Rates und des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses	48
EU-Solidaritätsfonds: Mitgliedstaaten beschließen Unterstützung von 279 Mio. € für Italien, Österreich, Portugal und Spanien wegen Unwettern	48
STEUER	49
Mehrwertsteuer in der Reisebranche: Kommission führt öffentliche Konsultation durch	49
Coronavirus: Kommission schlägt Verschiebung des Mehrwertsteuerpakets und des Austausches von Informationen über Finanzkonten vor	49
Kommission verklagt die Niederlande wegen Besteuerung von Rentenkaptaltransfers	50
WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION	51
Europäische Zentralbank warnt vor erhöhten Risiken für Finanzstabilität infolge der Pandemie	51
EuGH-Generalanwalt: EU-Gerichte nicht für Schadensersatzklage gegen Euro-Gruppe zuständig	51
DIGITALE INFRASTRUKTUR	52
WiFi4EU: Letzte Ausschreibungsrunde für WLAN-Förderung	52
STAATSMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, LANDESENTWICKLUNG UND ENERGIE ...	53
Überarbeitetes Arbeitsprogramm der Kommission 2020: Schwerpunkte aus dem Bereich des StMWi ...	53
Kommission legt umfassenden Aufbauplan einschließlich neuer Vorschläge für den künftigen mehrjährigen Finanzrahmen 2021 - 2027 vor	53
WIRTSCHAFT MIT BINNENMARKT UND INDUSTRIE	54
Coronavirus: Industrie- und Binnenmarktminister beraten zu Aufbau und Wirtschaftserholung nach der Corona-Krise	54
Coronavirus: Produktionsumstellung von Unternehmen	54
Coronavirus: Tourismuspaket der Kommission	55
Coronavirus: Europäische Investitionsbank unterstützt Gesundheitssysteme und Unternehmen und fördert Energie, Verkehr und Bildung mit 3,4 Mrd. €	56
Coronavirus: Kommission fördert Forschung und Innovation mit weiteren 122 Mio. €	57
Coronavirus: Acht große Forschungsprojekte zu Diagnose und Test von COVID-19 werden mit EU-Forschungsgeldern gefördert - Bayerische Biotech-Firma GNA Biosolutions dabei	57
Coronavirus: Verwaltungsrat der Europäischen Investitionsbank genehmigt Paneuropäischen Garantiefonds in Höhe von 25 Mrd. €	57
Europäisches Innovations- und Technologieinstitut (EIT) stellt 60 Mio. € für die Entwicklung von Innovationen zur Bekämpfung der Corona-Krise bereit	58



Coronavirus: Verschlechterungen für den Zugang zu externen Finanzierungen für kleine und mittlere Unternehmen laut Umfrage der EZB zu erwarten	58
Coronavirus: Ausweitung des Befristeten Rahmens für staatliche Beihilfen auf Rekapitalisierungen und nachrangiges Fremdkapital	59
Staatliche Beihilfen: Kommission leitet zweite Konsultation zur Überarbeitung der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung ein	59
Fahrplan der Kommission zur Verlängerung der De-minimis-Beihilfen-Regelungen.....	60
Kapitalmarktunion: Kommission startet Konsultation zu Investitionsschutz innerhalb der EU.....	60
Batterie-Allianz: Industrie schlägt Beschleunigungsplan vor.....	61
Fahrplan zur Chemikalienstrategie	61
Gelegenheit zur Stellungnahme zu zusätzlichen Kennzeichnungsangaben für gefährliche Chemikalien	61
Europäisches Parlament stimmt Verordnung über die Kennzeichnung von Reifen zu.....	62
Kommission startet Konsultation zum Hochladen von Software auf Funkanlagen	62
Leistungsbericht der EU zu Forschung und Innovation veröffentlicht	63
ENERGIE	63
Fahrplan der Kommission zur geplanten EU-Strategie für intelligente Sektorenintegration	63
Kommission veröffentlicht Fahrplan für eine EU-Wasserstoffstrategie und gibt Gelegenheit zur Stellungnahme.....	64
Fahrplan der Kommission zur „Renovierungswelle“ zur Steigerung der Energieeffizienz von Gebäuden	64
Konsultationen und Fahrplan der Kommission zur Überarbeitung der TEN-E-Verordnung	65
Sicherheit der Erdgasversorgung: Kommission leitet Vertragsverletzungsverfahren gegen fast alle Mitgliedstaaten ein.....	65
AUßENWIRTSCHAFT.....	66
EU und Japan: Austausch zur Krisenreaktion und Ausbau der strategischen Partnerschaft	66
STAATSMINISTERIUM FÜR UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ	67
Kommission schlägt für Wiederaufbau langfristigen EU-Haushalt 2021 - 2027 über 1,85 Bio. € vor	67
Überarbeitetes Arbeitsprogramm der Kommission 2020: Schwerpunkte aus dem Bereich des StMUV ..	67
UMWELT.....	68
Green Deal: Kommission veröffentlicht Biodiversitätsstrategie 2030.....	68
Kommission leitet zwei weitere Vertragsverletzungsverfahren im Bereich Umwelt gegen Deutschland ein	69
Parlament nimmt in zweiter Lesung die Verordnung zur Wasserwiederverwendung an	70
Kommission startet Konsultation zur Klimaanpassungsstrategie.....	70
Kommission startet öffentliche Konsultation zur Überarbeitung der EU-Vorschriften zur Abfallverbringung.....	71



VERBRAUCHERSCHUTZ	71
Green Deal: Kommission veröffentlicht Strategie „Vom Hof auf den Tisch“	71
Kommission veröffentlicht Fahrplan für Fitness-Check der EU-Gesetzgebung zum Tierschutz bei Nutztieren	72
Kommission startet Konsultation zur geplanten nachhaltigen Chemikalienstrategie	73
Kommission startet Konsultation zur CLP-Verordnung	73
COVID-19	74
Kommission veröffentlicht Empfehlungen zu Gutscheinen für Reisende und Passagiere	74
STAATSMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN	75
Green Deal: Kommission veröffentlicht Strategie „Vom Hof auf den Tisch“	75
Green Deal: Kommission veröffentlicht Biodiversitätsstrategie 2030	75
Kommission schlägt für Wiederaufbau langfristigen EU-Haushalt 2021 - 2027 über 1,85 Bio. € vor	76
Überarbeitetes Arbeitsprogramm der Kommission: Schwerpunkte aus dem Geschäftsbereich des StMELF	76
Rat diskutiert per Videokonferenz über Auswirkungen und Maßnahmen zur Bewältigung der COVID-19-Pandemie	77
Öffentliche Konsultation zur Evaluierung der EU-Absatzförderung landwirtschaftlicher Erzeugnisse gestartet	77
Kommission startet Konsultation zur Klimaanpassungsstrategie	78
Kommission stellt Informationssystem für Vermehrungsmaterial von Obstarten online	78
STAATSMINISTERIUM FÜR FAMILIE, ARBEIT UND SOZIALES	80
Kommission schlägt für Wiederaufbau langfristigen EU-Haushalt 2021-2027 über 1,85 Bio. € vor	80
Überarbeitetes Arbeitsprogramm der Kommission 2020: Schwerpunkte aus dem Bereich des StMAS ..	80
Informelle Videokonferenz der für Jugendthemen zuständigen EU-Minister am 19.05.2020	81
Programm der deutschen Ratspräsidentschaft im Bereich Jugend	81
Ratsschlussfolgerungen zum Thema „Mehr Chancen für junge Menschen in ländlichen und abgelegenen Gebieten“ gebilligt	82
Finanzierung von Kurzarbeit: Finanzminister beschließen befristete Unterstützung bis Ende 2022	82
Coronavirus: Kommission gibt Empfehlungen zu nationaler Fiskal- und Wirtschaftspolitik	82
Kommission verklagt Österreich vor dem EuGH wegen Indexierung von Familienleistungen	83
EuGH zur Bindungswirkung von A1-Bescheinigungen	83
Bericht über die Umsetzung der Opferschutzrichtlinie	84
Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen für „Die europäische Jugend vereint“	84
Kommission registriert neue Bürgerinitiative für bedingungsloses Grundeinkommen in der EU	85
STAATSMINISTERIUM FÜR GESUNDHEIT UND PFLEGE	86
COVID-19	86
EU-Leitlinien für Flugpassagiere und Flugpersonal	86



Kommission legt neu ausgerichtetes Frühjahrspaket zum Europäischen Semester vor	86
EU-Bericht zur Lage in Pflegeeinrichtungen.....	87
Weitere EU-Fördermittel für Forschung und Innovation	88
Kommission legt Paket für Tourismus und Verkehr vor	88
EU-Leitlinien für die Interoperabilität von Kontaktnachverfolgungs-Apps	89
EU organisiert Lieferungen von Schutzausrüstung	90
EU empfiehlt Verlängerung der Beschränkungen an EU-Außengrenzen	90
SONSTIGES.....	91
Kommission legt Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ vor.....	91
EU-Gesundheitsminister beraten über EU-Arzneimittelstrategie und Lieferengpässe	91
Kommission legt Bericht zur Umsetzung der Berufsanerkenntnisrichtlinie vor.....	92
STAATSMINISTERIUM FÜR DIGITALES	93
Diskussionen zur Regulierung von Künstlicher Intelligenz im Europäischen Parlament	93
Aktualisiertes Arbeitsprogramm der Kommission: Schwerpunkte aus dem Bereich des StMD.....	93
Diskussion zwischen Binnenmarktkommissar und Facebook CEO	94



POLITISCHE SCHWERPUNKTE UND EUROPÄISCHES PARLAMENT

COVID-19

Kommission schlägt für Wiederaufbau langfristigen EU-Haushalt 2021 – 2027 in Gesamthöhe von 1,85 Bio. € vor

Die Kommission hat am 27.05.2020 im Rahmen ihres Vorschlags für einen umfassenden Wiederaufbauplan ihr Konzept für den nächsten mehrjährigen EU-Finanzrahmen (MFR) 2021–2027 über insgesamt 1,85 Bio. € veröffentlicht. Dieser enthält das neue Aufbauinstrument „Next Generation EU“ über 750 Mrd. €.

- Ausführlicher Überblick zum Konzept der Kommission (siehe Beitrag des StMFH in diesem EB).
- Erste Reaktionen des Europäischen Parlaments, des Europäischen Rates sowie der Mitgliedstaaten (siehe die beiden nachfolgenden Beiträge).

Europäisches Parlament: Wiederaufbauplan der Kommission stößt auf breite Zustimmung

Die Fraktionsvorsitzenden im Europäischen Parlament (EP) haben sich weitgehend positiv über den Wiederaufbauplan geäußert. Für die **EVP** sprach **Manfred Weber** davon, die europäische Solidarität sei zurück; für die Rückzahlung über den EU-Haushalt plädierte er für neue EU-Eigenmittel. **Iratxe García Perez (ESP) von S&D** ersuchte den Rat, den Vorschlag anzunehmen, damit die EU nicht „in Geiselnahme“ von vier Mitgliedstaaten. Für **Renew** äußerte sich **Dacian Cioloș (ROM)**, er begrüße den Ansatz, für **die Grünen Ska Keller**, dass in nachhaltige Projekte investiert (kein Sparkurs gefahren) werden solle. **Johan van Oortveldt (BEL) von EKR** (der Vorsitzende des Haushaltsausschusses) betonte, es müsse klare Bedingungen für die Vergabe geben. Für **die Linke** geht der Plan nicht weit genug, **Jörg Meuthen für die ID-Fraktion** lehnt den Vorschlag hingegen als „komplett falsch und Unsinn“ ab, die Kommission gebe Geld aus, „als ob es kein Morgen gebe“.

Pressemitteilung des Europäischen Parlaments vom 27.05.2020 (in englischer Sprache):

<https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20200526IPR79817/eu-future-at-stake-meps-broadly-welcome-commission-s-recovery-package-proposals>



Ratspräsident *Michel* fordert Mitgliedstaaten zu Kompromissbereitschaft auf / Unterschiedliche Reaktionen in den Hauptstädten

Ratspräsident *Charles Michel* hat in seiner ersten Reaktion den **regulären Gipfel der Staats- und Regierungschefs am 19.06.2020 als nächsten Diskussions-Meilenstein** gesetzt und die Mitgliedstaaten bis dahin zu gründlicher Analyse und Kompromissbereitschaft für und im Sinne der EU aufgerufen. Selbst gab er keine Einschätzung zu den Kommissionsvorschlägen ab, berief auch keinen Sondergipfel des Europäischen Rats in den nächsten Tagen ein. **Erste Reaktionen in den Mitgliedstaaten** fielen unterschiedlich aus. Während z. B. **Italiens Premierminister Giuseppe Conte** von einem „hervorragenden Signal aus Brüssel“ sprach, erklärte **Bundeskanzlerin Angela Merkel**, es gelte noch „viele, viele Fragen zu klären“.

Pressemitteilung des Ratspräsidenten vom 27.05.2020:

<https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2020/05/27/charles-michel-on-the-recovery-fund-our-citizens-and-businesses-have-been-heavily-impacted-by-the-pandemic-they-need-targeted-relief-without-delay/>

Aussage von Italiens Premierminister *Giuseppe Conte* auf Twitter:

https://twitter.com/GiuseppeConteIT?ref_src=twsrc%5Egoogle%7Ctwcamp%5Eserp%7Ctwgr%5Eauthor

Aussagen von Bundeskanzlerin *Angela Merkel* und Bundesfinanzminister *Olaf Scholz*:

<http://www.finanztreff.de/news/scholz-wahrscheinlichkeit-fuer-gute-verstaendigung-zu-eu-fonds-sehr-hoch/20573095>

Plenardebatte des Europäischen Parlaments am 14./15.05.2020

In der Plenardebatte des Europäischen Parlaments wurden die folgenden Themen debattiert:

- Wiederaufbaufonds und EU-Haushalt (siehe Beitrag des StMFH in diesem EB)
- Förderung der Impfstoffentwicklung (siehe Beitrag des StMGP in diesem EB)
- Ungarische Notstandsgesetze (siehe folgenden Beitrag)

Europäisches Parlament übt breite Kritik an ungarischer Corona-Notstandsregelung

In der Plenardebatte vom 14.05.2020 forderten zahlreiche Abgeordnete (u.a. die S&D-Fraktionsvorsitzende *Iratxe García Pérez*) in Bezug auf Ungarn ein **Vertragsverletzungsverfahren**, die Fortsetzung des Verfahrens nach Art. 7 EUV sowie den **Ausschluss von EU-Geldern**. Neben der auf unbestimmte Zeit eingeräumten Ermächtigung der Regierung, **per Dekret zu regieren**, wurde u. a. die Kriminalisierung der Verbreitung von „Falschinformationen“ durch die Notstandsgesetze verurteilt, da sich diese Maßnahme gegen schlicht regierungskritische Äußerungen richte. Kommissions-Vizepräsidentin *Věra Jourová* erklärte, laufend die Lage



neu zu bewerten. Die ungarische Regierung war nicht vertreten, da *Viktor Orbán* abgesagt und das Europaparlament (EP) seiner Justizministerin *Judit Varga* keine Teilnahme erlaubt hatte. Die **Ermächtigung** der Regierung soll laut einem am 26.05.2020 eingebrachten Gesetzesvorschlag **am 20.06.2020 enden**.

Pressemitteilung des EP vom 14.05.2020:

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20200512IPR78917/ungarns-notfallmassnahmen-abgeordnete-fordern-eu-sanktionen-und-zahlungsstopp>

Presseartikel in HungaryToday vom 27.05.2020 (in englischer Sprache):

<https://hungarytoday.hu/govt-bill-to-end-special-emergency-powers-on-june-20th-may-allow-govt-to-rule-by-decree-in-future-during-a-public-health-crisis/>

Reisen ins europäische Ausland: Zehn Außenminister einigen sich über nächste Schritte für Tourismus

Am 18.05.2020 stimmten sich Bundesaußenminister *Heiko Maas* und seine Kollegen aus Bulgarien, Griechenland, Italien, Kroatien, Malta, Österreich, Portugal, Slowenien, Spanien und Zypern ab, wie sie das die Woche zuvor vorgestellte **Tourismuspaket der EU-Kommission** gemeinsam umsetzen können. Die ersten großen Schritte sind nun eine Normalisierung des grenzüberschreitenden Verkehrs, die Aufhebung von Quarantänepflichten sowie Sicherheits- und Hygienestandards in touristischen Gebieten. Als ein Ergebnis des Treffens möchte das Auswärtige Amt seine **weltweite Reisewarnung ab dem 15.06.2020 durch differenzierte Reisehinweise ersetzen**. Ein weiteres Ergebnis ist, dass in diesem Jahr überall gewisse Restriktionen bestehen bleiben.

Pressemitteilung des Auswärtigen Amtes vom 18.05.2020:

<https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/europa/maas-europa-grenzen-tourismus/2342548>

Gemeinsame Erklärung der Außenminister vom 18.05.2020:

<https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/koordinierte-wiederherstellung-freizuegigkeit/2342534>

Beratungen der Kultur- und Medienminister: Auswirkungen der Corona-Krise auf den Kultur- und Medienbereich

Die europäischen Kultur- und Medienminister diskutierten am 19.05.2020 in einer Videokonferenz ein weiteres Mal über die Auswirkungen der Pandemie auf den Kultur- und Mediensektor (siehe auch Beitrag des StMWK in diesem EB). Im Vergleich zur Konferenz am 08.04.2020, bei der die akuten Nothilfemaßnahmen im Mittelpunkt standen, lag der Schwerpunkt diesmal in **Strategien zur allmählichen Öffnung des kulturellen Lebens** und wie die Bereiche mittel- bis langfristig gestärkt werden könnten. Es bestand Einigkeit, dass neben den nationalen Maßnahmen ein **europäischer Ansatz notwendig** sei und beispielsweise im kommenden



mehrjährigen Finanzrahmen auch der Kultur- und Medienbereich signifikant gestärkt werden müsse, insbesondere durch einen **Aufwuchs beim Programm Kreatives Europa**. Am Ende präsentierte Staatsministerin *Grütters* die Schwerpunkte der anstehenden deutschen Ratspräsidentschaft im Bereich Kultur und Medien.

Mitteilung der kroatischen Ratspräsidentschaft (in englischer Sprache):

<https://eu2020.hr/Home/OneNews?id=294>

Beratung der Verteidigungsminister: erstes Resümee aus der Krise und Sorge um Einsatzbereitschaft der weltweiten EU-Missionen

Am 12.05.2020 tagten die Verteidigungsminister im Rahmen einer Videokonferenz. Dabei legte der Europäische Auswärtige Dienst (EAD) sein erstes Resümee vor. Er identifiziert **fünf entscheidende Stellschrauben**: Einsatzbereitschaft (Schwächen u. a. in Hybriden-/Cyberangriffen und Desinformation, EU-interner Informationsfluss und Austausch), Einsatzvorbereitung (u.a. Einsatz in zivilen Missionen innerhalb der EU), Partnerschaft (u. a. Zusammenarbeit mit NATO sowie bei UN-Einsätzen), Solidarität (u. a. Task Force zur Koordination sehr hilfreich) und Reaktionsfähigkeit (u. a. Auswirkungen auf die Sicherheits- und Verteidigungslage, Flexibilität im Einsatz sowie Frühwarnsystem). Zu letztem Punkt zeigten sich die Verteidigungsminister besorgt über die notwendige Durchführung und Sicherung der Militärmissionen sowie dem Gesundheitsschutz der Einsatzkräfte (u. a. mehrere COVID-Fälle in der Mission EUTM Mali).

Tagungsseite des Rats, Verteidigungsminister am 12.05.2020:

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/fac/2020/05/12/>

Erstes Resümee aus der Krise – Analyse des EAD (zum Download als pdf in englischer Sprache):

https://eeas.europa.eu/sites/eeas/files/factsheet-covid-19_lessons.pdf

Rat und Europäisches Parlament stimmen Hilfspaket von 3 Mrd. € für Partnerländer zu

Nach dem Europäischen Parlament (am 15.05.2020) hat am 20.05.2020 auch der Rat dem Kommissionsvorschlag zu einem Hilfspaket in Höhe von 3 Mrd. € für zehn Erweiterungs- und Nachbarschaftsländer zur Bewältigung der Corona-Pandemie zugestimmt. Das **Hilfspaket umfasst Darlehen mit vorteilhaften Konditionen**, um die sozio-ökonomischen Folgen abzumildern. Folgende Länder können profitieren: Albanien (180 Mio. €), Bosnien und Herzegowina (250 Mio. €), Kosovo (100 Mio. €), Moldau (100 Mio. €), Montenegro (60 Mio. €), Nordmazedonien (160 Mio. €), Ukraine (1,2 Mrd. €) und Georgien (150 Mio. €) sowie Tunesien (600 Mio. €) und Jordanien (200 Mio. €).



Pressemitteilung des Rates vom 20.05.2020:

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2020/05/20/covid-19-council-adopts-3-billion-assistance-package-to-support-neighbouring-partners/>

Internationale Zusammenarbeit: EU-Hilfe gegen COVID-19 für Entwicklungsländer nochmals aufgestockt

Am 20.05.2020 hat die Kommission **weitere 50 Mio. € für humanitäre Hilfe** zur Bewältigung der Coronavirus-Pandemie angekündigt. Die neuen Hilfgelder sollen v. a. in die Sahelzone und das Tschadseebecken, die Zentralafrikanische Republik, die Region der Großen Afrikanischen Seen, nach Ostafrika, Syrien, Jemen, Palästina und Venezuela fließen sowie die ethnische Gruppe der Rohingya in Myanmar unterstützen. Im Fokus steht der **Zugang zu Gesundheitsdiensten, zu Schutzausrüstungen und zur Wasser- und Sanitärversorgung**. Die Hilfe wird über Nichtregierungsorganisationen, internationale Organisationen, Organisationen der Vereinten Nationen und die Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften abgewickelt.

Pressemitteilung der Kommission vom 20.05.2020:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_905

SONSTIGES

Kommission veröffentlicht überarbeitetes Arbeitsprogramm

Die Kommission hat am 27.05.2020 auf Basis einer durch die COVID-19-Pandemie ausgelösten Neugewichtung ein überarbeitetes Arbeitsprogramm veröffentlicht (siehe dazu auch Beiträge der Ressorts in diesem EB). Die **Verschiebungen gesetzgeberischer wie nicht-gesetzgeberischer Initiativen halten sich in Grenzen**, die maximale Verzögerung beträgt zwei Quartale. So wird das Vorhaben einer Stärkung von Verbrauchern für den grünen Wandel um zwei Quartale auf das zweite Quartal 2021 verschoben, die Umsetzung des Weißbuchs für künstliche Intelligenz um ein Quartal auf das erste Quartal 2021 und der neue Pakt für Migration und Asyl wird jetzt für das zweite Quartal 2020 angekündigt. **Unverändert für das dritte bzw. das vierte Quartal vorgesehen** sind hingegen der **Rechtsstaatlichkeitsbericht** und der **Digital Services Act**.

Mitteilung der Kommission vom 27.05.2020 (in englischer Sprache):

https://ec.europa.eu/info/publications/2020-commission-work-programme-key-documents_en



Beratung der Außenminister: Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts ist Interesse der EU / Erdgasbohrungen der Türkei auf Staatsgebiet Zyperns

Am 15.05.2020 berieten sich die 27 EU-Außenminister mit *Josep Borrell*, dem Hohen Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik in einer Videokonferenz v. a. über den Nahost-Friedensprozess und die Aktivitäten der Türkei im Mittelmeer. Der **Nahost-Friedensprozess** zur Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts bleibt eine Priorität und strategisches Interesse der EU. Die Bildung der neuen Regierung in Israel bietet aus Sicht der Minister wichtige Impulse mit der ausgehandelten **Zweistaatenoption**. Die EU-27 möchte mit der neuen Regierung eng zusammenarbeiten und bekräftigt ihre Unterstützung für eine friedliche Lösung des seit Jahrzehnten währenden Konflikts. Dagegen sorgen die **türkischen Erdgasbohrungen im Mittelmeer**, östlich des zypriotischen Festlands, für diplomatische Spannung. Die EU sieht darin eine Verletzung der Hoheitsrechte Zyperns und ein völkerrechtswidriges Handeln der Türkei. Vor rund einem Jahr hatte die Türkei ihre Erdgaserkundungen aufgenommen, was den seit 1974 währenden Zypernkonflikt erneuerte.

Tagungsseite des Rats in der Formation „Auswärtige Angelegenheiten“ vom 15.05.2020:

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/fac/2020/05/15/>

Erklärung des Rats zur Lage im östlichen Mittelmeerraum vom 15.05.2020:

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2020/05/15/statement-of-the-eu-foreign-ministers-on-the-situation-in-the-eastern-mediterranean/>

Beratung der Europaminister: Vorbereitung der Konferenz zur Zukunft der EU und des ersten Jahresberichts „Rechtsstaatlichkeit in der EU“

Unter Leitung der kroatischen Staatssekretärin für europäische Angelegenheiten, *Andreja Metelko-Zgombić*, tauschten sich am 26.05.2020 die 27 EU-Europaminister per Videokonferenz über die **Umsetzung des Tourismuspakets**, die **Grenzöffnungen** und die **Wiederbelebung der Wirtschaft nach COVID-19** aus. Die Beratungen konzentrierten sich dann auf die **Vorbereitung der Konferenz zur Zukunft der EU** und den **ersten Jahresbericht über die Rechtsstaatlichkeit in der EU**. Unter den Mitgliedstaaten bestehen über die Konferenz noch Fragen, welche Inhalte und Ziele sie haben sollte, wie die Bürger bestmöglich eingebunden und welche Rolle die drei EU-Institutionen Kommission, Europäisches Parlament (EP) und Rat darin haben. Das EP fordert einen Start im September 2020. Zum Stand des ersten Jahresberichts „Rechtsstaatlichkeit“ informierte EU-Justizkommissar *Didier Reynders*. Derzeit werde der Bericht mit den nationalen Stellungnahmen, Konsultationen und Beiträgen aus Zivilgesellschaft und internationalen Institutionen, u. a. der OECD, finalisiert. Er solle im September 2020 vorgelegt werden.



Tagungsseite des Rats in der Formation „Allgemeine Angelegenheiten“ vom 26.05.2020:

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/gac/2020/05/26/>

Pressemitteilung der kroatischen Ratspräsidentschaft vom 26.05.2020:

<https://eu2020.hr/Home/OneNews?id=301>

Umfrage des Europäischen Parlaments: Bürger wollen mehr Kompetenzen für die EU

Das Europäische Parlament (EP) hat am 26.05.2020 die **Studie „Die Stimmung in der EU zur Zeit der Coronavirus-Krise“** veröffentlicht. Demnach stimmten über 2/3 der Befragten für **mehr Kompetenzen für die EU**, um mit Krisen wie Corona umzugehen. Bei der **Krisenreaktion** sollte die EU ihren Fokus v. a. auf medizinische Versorgung, Forschungsmittel für einen Impfstoff, finanzielle Unterstützung der Mitgliedstaaten und Verbesserung der wissenschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten richten. Des Weiteren ergab die Umfrage u. a., dass mehr als **jeder Zweite seit Beginn der Pandemie finanzielle Schwierigkeiten** hat, z. B. durch Einkommensverluste, Arbeitslosigkeit oder frühzeitige Verwendung von Ersparnissen. Die Umfrage wurde im Auftrag des EP vom weltweit zweitgrößten Marktforschungsunternehmen Kantar (Hauptsitz in London) vom 23.04.2020 - 01.05.2020 unter 21.804 Befragten im Alter zwischen 16 und 54 bzw. 64 Jahren in 21 EU-Mitgliedstaaten (nicht erfasst: Litauen, Estland, Lettland, Zypern, Malta und Luxemburg) online durchgeführt; sie gilt als repräsentativ.

Pressemitteilung des EP vom 26.05.2020:

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20200525IPR79717/burger-wollen-mehr-kompetenzen-fur-die-eu-bei-krisen-wie-der-corona-pandemie>

Ergebnisse der Umfrage (zum Download als pdf in englischer Sprache):

<https://www.europarl.europa.eu/resources/library/media/20200526RES79813/20200526RES79813.pdf>

Deutsche Ratspräsidentschaft I: Bundeskanzlerin erläutert ihr Programm den Spitzen des Europäischen Parlaments

Bundeskanzlerin *Angela Merkel* hat am 27.05.2020 in dem vor Beginn einer Ratspräsidentschaft üblichen Austausch dem Präsidenten des Europäischen Parlaments (EP) *David Sassoli* und den Fraktionsvorsitzenden des EP die Prioritäten der deutschen Ratspräsidentschaft erläutert. Im Mittelpunkt steht danach die **Bewältigung der COVID-19-Pandemie und ihrer Folgen**, aber auch **Klimaschutz, digitale Transformation** und die **Rolle Europas in der Welt** sind auf der Agenda. Das vollständige Programm wird offiziell kurz vor Beginn am 01.07.2020 von der Bundesregierung beschlossen und wird das am 27.05.2020 vorgelegte überarbeitete Arbeitsprogramm der Kommission berücksichtigen.



Pressemitteilung der Bundesregierung vom 27.05.2020:

<https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/videokonferenz-von-bundeskanzlerin-angela-merkel-mit-dem-praesidenten-des-europaeischen-parlaments-david-maria-sassoli-und-den-fraktionsvorsitzenden-im-europaeischen-parlament-1755638>

Deutsche Ratspräsidentschaft II: Nähere Informationen auf der Webseite der Bundesregierung

Ab dem 29.05.2020 werden nähere Informationen zur Deutschen EU-Ratspräsidentschaft auf der **Webseite der Bundesregierung** eingestellt. Die vollständige Webseite erscheint zum Start der Präsidentschaft am 01.07.2020.

Webseite der Bundesregierung zur Deutschen Ratspräsidentschaft:

<https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/europa/eu2020/2342442>



STAATSMINISTERIUM DES INNERN, FÜR SPORT UND INTEGRATION

Überarbeitetes Arbeitsprogramm der Kommission 2020: Schwerpunkte aus dem Bereich des StMI

Das in Anbetracht der Corona-Pandemie modifizierte Arbeitsprogramm der Kommission 2020 vom 27.05.2020 kündigt die Vorlage eines Vorschlags für einen **neuen Asyl- und Migrationspakt noch im 2. Quartal 2020** an. Ursprünglich war die Vorlage im 1. Quartal 2020 vorgesehen. Im 3. Quartal 2020, nach aktuellen Planungen am 29.07.2020, ist außerdem – ebenfalls gegenüber ursprünglichen Planungen zeitlich verzögert – die Vorlage einer **Neuen Strategie für die Sicherheitsunion** vorgesehen.

Modifiziertes Arbeitsprogramm der Kommission 2020 (in englischer Sprache):

https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/cwp-2020-adjusted_en.pdf

Faktenpapier der Kommission mit allen Einzelinitiativen unter Kennzeichnung der jeweiligen zeitlichen Verzögerung:

https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/cwp-2020-adjusted-factsheet_en.pdf

Kommissionsvorschlag zum langfristigen EU-Haushalt 2021 - 2027 über 1,85 Bio. €: Schwerpunkt aus dem Bereich des StMI

Der am 27.05.2020 von Kommissionspräsidentin *von der Leyen* vorgestellte Vorschlag eines europäischen Aufbauinstruments „Next Generation EU“ sieht eine deutliche **Steigerung der Finanzausstattung des europäischen Katastrophenschutzmechanismus rescEU in Höhe von 2 Mrd. €** vor. Insgesamt sollen rescEU nach dem Budget-Vorschlag der Kommission 3,1 Mrd. € bis 2027 zur Verfügung stehen. Der Bereich Migration und Grenzmanagement soll nach dem Vorschlag insgesamt mit 31,1 Mrd. € ausgestattet werden.

Kommissionsvorschlag zum EU-Budget zum Wiederaufbau nach Corona (in englischer Sprache):

https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/about_the_european_commission/eu_budget/1_en_act_part1_v9.pdf

COVID-19

Schrittweise Aufhebung von Binnengrenzkontrollen

Am 13.05.2020 stellte die Kommission in einer Mitteilung zu einem abgestuften und koordinierten Vorgehen zur Wiederherstellung der Freizügigkeit und zur Aufhebung der Kontrollen an den Binnengrenzen **flexible Phasen der Rückkehr zur Integrität des Schengen-Raums** vor:



- Phase 0: Aktuelle Situation
- **Phase 1:** teilweise Aufhebung der Kontrollen an den Binnengrenzen: zunächst in **Regionen mit hinreichend ähnlicher epidemiologischer Lage**, sodann in der gesamten EU, wenn die epidemiologischen Entwicklungen in ganz Europa ihren derzeitigen positiven Trend fortsetzen.
- **Phase 2: Generelle Aufhebung der Binnengrenzkontrollen** bei hinreichend konvergierender epidemiologischer Lage in der ganzen EU.

Unerlässliche Kriterien der Lockerungsphasen sind:

- **Epidemiologische Lage** in ganz Europa sowie in den einzelnen Mitgliedstaaten (innerhalb der EU sollten Reisebeschränkungen zunächst in Gebieten aufgehoben werden, die eine vergleichbare epidemiologische Situation aufweisen und in denen ausreichende Kapazitäten in Bezug auf Krankenhäuser, Tests, Überwachung und Kapazitäten zur Ermittlung von Kontaktpersonen vorhanden sind);
- **Eindämmungsmaßnahmen** (einschließlich räumlicher Distanzierung);
- **Wirtschaftliche und soziale Erwägungen** (die Lockerung der verbleibenden Beschränkungen der grenzüberschreitenden Freizügigkeit in Schlüsselbereichen des Gesundheitswesens sowie der sozialen und wirtschaftlichen Aktivitäten sollte weiterhin Vorrang haben, bis der freie Verkehr vollständig wiederhergestellt ist).

Mitteilung der Kommission: Covid-19 – Hin zu einem abgestuften und koordinierten Vorgehen zur Wiederherstellung der Freizügigkeit und zur Aufhebung der Kontrollen an den Binnengrenzen:

https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/communication_freemovement_de.pdf

ASYL UND MIGRATION

Urteil des EuGH zur Einstufung der Verwahrung von Asylbewerbern in ungarischen Transitzonen als „Haft“

Mit Urteil vom 14.05.2020 in den verbundenen Rechtssachen C-924/19 PPU und C-925/19 PPU u. a. stufte der EuGH die **Verwahrung von Asylbewerbern** bzw. Drittstaatsangehörigen, die Gegenstand einer Rückkehrentscheidung sind, **in der Transitzone** Röszke an der serbisch-ungarischen Grenze als „Haft“ ein.

- Die dort vorherrschenden Bedingungen seien **einer Freiheitsentziehung gleichzusetzen**, insbesondere weil die betreffenden Personen die Transitzone aus eigenen Stücken rechtmäßig in keine Richtung verlassen können.
- Eine Inhaftnahme **ohne vorherige begründete Anordnung** und **ohne Prüfung der Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit** sei unionsrechtswidrig.



- Die Haft unter den besonderen Bedingungen einer Transitzone dürfe **vier Wochen** ab Antragstellung internationalen Schutzes nicht überschreiten.
- Die Rechtmäßigkeit einer Haftmaßnahme müsse einer **gerichtlichen Überprüfung** zugänglich sein.

Der EuGH folgte in seiner Bewertung den Schlussanträgen von EuGH-Generalanwalt *Pikamäe* vom 23.04.2020 (EB 07/20).

Ungarn hat nach dem Urteil die Schließung der Transitzonen angekündigt. Lokalen Medienberichten zufolge sind 300 Asylbewerber bereits aus der Transitzone entlassen.

Pressemitteilung des EuGH:

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2020-05/cp200060de.pdf>

EU-AUßENGRENZEN

Stark sinkende Zahl an illegalen Grenzübertritten

Im April 2020 ist laut Frontex-Bericht vom 12.05.2020 die **Zahl der registrierten illegalen Grenzübertritte auf den Hauptmigrationsrouten um 85 % im Vergleich zum Vormonat auf etwa 900 gesunken**. Das sei der niedrigste Wert seit Beginn der Frontex-Datenerhebung im Jahre 2009. Die **östliche Mittelmeerroute** verzeichne den **größten Einbruch** der Zahl illegaler Grenzübertritte (99 % weniger als im Vormonat). Der Rekordtiefstand liege hauptsächlich an der **Corona-Pandemie**, aber auch an der **dadurch verzögerten Datenübermittlung** durch die Mitgliedstaaten.

Pressemitteilung Frontex vom 12.05.2020 (in englischer Sprache):

<https://frontex.europa.eu/media-centre/news-release/situation-at-eu-external-borders-in-april-detections-lowest-since-2009-mJE5Uv>

DATENSCHUTZ

Zweiter Jahrestag der Datenschutz-Grundverordnung

Anlässlich des **zweiten Jahrestages der Datenschutz-Grundverordnung am 25.05.2020** zogen am 20.05.2020 Kommissionsvizepräsidentin *Věra Jourová*, zuständig für Werte und Transparenz, und EU-Justizkommissar *Didier Reynders* in einer **gemeinsamen Erklärung** Bilanz und betonten die Bedeutung der europäischen Datenschutzvorschriften in Coronazeiten: „Vor dem Hintergrund der Coronavirus-Pandemie ist es wichtiger denn je, dass die Bürger sich darauf verlassen können, dass ihre Daten gut geschützt sind. Sogenannte „Tracing-Apps“, also Applikationen zur Kontaktnachverfolgung, können die Erholung von der Pandemie nur dann wirksam und flächendeckend unterstützen, wenn die Bürger darauf vertrauen, dass ihre



Privatsphäre geschützt wird. In diesem Zusammenhang spielen die Datenschutz-Grundverordnung und EU-Datenschutzvorschriften eine entscheidende Rolle.“

Voraussichtlich am 10.06.2020 wird die Kommission einen **Evaluationsbericht über die bisherige Anwendung der Datenschutz-Grundverordnung** veröffentlichen.

Gemeinsame Erklärung zum zweiten Jahrestag der Datenschutz-Grundverordnung (in englischer Sprache):

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/statement_20_913

EUGH

Vorabentscheidungsersuchen des VG Wiesbaden zum Fluggastdatengesetz

Mit Beschlüssen vom 13.05.2020 und 15.05.2020 (Az.: 6 K 805/19.WI und 6 K 806/19.WI) hat die 6. Kammer des VG Wiesbaden im Rahmen von Vorabentscheidungsersuchen dem EuGH eine Vielzahl von Fragen betreffend das **Fluggastdatengesetz** vorgelegt. In beiden Verfahren **begehren die jeweiligen Kläger die Löschung ihrer Fluggastdaten (PNR-Daten)**, die derzeit durch das Bundeskriminalamt gespeichert werden. Das VG hat erhebliche **Zweifel, ob die PNR-Richtlinie und das deutsche Umsetzungsgesetz europarechtskonform sind**. Es hält die Fluggastdatenverarbeitung mit der **Vorratsdatenspeicherung** von Telekommunikationsdaten für **vergleichbar** und erachtet die damit verbundenen Grundrechtseingriffe trotz des verfolgten Ziels (Bekämpfung von Terrorismus und schwerer Kriminalität) als **nicht gerechtfertigt**.

Als zweifelhaft erachtet das Gericht u. a.

- den **Umfang** der erhobenen und verarbeiteten Fluggastdaten,
- die **Verhältnismäßigkeit der 5-jährigen Speicherdauer** für die Fluggastdaten,
- ob die **Weitergabe** an Drittstaaten und inländisch an das Bundesamt für Verfassungsschutz zulässig ist und
- ob die **Mehrfacherfassung** der Fluggäste gerechtfertigt ist.

Pressemitteilung des VG Wiesbaden:

<https://verwaltungsgerichtsbarkeit.hessen.de/pressemitteilungen/vorschriften-des-fluggastdatengesetzes-auf-dem-pruefstand>



EUROPÄISCHE BÜRGERINITIATIVE

Kommission beschließt Registrierung von zwei neuen Initiativen

Am 15.05.2020 beschloss die Kommission, zwei Europäische Bürgerinitiativen zu den Themen **„Bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) in der gesamten EU“** und **„Freier Austausch“** (zur Änderung der Richtlinie über das Urheberrecht im digitalen Binnenmarkt, der Datenbankrichtlinie und der Urheberrechtsrichtlinie) zu registrieren. Eine inhaltliche Prüfung der jedenfalls rechtlich zulässigen Initiativen ist noch nicht erfolgt. Sollten die Bürgerinitiativen **innerhalb eines Jahres jeweils eine Million Unterstützungsbekundungen aus mindestens sieben Mitgliedstaaten** erhalten, muss die Kommission innerhalb von sechs Monaten reagieren.

Pressemitteilung der Kommission vom 15.05.2020:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_840



STAATSMINISTERIUM FÜR WOHNEN, BAU UND VERKEHR

Überarbeitetes Arbeitsprogramm der Kommission 2020: Schwerpunkte aus dem Bereich des StMB

Am 27.05.2020 hat die **Kommission ihr überarbeitetes Arbeitsprogramm 2020** veröffentlicht (EB 02/20). Als Schwerpunkte für die Umsetzung des „Green Deals“ werden u. a. die Kampagne zur Renovierung öffentlicher und privater Gebäude („Renovierungswelle“) für das dritte Quartal 2020, die Strategie für nachhaltige und intelligente Mobilität sowie zwei Gesetzesvorschläge für alternative Kraftstoffe für den Flug- und Seeverkehr für das vierte Quartal 2020 genannt. Zudem sollen die Verordnung zur Schaffung eines europäischen Schienennetzes für einen wettbewerbsfähigen Güterverkehr und die Richtlinie über harmonisierte Binnenschifffahrtsinformationsdienste (RIS) evaluiert werden. Hinsichtlich der digitalen Transformation möchte die Kommission u. a. die Richtlinie über Flughafenentgelte und die Verordnung zur Durchführung von Luftverkehrsdiensten bis zum vierten Quartal 2020 überarbeiten. Ferner wird das Paket zur Modernisierung der staatlichen Beihilfen von 2012, Eisenbahnleitlinien und kurzfristige Ausfuhrkreditversicherungen überprüft. Das nächste Arbeitsprogramm der Kommission 2021 wird für Oktober 2020 erwartet.

Pressemitteilung der Kommission (in englischer Sprache):

https://ec.europa.eu/info/publications/2020-commission-work-programme-key-documents_en

Überarbeitetes Arbeitsprogramm der Kommission 2020 (in englischer Sprache):

https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/cwp-2020-adjusted_en.pdf

Anhänge zum Arbeitsprogramm (in englischer Sprache):

https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/cwp-2020-adjusted-annexes_en.pdf

Faktenblatt zum Arbeitsprogramm (in englischer Sprache):

https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/cwp-2020-adjusted-factsheet_en.pdf

COVID-19

Kommission veröffentlicht Mitteilungen zum Wiederaufbauplan und EU-Haushalt

Am 27.05.2020 hat die Kommission zwei Mitteilungen zum **Wiederaufbauplan** und zum **EU-Haushalt** veröffentlicht (siehe weiteren Beitrag des StMFH in diesem EB). Für den Wiederaufbau der Wirtschaft im Sinne des „Green Deals“ und der digitalen Transformation sollen 1.850 Mrd. € unter dem nächsten mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2021 - 2027 mobilisiert werden, davon 750 Mrd. € durch das neue Finanzierungsinstrument („Next Generation EU“). Die Fördermittel sollen in Form von Zuschüssen von insgesamt 500 Mrd. € sowie Darlehen von insgesamt 250 Mrd. € über EU-Förderprogramme ausgezahlt werden. Als Schwerpunkte aus dem Bereich des StMB werden die Kampagne zur Renovierung öffentlicher und



privater Gebäude („Renovierungswelle“) für das dritte Quartal 2020 und die Strategie für nachhaltige und intelligente Mobilität für das vierte Quartal 2020 genannt (siehe weiteren Beitrag in diesem EB).

Pressemitteilung der Kommission:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_940

Mitteilung zum Wiederaufbauplan:

https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/communication-europe-moment-repair-prepare-next-generation_de.pdf.pdf

Mitteilung zum EU-Haushalt für den Wiederaufbauplan (in englischer Sprache):

https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/about_the_european_commission/eu_budget/1_en_act_part1_v9.pdf

Faktenblatt zum Wiederaufbauplan und EU-Haushalt (in englischer Sprache):

https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/about_the_european_commission/eu_budget/factsheet_1_v28.pdf

Kommission veröffentlicht Mitteilung zur Wiederherstellung der Verkehrsdienste

Am 13.05.2020 hat die Kommission im Rahmen des Tourismuspakets eine Mitteilung zur **Wiederherstellung der Verkehrsdienste** in der EU veröffentlicht (siehe hierzu Beitrag des StMWi in diesem EB). Hierin wird eine schrittweise Aufnahme aller Verkehrsdienste vorgeschlagen, soweit der Schutz der öffentlichen Gesundheit gewährleistet werden kann. Verkehrsbeschränkungen müssen demnach verhältnismäßig, begründbar, transparent, sachdienlich und verkehrsträgerspezifisch sein. Zudem dürfen diese weder diskriminierend noch wettbewerbsverzerrend wirken.

Die Kommission empfiehlt eine koordinierte Vorgehensweise zwischen den Mitgliedstaaten. Alle Maßnahmen sollen auch unter Kostenaspekten fortlaufend evaluiert werden. Beschränkungen für den Individualverkehr, z. B. Auto, Motorrad und Fahrrad, können aufgehoben werden. Daneben soll der öffentliche Personennahverkehr unter Beachtung der Hygienestandards wieder hochgefahren werden. Die Kommission empfiehlt für den Schutz der Fahrgäste u. a. das Tragen von Masken, die Einhaltung des Mindestabstands und die Reduzierung von Wartezeiten (z. B. elektronischer Ticketverkauf). Ferner könnte auch der Einsatz einer „Reisenachverfolgungs-App“ auf freiwilliger Basis in Frage kommen. Die Erfahrungen bei der Bewältigung der COVID-19-Pandemie sollen Eingang in die künftige **EU-Strategie für nachhaltige und smarte Mobilität 2020** finden.

Pressemitteilung der Kommission:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_854

Mitteilung der Kommission zur Wiederherstellung des Verkehrs (in englischer Sprache):

https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/communication_transportservices.pdf



Rat verabschiedet Maßnahmenpaket zur Unterstützung des Verkehrs

Am 25.05.2020 hat der Rat das **Maßnahmenpaket zur Unterstützung des Verkehrs** formal angenommen. Bereits am 15.05.2020 hatte das Europäische Parlament seinen Standpunkt zu den vier Vorschlägen der Kommission vom 29.04.2020 festgelegt (EB 08/20):

1. **Verlängerung der Gültigkeit von Zertifikaten:** Der Rat hat am 20.05.2020 eine Verordnung zur Verlängerung bestimmter Bescheinigungen und Lizenzen, wie Gemeinschaftsführerscheine und Verkehrstauglichkeitsprüfungen, verabschiedet. Bestimmte regelmäßige Kontrollen im Straßen-, Schienen-, Binnenschiffs- und Schiffsverkehr werden ebenfalls vorübergehend ausgesetzt. Die Mitgliedstaaten müssen die Lizenzen aus anderen Mitgliedstaaten, die von dieser Möglichkeit Gebrauch machen, akzeptieren.
2. **Erbringung von Hafendiensten:** Der Rat hat am 20.05.2020 eine Änderung der Verordnung (EU) 2017/352 zur Erbringung von Hafendiensten verabschiedet. Die Mitgliedstaaten erhalten vom 01.03.2020 - 31.10.2020 mehr Flexibilität bei der Erlassung, Aussetzung, Ermäßigung oder Stundung der Zahlung von Hafeninfrastrukturentgelten, um die Liquidität der Schiffsbetreiber zu verbessern.
3. **Durchführung von Luftverkehrsdiensten:** Die Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1008/2008 über die Durchführung von Luftverkehrsdiensten sieht eine Verlängerung der Betriebsgenehmigung von Luftverkehrsunternehmen vor, auch wenn diese ihren finanziellen Verpflichtungen in den nächsten zwölf Monaten nicht nachkommen können. Zudem wird eine Ausnahmeregelung für Verkehrsbeschränkungen bei Notfällen für mehr als 14 Tage eingeführt, wenn Risiken für die öffentliche Gesundheit bestehen. Darüber hinaus können Verträge für Bodenabfertigungsdienste ohne Ausschreibungen bis zum 31.12.2022 verlängert werden.
4. **Umsetzung der technischen Säule des 4. Eisenbahnpakets:** Die ursprüngliche Frist vom 16.06.2020 zur Umsetzung der Richtlinien (EU) 2016/797 und (EU) 2016/798 über die Interoperabilität des Eisenbahnsystems und über Eisenbahnsicherheit wird bis zum 31.10.2020 verlängert.

Die Gesetzesvorschläge des Maßnahmenpakets treten am Tag nach ihrer Veröffentlichung im **EU-Amtsblatt am 27.05.2020 in Kraft**.

Pressemitteilung des Rates vom 25.05.2020 (in englischer Sprache):

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2020/05/25/covid-19-council-adopts-relief-measures-for-aviation-and-railways/>

Pressemitteilung des Rates vom 20.05.2020:

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2020/05/20/covid-19-transport-measures-council-adopts-temporary-flexibility-for-licences-and-port-services/>



Text der Verordnung zur Verlängerung von Zertifikaten:

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/PE-16-2020-INIT/de/pdf>

Text zur Verordnung (EU) 2017/352 zur Erbringung von Hafendiensten:

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/PE-15-2020-INIT/de/pdf>

Text zur Verordnung (EG) Nr. 1008/2008 zu Luftverkehrsdiensten (in englischer Sprache):

<https://www.consilium.europa.eu/media/44043/pe00013-en20.pdf>

Text zu den Richtlinien (EU) 2016/797 und (EU) 2016/798 (in englischer Sprache):

<https://www.consilium.europa.eu/media/44044/pe00014-en20.pdf>

Kommission veröffentlicht Übersichten zu staatlichen Beihilfen im Verkehrssektor

Am 26.05.2020 hat die Kommission **Übersichten zu staatlichen Beihilfen** während der COVID-19-Pandemie für den Landverkehr und am 19.05.2020 für den Luft- und Seeverkehr veröffentlicht. Diese geben einen Überblick zu finanziellen Notfallmaßnahmen in den Mitgliedstaaten zur Aufrechterhaltung der Versorgung mit lebensnotwendigen Gütern und von grundlegenden Verkehrsdiensten, die keine staatlichen Beihilfen darstellen oder nicht notifiziert werden müssen. Gleichzeitig wird auf den Umgang mit Änderungen und Erneuerungen von Verträgen für Verkehrsdienstleistungen eingegangen. Zudem wird dargelegt, welche Maßnahmen unter den befristeten Rahmen für staatliche Beihilfen fallen und notifiziert werden müssen.

Übersicht der Kommission zu staatlichen Beihilfen im Landverkehr (in englischer Sprache):

https://ec.europa.eu/competition/state_aid/what_is_new/land_transport_overview_rules_during_coronavirus.pdf

Übersicht der Kommission zu staatlichen Beihilfen im Luftverkehr (in englischer Sprache):

https://ec.europa.eu/competition/state_aid/what_is_new/air_transport_overview_sa_rules_during_coronavirus.pdf

Übersicht der Kommission zu staatlichen Beihilfen im Seeverkehr (in englischer Sprache):

https://ec.europa.eu/competition/state_aid/what_is_new/maritime_transport_overview_sa_rules_during_coronavirus.pdf

EASA und ECDC veröffentlichen Leitlinien für den Gesundheitsschutz im Luftverkehr

Am 20.05.2020 haben die Europäische Agentur für Flugsicherheit (EASA) und das Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) **Leitlinien für den Gesundheitsschutz im Luftverkehr** veröffentlicht. Hierin werden konkrete Hygienemaßnahmen für die sechs Phasen einer Reise, nämlich vor der Ankunft am Flughafen, im Abflugterminal, beim Einsteigen, während des Flugs, im Transitbereich und bei der Ankunft am Endziel, empfohlen. Hierzu zählen u. a. die Umsetzung der Abstandsregelungen, das Tragen eines Mund-/Nasenschutzes und eine Entzerrung des Ein- und



Aussteigeprozesses. Zudem befasst sich ein separater Abschnitt mit der Sicherheit der Flugbesatzungsmitglieder.

Pressemitteilung der EASA (in englischer Sprache):

<https://www.easa.europa.eu/newsroom-and-events/press-releases/easaecdc-issue-joint-guidelines-assure-health-safety-air-travel>

EASA-Leitlinien für den Gesundheitsschutz im Luftverkehr (in englischer Sprache):

https://www.easa.europa.eu/sites/default/files/dfu/EASA-ECDC_COVID-19_Operational%20guidelines%20for%20management%20of%20passengers_final.pdf

LUFTVERKEHR

Kommission fordert auch Deutschland zur Benennung einer Stelle für die „Redlichkeitskultur“ für Ereignisse in der Zivilluftfahrt auf

Am 14.05.2020 hat die Kommission elf Mitgliedstaaten, darunter Deutschland, mit einem Schreiben aufgefordert, eine Stelle für die „**Redlichkeitskultur**“ gemäß der Verordnung (EU) Nr. 376/2014 über die Meldung von Ereignissen in der Zivilluftfahrt zu benennen. Die Stelle soll dafür sorgen, dass Personen, die sicherheitsbezogene Vorkommnisse in der Zivilluftfahrt melden, in der Regel nicht von ihrem Arbeitgeber oder den Behörden in den Mitgliedstaaten belangt werden können. Zudem muss die Stelle sicherstellen, dass jede in der Zivilluftfahrt tätige Organisation interne Regeln festlegt, wie die Grundsätze der „Redlichkeitskultur“ umgesetzt werden. Deutschland hat nun **vier Monate** Zeit, um auf das Aufforderungsschreiben zu reagieren. Im nächsten Schritt des Vertragsverletzungsverfahrens könnte die Kommission eine mit Gründen versehene Stellungnahme übermitteln.

Pressemitteilung der Kommission:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/inf_20_859

Verordnung (EU) Nr. 376/2014 über die Meldung von Ereignissen in der Zivilluftfahrt:

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=celex%3A32014R0376>

SCHIENENVERKEHR

Kommission fordert Deutschland zur Umsetzung der Richtlinie über die Interoperabilität des Eisenbahnsystems auf

Am 14.05.2020 hat die Kommission Deutschland mit einem Schreiben aufgefordert, die Richtlinie (EU) 2016/797 über die **Interoperabilität des Eisenbahnsystems** in der EU mit den nationalen Vorschriften in Einklang zu bringen. Die Kommission ist der Auffassung, dass die deutschen Bestimmungen über die



Anforderungen an die Bremsanlagen von Güterwagen die Interoperabilität behindern. Deutschland hat nun **vier Monate** Zeit, um auf das Aufforderungsschreiben zu reagieren. Im nächsten Schritt des Vertragsverletzungsverfahrens könnte die Kommission eine mit Gründen versehene Stellungnahme übermitteln.

Pressemitteilung der Kommission:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/inf_20_859

Richtlinie (EU) 2016/797 über die Interoperabilität des Eisenbahnsystems in der EU:

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX%3A32016L0797>

VERKEHRSINFRASTRUKTUR

Kommission verkündet Gewinner für die Preise für nachhaltige Mobilität

Am 18.05.2020 hat die Kommission die Gewinner für die **Preise für nachhaltige Mobilität** verkündet (EB 04/20). Die Preise der Europäischen Mobilitätswoche 2019 („European Mobility Week Award“) für Städte mit mehr als 50.000 Einwohnern geht an Kruševac (Serbien) und für kleinere Städte an Karditsa (Griechenland). Die Städte wurden insbesondere für ihre starke Bürgerbeteiligung bei der Umsetzung autofreier Zonen und alternativer Mobilitätsangebote gewürdigt. Den Preis für nachhaltige städtische Mobilitätsplanung („8th Award for Sustainable Urban Mobility Planning“, SUMP) erhielt Brüssel (Belgien), insbesondere für den starken Ausbau von Fußgängerzonen. Erstmals wurde auch der Preis für städtische Straßenverkehrssicherheit („EU Urban Road Safety Award“) an Pontevedra (Spanien) verliehen. Die Stadt hat das Kommissionsziel „Vision Zero“, also keine Straßenverkehrstoten bis 2050, bereits zwischen 2011 und 2018 erreicht. Die nächste Europäische Mobilitätswoche findet voraussichtlich vom 16.09.2020 - 22.09.2020 statt.

Pressemitteilung der Kommission (in englischer Sprache):

https://ec.europa.eu/transport/themes/sustainable/news/2020-05-18-award-winners_en

BAUEN UND WOHNEN

Kommission startet Befragung zum Fahrplan zur „Renovierungswelle“

Am 11.05.2020 hat die Kommission eine Befragung zum Fahrplan zur „**Renovierungswelle**“ gestartet. **Bis zum 08.06.2020** erhalten Interessenträger Gelegenheit, sich zu der Initiative des „Green Deals“ zur Verbesserung der Energieeffizienz von öffentlichen und privaten Gebäuden zu äußern. Die konkreten Maßnahmen werden voraussichtlich **im dritten Quartal 2020** veröffentlicht.



Ziele der Kommission sind, die Renovierungsquote in der EU mindestens zu verdoppeln sowie die Einführung nachhaltiger Heiz- und Kühlsysteme, moderner Kreislaufsysteme, der Infrastruktur für E-Mobilität und intelligenter Technologien, wie E-Gesundheits- und E-Schuldienste, zu beschleunigen. Der Schwerpunkt liegt auf **Sozialwohnungen, Schulen und Krankenhäusern**. Der Aktionsplan soll legislative und nicht-legislative Instrumente umfassen sowie Finanzierungsfragen klären. Dies könnte eine Überarbeitung der Leitlinien für staatliche Beihilfen sowie der Richtlinie 2010/31/EU über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden und der Richtlinie 2012/27/EU über Energieeffizienz umfassen. Eine **öffentliche Konsultation** soll der vorliegenden Befragung zum Fahrplan folgen.

Befragung der Kommission zur „Renovierungswelle“ (in englischer Sprache):

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12376-Commission-Communication-Renovation-wave-initiative-for-the-building-sector>

Eurostat veröffentlicht Zahlen zur Produktion im Baugewerbe für März 2020 in der EU

Am 19.05.2020 hat das statistische Amt der EU (Eurostat) Zahlen zur saisonbereinigten Produktion im Baugewerbe für März 2020 veröffentlicht (EB 07/20). Danach sank diese in der EU-27 gegenüber März 2019 um -13,4 %. Die Bautätigkeit nahm im Tiefbau um -14,9 % und im Hochbau um -13,3 % ab. Die größten Zuwächse der Produktion im Baugewerbe wurden in Rumänien (+28,1 %), Deutschland (+5,1 %) sowie Polen und Finnland (je +1,5 %) verzeichnet. Die stärksten Rückgänge gab es in Frankreich (-41,2 %), Italien (-35,4 %) und Belgien (-23,2 %).

Pressemitteilung von Eurostat:

<https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/10294796/4-19052020-AP-DE.pdf/8d0d9291-7e7d-9fb7-9b19-80b6d48e72e0>



STAATSMINISTERIUM DER JUSTIZ

Überarbeitetes Arbeitsprogramm der Kommission 2020: Schwerpunkte aus dem Bereich des StMJ

Am 27.05.2020 legte die Kommission vor dem Hintergrund der Coronapandemie ein überarbeitetes Arbeitsprogramm 2020 vor (zum ursprünglichen Arbeitsprogramm siehe EB 02/20, zum überarbeiteten Arbeitsprogramm siehe auch Beitrag unter „Politische Schwerpunkte“ in diesem EB). Für den Bereich des StMJ gab es inhaltlich keine wesentlichen Änderungen. Zeitlich werden sich allerdings die für das 4. Quartal 2020 angekündigten legislativen Folgemaßnahmen zum Weißbuch für künstliche Intelligenz verzögern. Diese werden nun erst im 1. Quartal 2021 erwartet. Ebenfalls verzögern wird sich die Überarbeitung der Produkthaftungsrichtlinie, die nun für das 2. Quartal 2021 angekündigt ist. Keine Verzögerungen wird es bei dem sog. „Digital Services Act“ geben, welcher vermutlich eine Überarbeitung der E-Commerce-Richtlinie und eine Initiative zur Ex-ante-Regulierung von Plattformen enthalten wird. Dieser soll, wie ursprünglich geplant, im 4. Quartal 2020 vorgelegt werden. Auch der jährliche Rechtsstaatlichkeitsbericht soll, wie ursprünglich geplant, im September 2020 vorgelegt werden. Das Arbeitsprogramm der Kommission für das Jahr 2021 wird im Oktober erwartet.

Mitteilung der Kommission zum überarbeiteten Arbeitsprogramm vom 27.05.2020 (in englischer Sprache):

https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/cwp-2020-adjusted_en.pdf

Anhänge des überarbeiteten Arbeitsprogramms (in englischer Sprache):

https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/cwp-2020-adjusted-annexes_en.pdf

COVID-19

Empfehlungen der Kommission zur Steigerung der Attraktivität von Reisegutscheinen

Die Kommission veröffentlichte am 13.05.2020 Empfehlungen zur Steigerung der Attraktivität von Reisegutscheinen. Diese sind Teil des Tourismus-Pakets der Kommission (siehe hierzu Beitrag des StMWi in diesem EB). Sie zielen darauf ab, freiwillige Gutscheine attraktiver zu gestalten, damit sie als Alternative zu Rückerstattungen im Bereich der Passagierrechte und Pauschalreisen in Erwägung gezogen werden. Damit wird der verpflichtenden Gutscheinelösung, die u. a. von Deutschland gefordert wurde, (nochmals) eine Absage erteilt. Die Gutscheine sollen u. a. gegen Insolvenzrisiken abgesichert werden, eine Mindestgültigkeitsdauer von zwölf Monaten haben, flexibel eingesetzt werden können und eine automatische Rückerstattung vorsehen.

Pressemitteilung der Kommission vom 13.05.2020:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_854



Empfehlungen zu Gutscheinen (in englischer Sprache):

https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/recommendation_vouchers_en.pdf

Befristete Ausnahmeregelung für Europäische Gesellschaften und Europäische Genossenschaften

Am 26.05.2020 stimmte der Rat der Verordnung über befristete Maßnahmen in Bezug auf die Hauptversammlungen Europäischer Gesellschaften (SE) und die Generalversammlungen Europäischer Genossenschaften (SCE) im schriftlichen Verfahren zu. Demnach sollen die Hauptversammlung Europäischer Gesellschaften und die Generalversammlung Europäischer Genossenschaften innerhalb von zwölf Monaten (bisher sechs Monate) nach Abschluss des Geschäftsjahres abgehalten werden dürfen, spätestens jedoch bis 31.12.2020. Die Kommission hatte am 29.04.2020 einen entsprechenden Vorschlag vorgelegt (EB 08/20). Das Europäische Parlament hatte in seiner Plenarsitzung am 14.05.2020 seine Zustimmung erteilt. Die Sofortmaßnahmen treten am Tag nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Union in Kraft.

Vorschlag der Kommission:

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:52020PC0183&from=EN>

Pressemitteilung der Kommission vom 26.05.2020:

https://ec.europa.eu/germany/news/20200526-fristen-haupt-generalversammlungen_de

SONSTIGES

Initiativberichte des Europäischen Parlaments zu dem von der Kommission geplanten „Digital Services Act“

Die Kommission hatte die Vorlage eines „Digital Services Act“ (DSA) sowohl in den politischen Leitlinien der Kommissionspräsidentin als auch in ihrem Arbeitsprogramm angekündigt. Inhaltlich geht es um die Regulierung von Online-Plattformen und die Weiterentwicklung der e-Commerce-Richtlinie (Richtlinie 2000/31/EG). Um auf die Arbeiten der Kommission Einfluss zu nehmen, legten drei Ausschüsse des Europäischen Parlaments (EP) Entwürfe von Initiativberichten zu diesem Thema vor.

- „Digital Services Act: Verbesserung der Funktionsweise des Binnenmarkts“ von MdEP *Alex Agius Saliba* (MLT/S&D);
- „Digital Services Act: Anpassung der handels- und zivilrechtlichen Vorschriften für online tätige Unternehmen“ von MdEP *Tiemo Wölken* (DEU/S&D);
- „Digital Services Act und die Grundrechte betreffende Fragen“ von MdEP *Kris Peeters* (BEL/EVP).



Die Berichte sollen im September in den jeweiligen Ausschüssen abgestimmt und im Oktober in das Plenum eingebracht werden.

Für das StMJ ist dabei insbesondere der Bericht zur Anpassung der handels- und zivilrechtlichen Vorschriften für online tätige Unternehmen relevant. Der Berichtsentwurf von MdEP *Wölken* wurde am 07.05.2020 im Rechtsausschuss (JURI) besprochen. Der Entwurf befasst sich schwerpunktmäßig mit dem Umgang mit Inhalten auf Hosting Plattformen. Der Berichterstatter führte hierzu aus, es müsse ein Gleichgewicht einerseits zwischen der Bekämpfung illegaler Inhalte und andererseits der Gewährleistung von Grundrechten geschaffen werden. Zentral sei es daher, einen kohärenten Rechtsrahmen für die Hinweis- und Handlungspflichten zu schaffen. Ein solcher fehle derzeit, was sowohl für Nutzer als auch für Plattformen zu Rechtsunsicherheit führe. Zu einem solchen Rechtsrahmen gehöre auch ein wirksamer gerichtlicher Rechtsschutz. Zur Entlastung der Justiz sieht der Bericht die Einführung einer unabhängigen Streitbeilegung vor. Um die Einhaltung der Bestimmungen sicherzustellen und zu überwachen, schlägt der Berichterstatter ferner vor, eine europäische Agentur einzurichten, die auch Geldbußen verhängen können soll. Die Kommission begrüßte den Berichtsentwurf.

Berichtsentwurf zu den Anpassungen der handels- und zivilrechtlichen Vorschriften für online tätige Unternehmen:

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/JURI-PR-650529_DE.pdf

Berichtsentwurf zur Verbesserung der Funktionsweise des Binnenmarkts:

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/IMCO-PR-648474_DE.pdf

Berichtsentwurf zu die Grundrechte betreffende Fragen:

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/LIBE-PR-650509_DE.pdf

Initiativberichte des Europäischen Parlaments zu künstlicher Intelligenz

Der Rechtsausschuss des Europäischen Parlaments (JURI) diskutierte am 12.05.2020 drei Initiativberichte zum Thema künstliche Intelligenz (KI). Diese sollen im September im Ausschuss abgestimmt und im Oktober in das Plenum eingebracht werden. Es handelt sich um folgende Berichte, die im Folgenden – aus der Justizperspektive – kurz zusammengefasst werden:

- „Ethische Aspekte von künstlicher Intelligenz, Robotik und damit zusammenhängenden Technologien“ von MdEP *Ibán García Del Blanco* (ESP/S&D);
- „Zivilrechtliche Haftungsregeln für künstliche Intelligenz“ von MdEP *Axel Voss* (DEU/EVP);
- „Rechte des geistigen Eigentums bei der Entwicklung von KI-Technologien“ von MdEP *Stéphane Séjourné* (FRA/ALDE).



Zu dem Berichtsentwurf „ethischen Aspekte von KI“:

In dem Entwurf werden eine Reihe von Grundsätzen zusammengefasst, die gemeinsam einen europäischen Regelungsrahmen schaffen sollen. Dieser enthält u. a. den Grundsatz der menschlichen Aufsicht über KI, einen risikobasierten Ansatz mit besonderen Anforderungen für „high risk“ KI sowie besondere Transparenz und Rechenschaftspflichten. Es soll zudem eine Europäische Agentur für KI errichtet werden mit Aufsichtsfunktion und zur Entwicklung eines europäischen KI-Zertifikats (siehe hierzu Beitrag des StMD in diesem EB).

Zu dem Berichtsentwurf „zivilrechtliche Haftungsregeln für KI“:

Der Entwurf sieht eine Verordnung vor, die sich mit der Haftung des Betreibers befasst. Die Haftung der Hersteller bzw. der Entwickler müsse im Rahmen der Produkthaftungsrichtlinie geregelt werden und wird im vorliegenden Entwurf explizit nicht behandelt. Der Vorschlag sieht für KI-Systeme mit hohem Risiko die Einführung einer verschuldensunabhängigen Haftung gekoppelt mit einer Haftpflichtversicherung vor. Für andere KI-Anwendungen soll eine Beweiserleichterung (vermutetes Verschulden mit Exkulpationsmöglichkeit) eingeführt werden. Die KI-Systeme mit hohem Risiko sollen in einem Anhang abschließend aufgeführt werden.

Zu dem Berichtsentwurf „Rechte des geistigen Eigentums bei der Entwicklung von KI-Technologien“:

Der Berichtsentwurf stellt fest, dass in den Überlegungen der Kommission zum Thema KI die geistigen Eigentumsrechte bislang keine Erwähnung gefunden haben. Der Bericht selbst setzt sich sodann mit Aspekten des Patentrechts, des Marken- und Musterschutzes, des Urheberrechtes und verwandter Rechte auseinander.

Berichtsentwurf zu den ethischen Aspekten von künstliche Intelligenz, Robotik und damit zusammenhängende Technologien:

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/JURI-PR-650508_DE.pdf

Berichtsentwurf zu zivilrechtlichen Haftungsregeln für KI:

https://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2014_2019/plmrep/COMMITTEES/JURI/PR/2020/05-12/1203790DE.pdf

Berichtsentwurf zu den Rechten des geistigen Eigentums bei der Entwicklung von KI-Technologien:

https://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2014_2019/plmrep/COMMITTEES/JURI/PR/2020/05-12/1203550DE.pdf

Bericht über die Umsetzung der Opferschutzrichtlinie

Am 11.05.2020 veröffentlichte die Kommission einen Bericht über die Umsetzung der Opferschutzrichtlinie (Richtlinie 2012/29/EU). Sie kommt darin zu dem Schluss, dass das volle Potential der Richtlinie noch nicht ausgeschöpft ist, was insbesondere an der unvollständigen Umsetzung der Richtlinie durch eine Vielzahl an Mitgliedstaaten liege. Besondere Probleme ergeben sich nach den Ausführungen des Berichts im Zusammenhang mit dem Zugang zu Informationen, Unterstützungsdiensten und dem Schutz im Einklang mit



den individuellen Bedürfnissen der Opfer. Weniger problematisch sind hingegen die Bestimmungen über die Verfahrensrechte und die Wiedergutmachung. Es laufen derzeit einige Vertragsverletzungsverfahren gegen Mitgliedstaaten wegen unvollständiger Umsetzung, darunter auch gegen Deutschland.

Bericht der Kommission über die Umsetzung der Opferschutzrichtlinie:

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:52020DC0188&from=EN>



STAATSMINISTERIUM FÜR UNTERRICHT UND KULTUS

Rat der Europäischen Union verabschiedet Ratsschlussfolgerungen „European teachers and trainers for the future“

Der Rat der Europäischen Union hat am 26.05.2020 im schriftlichen Verfahren die Ratsschlussfolgerungen „European teachers and trainers for the future“ angenommen.

Die Ratsschlussfolgerungen unterstreichen die besondere Bedeutung der Bildung für die Zukunft unserer Gesellschaft und würdigen in diesem Zusammenhang die Rolle von Lehrkräften und Ausbildern als eine unverzichtbare und treibende Kraft. Unter Anerkennung der mitgliedstaatlichen Zuständigkeit und Verantwortung für den Bildungsbereich werden die Mitgliedstaaten und die Kommission im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeiten aufgefordert, Maßnahmen zu ergreifen, um den Beruf der Lehrkraft attraktiv zu halten und zu gestalten, die Kompetenzen von Lehrkräften und Ausbildern weiterzuentwickeln und deren Mobilität im Rahmen von Ausbildung und Beruf zu unterstützen.

Pressemitteilung des Rates der Europäischen Union:

<https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2020/05/26/european-teachers-and-trainers-the-council-adopts-conclusions/>

Überarbeitetes Arbeitsprogramm der Kommission 2020: Schwerpunkte aus dem Bereich des StMUK

Am 27.05.2020 hat die Kommission ihr überarbeitetes Arbeitsprogramm für das Jahr 2020 vorgestellt. Für den Bildungsbereich sind dabei insbesondere folgende konkrete Initiativen und Veränderungen relevant:

Auf das 3. Quartal 2020 verschoben wurden sowohl die Veröffentlichung der **Aktualisierung der europäischen Agenda für Kompetenzen** (sog. „Skills Agenda“) als auch die Veröffentlichung der **Aktualisierung des Aktionsplans für digitale Bildung**. Demgegenüber ist die **Mitteilung zur Weiterentwicklung bzw. Verwirklichung des Europäischen Bildungsraumes bis 2025**, einschließlich der Mitteilung zur Weiterentwicklung des strategischen Rahmens für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung („postET2020“) weiterhin für das 3. Quartal 2020 vorgesehen. Auch die Vorlage eines **Aktionsplans für Integration und Inklusion** ist weiterhin für das 4. Quartal 2020 geplant.

Überarbeitetes Arbeitsprogramm der Kommission (in englischer Sprache):

https://ec.europa.eu/info/publications/2020-commission-work-programme-key-documents_en



COVID-19

Informelle Videokonferenz: EU-Bildungsminister/innen tauschten sich über Auswirkungen der COVID19-Krise auf den Bildungsbereich aus.

Am 18.05.2020 tauschten sich die EU-Bildungsminister/innen in einer informellen Videokonferenz zu den durchgeführten oder geplanten nationalen Maßnahmen zur Bewältigung der COVID-19-Krise im Bildungsbereich aus. Sie sprachen u. a. über die Pläne zur Wiederaufnahme des Präsenz-Unterrichtsbetriebs in den Einrichtungen der allgemeinen und beruflichen Bildung. In Anwesenheit von EU-Kommissarin *Marija Gabriel* betonte die kroatische Vorsitzende Ministerin *Blaženka Divjak*, dass man sich der Sorgen und Ängste der Schüler, Studierenden, Eltern und Lehrkräfte sehr bewusst sei und das absolut Möglichste tue, um sie gut durch diese Herausforderungen zu navigieren.

Sitzungsinformationen des Rates der Europäischen Union:

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/eycs/2020/05/18/>



STAATSMINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND KUNST

Kommission schlägt für Wiederaufbau langfristigen EU-Haushalt 2021 - 2027 vor: Vorschläge im Bereich Forschung, Hochschulbildung und Kultur

Die Kommission veröffentlichte am 27.05.2020 einen Vorschlag für den nächsten mehrjährigen EU-Finanzrahmen (MFR) der Jahre 2021 - 2027 mit einem Volumen von 1,85 Billionen €, der ein Aufbauinstrument („Next Generation EU“) in Höhe von 750 Mrd. € beinhaltet (siehe hierzu Beitrag des StMFH in diesem EB).

Für das nächste Forschungs- und Innovationsprogramm **Horizont Europa** sieht der Vorschlag der Kommission Mittel in Höhe von **94,4 Mrd. €** vor. **13,5 Mrd. €** hiervon sollen aus dem Aufbauinstrument „Next Generation EU“ bereitgestellt werden, um damit insbesondere die Gesundheits- und Klimaforschung zu stärken.

Für **Erasmus+** sieht der Vorschlag für den Zeitraum 2021 - 2027 Mittel in Höhe von **24,6 Mrd. €** vor. Aus dem Aufbauinstrument stammen hiervon keine Mittel.

Creative Europe soll, dem Vorschlag entsprechend, rund **1,5 Mrd. €** erhalten. Auch hier schlägt die Kommission keine Sondermittel aus „Next Generation EU“ vor.

(Alle angegebenen Werte entsprechen den Preisen von 2018).

Mitteilung der Kommission (in englischer Sprache):

https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/about_the_european_commission/eu_budget/1_en_act_part1_v9.pdf

Überarbeitetes Arbeitsprogramm der Kommission 2020: Schwerpunkte aus dem Bereich des StMWK

Die Kommission hat am 27.05.2020 ihr überarbeitetes Arbeitsprogramm für das Jahr 2020 vorgelegt (siehe hierzu Beitrag unter „Politische Schwerpunkte“ in diesem EB). Auch die Maßnahmen in den Bereichen **Hochschulbildung und Forschung** sind zum Teil von Verschiebungen der bisherigen Planungen (EB 02/20) betroffen.

Die **Mitteilung über die Zukunft von Forschung und Innovation und den Europäischen Forschungsraum** soll nunmehr im 3. Quartal (statt im 2. Quartal), die **Mitteilung über Forschungs- und Innovationsmissionen im Rahmen von „Horizont Europa“** weiterhin im 4. Quartal und die **Initiative zur Vollendung des Europäischen Bildungsraums** bis 2025 ebenfalls weiterhin im 3. Quartal vorgelegt werden. Der **aktualisierte Aktionsplan für digitale Bildung** wird vom 2. auf das 3. Quartal und die **Aktualisierung der europäischen Agenda für Kompetenzen** (sog. „Skills Agenda“) vom 1. auf das 3. Quartal verschoben. Das **Weißbuch zur künstlichen Intelligenz** wurde bereits vorgelegt. Die legislativen Umsetzungsvorschläge hierfür sind jetzt für das 1. Quartal 2021 vorgesehen.



Mitteilung der Kommission (in englischer Sprache):

https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/cwp-2020-adjusted_en.pdf

Auflistung der konkreten Initiativen (in englischer Sprache):

https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/cwp-2020-adjusted-annexes_en.pdf

COVID-19

Videokonferenz der EU-Kultur- und Medienminister zu den Auswirkungen der Corona-Krise auf den Kultur- und Medienbereich

Die europäischen Kultur- und Medienminister diskutierten am 19.05.2020 in einer informellen Videokonferenz ein weiteres Mal über die **Auswirkungen der Pandemie auf den Kultur- und Mediensektor**. Im Vergleich zur Konferenz am 08.04.2020, bei der die akuten Nothilfemaßnahmen im Mittelpunkt standen, lag der Schwerpunkt diesmal auf **Strategien zur Wiederöffnung des kulturellen Lebens** und wie die Bereiche mittel- bis langfristig gestärkt werden könnten. Es bestand Einigkeit, dass neben den nationalen Maßnahmen ein europäischer Ansatz notwendig sei und beispielsweise im kommenden mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) auch der Kultur- und Medienbereich signifikant gestärkt werden müsse, insbesondere durch einen Aufwuchs beim Programm Kreatives Europa.

Am Ende der Konferenz präsentierte Staatsministerin *Monika Grütters* die **Schwerpunkte der anstehenden deutschen Ratspräsidentschaft im Bereich Kultur und Medien**. Dabei wird die Bewältigung der Corona-Krise weiter im Mittelpunkt stehen. Es bleiben aber auch die ursprünglich geplanten Themen ganz oben auf der Agenda, für den Kulturbereich also die Weiterverhandlung von Kreatives Europa und das Thema „Geschlechtergerechtigkeit im Kulturbereich“, wozu Ratsschlussfolgerungen geplant sind.

Mitteilung der kroatischen Ratspräsidentschaft:

<https://eu2020.hr/Home/OneNews?id=294>

Kommission fördert Forschung und Innovation zur Bewältigung der Corona-Pandemie mit weiteren 122 Mio. €

Die Kommission hat am 19.05.2020 die Mobilisierung **weiterer 122 Mio. €** aus dem Forschungs- und Innovationsprogramm **Horizont 2020** für die Erforschung des Coronavirus bekanntgegeben und eine **Aufforderung zur Interessenbekundung** veröffentlicht. Mit diesen zusätzlichen Forschungsmitteln sollen frühere Maßnahmen zur Entwicklung von Diagnostika, Behandlungen und Impfstoffen ergänzt werden. Die Projekte sollen u. a. darauf abzielen, so schnell wie möglich Medizintechnologien und digitale Instrumente zur



besseren Erkennung und Überwachung sowie zur Versorgung von Patienten zu entwickeln. Die **Einreichungsfrist endet am 11.06.2020**. (siehe hierzu auch Beitrag des StMWi in diesem EB)

Pressemitteilung der Kommission:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_887

Europäisches Innovations- und Technologieinstitut stellt 60 Mio. € für die Entwicklung von Innovationen zur Bekämpfung der Corona-Krise bereit

Das Europäische Innovations- und Technologieinstitut (EIT) hat **den Start der „EIT Crisis Response Initiative“** bekanntgegeben, mit der **60 Mio. € an zusätzlichen Mitteln** bereitgestellt werden, um die **Entwicklung hochwirksamer Lösungen zur Bewältigung der sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise** zu unterstützen. Die Finanzmittel ermöglichen die Inangriffnahme neuer Innovationsprojekte von hoch innovativen Start-ups, Scale-ups und kleinen und mittleren Unternehmen. Das EIT ist eine Einrichtung der EU und integraler Bestandteil von Horizont 2020. Es unterstützt den Aufbau dynamischer, gesamteuropäischer Partnerschaften – der Wissens- und Innovationsgemeinschaften des EIT – zwischen führenden Unternehmen, Forschungslabors und Universitäten.

Pressemitteilung des EIT:

https://eit.europa.eu/sites/default/files/tra-de-pr_eit_community_crisis_response_initiative_final_0.pdf

Acht große Forschungsprojekte zu Diagnose und Test von COVID-19 werden mit EU-Forschungsgeldern gefördert - Bayerische Biotech-Firma GNA Biosolutions dabei

Die Kommission hat am 12.05.2020 angekündigt, dass im **Rahmen der „Initiative Innovative Arzneimittel“ (IMI)** acht groß angelegte Forschungsprojekte zur Förderung ausgewählt wurden, **die die Entwicklung von Therapie- und Diagnosemöglichkeiten des Coronavirus** vorantreiben. Die IMI ist eine öffentlich-private Partnerschaft mit der pharmazeutischen Industrie, für die die Kommission Mittel aus **Horizont 2020 in Höhe von 72 Mio. €** (aufgestockt von ursprünglich 45 Mio. €) bereitstellt. Zusammen mit 45 Mio. € aus dem Privatsektor stehen somit 117 Mio. € für die Forschungsprojekte zur Verfügung. Unter den acht Projekten ist eines, das von der Biotech-Firma GNA Biosolutions aus Martinsried bei München geführt wird und das die Entwicklung vereinfachter Testverfahren zum Ziel hat.

Pressemitteilung der Kommission:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_837



Factsheet mit den geförderten Projekten (in englischer Sprache):

https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/research_and_innovation/research_by_area/documents/ec_rtd_imi-projects_factsheet.pdf

EU-gefördertes Forschungsprojekt entwickelt neues, schnelles Corona-Diagnoseverfahren

Eines der 18 Forschungsprojekte, die im Rahmen der **Corona-bezogenen Sonderausschreibung unter Horizont 2020** (EB 05/20) zur Förderung ausgewählt wurden, hat jetzt ein vielversprechendes Ergebnis hervorgebracht: Das **Projekt „HG nCoV19 test“ entwickelte ein neuartiges tragbares System zur Diagnose von Virusinfektionen**, das verlässliche Testergebnisse innerhalb 30 Minuten liefern kann. Das Testsystem hat bereits die erforderliche CE-Kennzeichnung erhalten und kann somit auf den europäischen Markt gebracht werden. „HG nCoV19 test“ wird mit 930.000 € gefördert. Es sind öffentliche und private Institutionen aus Irland, Italien, UK und China beteiligt.

Pressemitteilung der Kommission (in englischer Sprache):

https://ec.europa.eu/info/news/coronavirus-eu-funded-research-project-brings-new-rapid-diagnostic-market-2020-may-20_en

Gemeinsame Forschungsstelle startet Online-Umfrage über die Auswirkungen von COVID-19

Die Gemeinsame Forschungsstelle der Europäischen Kommission (Joint Research Centre, JRC) hat eine **Online-Umfrage zu den Auswirkungen der COVID-19-Krise auf die verschiedenen Lebensbereiche der Bürger** in den 27 EU-Mitgliedstaaten gestartet, u. a. auf die Arbeitssituation und die individuellen Lebensumstände der Bürger, ihr Vertrauen in die Krisenbewältigung der nationalen Verwaltungen und europäischen Institutionen sowie die Einstellung zu den nationalen Exit-Strategien. Die Umfrage soll den Wissenschaftlern des JRC helfen zu verstehen, wie sich der COVID-19-Ausbruch auf das Leben der Bürger in Europa auswirkt, um die Politik entsprechend bei der Entwicklung von Übergangstrategien und Konjunkturprogrammen zu beraten.

Pressemitteilung der JRC (in englischer Sprache):

<https://ec.europa.eu/jrc/en/news/have-your-say-effects-covid-19>

Umfrage des JRC (in englischer Sprache):

<https://composite-indicators.jrc.ec.europa.eu/jrcsurvey/>



FORSCHUNG

Leistungsbericht der EU zu Forschung und Innovation veröffentlicht

Die Kommission hat am 27.05.2020 den zweijährlichen **Bericht über die Leistung Europas in den Bereichen Wissenschaft, Forschung und Innovation** veröffentlicht, in dem die diesbezügliche Stellung Europas im globalen Kontext analysiert wird. Die **EU liege demnach bei der wissenschaftlichen Produktion und Exzellenz im Spitzenfeld**, was u. a. an dem hohen Anteil an Veröffentlichungen zu den Themen Klima und Bioökonomie und bei den Patentanmeldungen festgemacht wird. Dennoch seien **weitere Anstrengungen erforderlich, um Forschungsergebnisse in nachhaltige marktfähige Lösungen umzuwandeln**. Der Bericht hebt die herausragende Rolle von Forschung und Innovation (FuI) für ein nachhaltiges und inklusives Wachstum, für die Vermittlung von Kompetenzen in einer technisierten Welt, den ökologischen und digitalen Wandel sowie die nachhaltige Steigerung der Produktivität von Unternehmen hervor. Der Bericht enthält **elf politische Empfehlungen** zum Schutz der Menschen, des Planeten und unseres Wohlstands.

Pressemitteilung der Kommission:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_933

Leistungsbericht 2020 (in englischer Sprache):

https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/srip/2020/ec_rtd_srip-2020-report.pdf

Marie Skłodowska-Curie Aktionen: 147 Innovative Training Networks (ITNs) werden mit insgesamt 530 Mio. € gefördert und European Researchers' Night verschoben

Am 26.05.2020 gab die Kommission 147 Forschungsnetzwerke bekannt, die in diesem Jahr unter dem Programm „Marie Skłodowska-Curie Actions“ (MSCA) als Innovative Training Networks (ITNs) mit einem Gesamtvolumen von 530 Mio. € gefördert werden. Damit profitieren insgesamt **1.373 beteiligte Organisationen, darunter 158 kleine und mittlere Unternehmen, und ca. 2000 Doktoranden** von diesem Forschungsförderprogramm der EU, das in der 1. Säule (Wissenschaftsexzellenz) von Horizont 2020 angesiedelt ist und die Entwicklung von exzellenten Nachwuchswissenschaftlern fördert. 22 der Netzwerke kommen aus Deutschland, aus Bayern sind die LMU, die Universität Augsburg sowie das Helmholtz Zentrum für Gesundheit und Umwelt in München dabei.

Es wurde auch bekanntgegeben, dass die ebenfalls unter MSCA geförderte alljährliche **European Researchers' Night** aufgrund der Corona-Krise von dem 25.09.2020 auf den **27.11.2020** verschoben wird.

Pressemitteilung der Kommission (in englischer Sprache):

<https://ec.europa.eu/research/mariecurieactions/news/ITN-2020-call-results>



Gesamtliste der geförderten Netzwerke:

https://ec.europa.eu/research/mariecurieactions/sites/mariecurie2/files/itn_2020_list_of_projects_main_final_0.pdf

Mitteilung zur Verschiebung der European Researchers' Night (in englischer Sprache):

https://ec.europa.eu/research/mariecurieactions/news/results-msca-night-2020_en

KULTUR

European Union Prize for Literature 2020 vergeben

Am 19.05.2020 wurden 13 Gewinnerinnen und Gewinner des Europäischen Preises für Literatur des Jahres 2020 (European Union Prize for Literature, EUPL) bekanntgegeben. **Aus Deutschland wird *Matthias Nawrat* für seinen Roman „Der traurige Gast“ ausgezeichnet.** Die übrigen Preise gehen an *Nathalie Skowronek* (Belgien), *Lana Bastašić* (Bosnien-Herzegowina), *Maša Kolanović* (Kroatien), *Stavros Christodoulou* (Zypern), *Asta Olivia Nordentoft* (Dänemark), *Made Luiga* (Estland), *Shpëtim Selmani* (Kosovo), *Francis Kirps* (Luxemburg), *Stefan Bošković* (Montenegro), *Petar Andonovski* (Nordmazedonien), *Maria Navarro Skarange* (Norwegen) und *Irene Solà* (Spanien).

Der Preis ist mit jeweils 5.000 € dotiert und wird aus dem Programm Kreatives Europa finanziert. Wegen der Corona-Krise wurde der Preis erstmals seit seinem Bestehen 2009 nicht in einer Zeremonie sondern anhand eines Videos verkündet.

Weitere Informationen (inkl. dem Verkündungsvideo) (in englischer Sprache):

<https://www.euprizeliterature.eu/news/european-union-prize-literature-announces-2020-laureates>



STAATSMINISTERIUM DER FINANZEN UND FÜR HEIMAT

Überarbeitetes Arbeitsprogramm der Kommission 2020: Schwerpunkte aus dem Bereich des StMFH

Am 27.05.2020 präsentierte die Kommission die pandemiebedingten Anpassungen an ihrem Arbeitsprogramm vom 29.01.2020 (EB 02/20). Danach plant sie bei ihren neuen Initiativen u. a., den Aktionsplan zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung und zur Vereinfachung der Besteuerung erst im dritten Quartal und das Konzept zur Unternehmensbesteuerung für das 21. Jahrhundert erst im vierten Quartal vorzulegen. Die zwei Bestandteile des Zollunionspakets – Aktionsplan und Vorschlag für eine einheitliche/zentrale EU-Anlaufstelle für Zollbehörden – sollen ebenfalls im dritten bzw. vierten Quartal 2020 veröffentlicht werden. Im Rahmen der Vollendung der Bankenunion sind die Überprüfung der Eigenkapitalvorschriften (CRR, CRD) und ein entsprechender Gesetzgebungsvorschlag nun auch im vierten Jahresquartal zu erwarten. Ebenso sind die Initiativen zur Stärkung der wirtschaftlichen und finanziellen Souveränität Europas und für gerechte Mindestlöhne für Arbeitnehmer in der EU für das vierte Quartal vorgesehen. Für das erste Quartal 2021 plant die Kommission insbesondere eine neue, nicht legislative Strategie für ein nachhaltiges Finanzwesen und die legislativen Folgemaßnahmen zum Weißbuch zur künstlichen Intelligenz, einschließlich Sicherheit, Haftung, Grundrechte und Daten.

Mitteilung der Kommission zum überarbeiteten Arbeitsprogramm 2020 vom 27.05.2020 (in englischer Sprache):

https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/cwp-2020-adjusted_en.pdf

Anhänge zur Kommissionsmitteilung zum überarbeiteten Arbeitsprogramm vom 27.05.2020 (in englischer Sprache):

https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/cwp-2020-adjusted-annexes_en.pdf

[Webseite der Kommission zum Arbeitsprogramm 2020 \(z. T. in englischer Sprache\):](#)

https://ec.europa.eu/info/publications/2020-commission-work-programme-key-documents_de

Coronavirus: Kommission gibt Empfehlungen zu nationaler Fiskal- und Wirtschaftspolitik

Am 20.05.2020 präsentierte die Kommission ihre länderspezifischen Empfehlungen 2020 im Rahmen des sog. Europäischen Semesters. Darin empfiehlt sie den Mitgliedstaaten und dem Vereinigten Königreich wirtschaftspolitische Leitlinien, um auf die Pandemie zu reagieren. Wegen der Pandemie konzentrieren sich die Empfehlungen auf zwei Aspekte: die unmittelbare haushaltspolitische, wirtschaftliche, beschäftigungspolitische und soziale Krisenreaktion sowie mittelfristige Reform- und Investitionsprioritäten. Für Deutschland empfiehlt die Kommission, zur Erholung der Wirtschaft nach der Krise den von ihr erneut festgestellten Investitionsrückstand aufzuholen. Die öffentlichen und privaten Investitionen seien 2019 zwar robust gestiegen, würden jedoch immer noch hinter dem Bedarf zurückbleiben. Besonders hoch sei der Rückstand auf



kommunaler Ebene mit 4 % des BIP. Handlungsbedarf sieht die Kommission insbesondere nach wie vor bei Investitionen in die digitale Infrastruktur und digitale Dienstleistungen. Haushaltspolitisch spiegeln die Empfehlungen die Aktivierung der Ausnahme im Stabilitäts- und Wachstumspakt wider: Die EU-Staaten sollen laut Kommission alles zur wirksamen Pandemiebekämpfung Nötige tun und die Wirtschaft unterstützen. Sie beabsichtige daher aktuell nicht, bei Überschreitung der Grenzwerte Defizitverfahren einzuleiten.

Länderspezifische Empfehlung 2020 für Deutschland (einschl. Stellungnahme zum Stabilitätsprogramm) vom 20.05.2020:

https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/2020-european-semester-csr-comm-recommendation-germany_de.pdf

Übergreifende Mitteilung der Kommission zu den länderspezifischen Empfehlungen vom 20.05.2020:

https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/2020-european-semester-csr-comm-recommendation-communication_de.pdf

Pressemitteilung der Kommission zum gesamten Frühjahrspaket mit Links zu den weiteren Dokumenten vom 20.05.2020:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_901

Informeller Rat für Wirtschaft und Finanzen: Krisenmaßnahmen und Europäisches Semester

Nach der Euro-Gruppe am 15.05.2020 (siehe hierzu Beitrag in diesem EB) tagte am 19.05. per Videokonferenz ein informeller Rat der EU für Wirtschaft und Finanzen. Die 27 Finanz- und Wirtschaftsminister prüften vor allem die Fortschritte der EU-Maßnahmen zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Pandemiefolgen. Sie begrüßten insbesondere die Annahme des neuen, befristeten Kreditprogramms zur Finanzierung von Kurzarbeit (siehe hierzu Beitrag in diesem EB). Zur Sicherung der Kreditvergabe an Unternehmen diskutierten die Minister den paneuropäischen Garantiefonds, den die Europäische Investitionsbank einrichten soll, und den Aktionsplan der Kommission zur weiteren Stärkung des Kampfes gegen Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung vom 07.05. (EB 08/20). Sie einigten sich auf die Ratschlussfolgerungen zu den Länderberichten des Europäischen Semesters 2020, also zur Koordinierung der nationalen Fiskal- und Wirtschaftspolitiken. Die Berichte sind älter als die Coronavirus-Krise, ihre Aussagekraft ist daher beschränkt. Laut Kommission zeigen sie aber strukturelle Herausforderungen, auch für eine Erholung nach der Krise. Laut Schlussfolgerungen teilt der Rat die Ansicht, dass in zwölf Mitgliedstaaten in unterschiedlicher Art und Größe makroökonomische Ungleichgewichte zu verzeichnen seien, u. a. in Deutschland, Frankreich, Italien und den Niederlanden.

Wichtigste Ergebnisse der informellen Videokonferenz auf Ministerebene „Wirtschaft und Finanzen“ vom 19.05.2020:

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/ecofin/2020/05/19/>



Ratschlussfolgerungen zu den Länderberichten des Europäischen Semesters 2020 und zur Umsetzung der länderspezifischen Empfehlungen 2019 vom 19.05.2020:

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-7727-2020-INIT/de/pdf>

Coronavirus: Mitgliedstaaten beschließen Unterstützung für Finanzierung von Kurzarbeit

Am 19.05.2020 beschlossen die Mitgliedstaaten das vorübergehende Kreditprogramm SURE („Support to mitigate Unemployment Risks in an Emergency“). Die Mitgliedstaaten sollen darüber günstige Darlehen von insgesamt max. 100 Mrd. € erhalten können. Diese sollen ihnen bei der Finanzierung des Ausgabenanstiegs durch nationale Kurzarbeitsregelungen und ähnliche Maßnahmen zur Krisenreaktion seit 01.02.2020 helfen und so zum Erhalt von Arbeitsplätzen in der Krise beitragen. Erfasst sind auch einige gesundheitsbezogene Maßnahmen, insbesondere am Arbeitsplatz, und Maßnahmen für Selbständige. Dafür wird die Kommission namens der EU Mittel auf den internationalen Kapitalmärkten aufnehmen. Der EU-Haushalt und – noch zu stellende – Garantien der Mitgliedstaaten von insgesamt 25 Mrd. €, jeweils entsprechend dem Anteil am EU-Bruttonationaleinkommen, sichern die Darlehen. Für Deutschland entspricht dies ca. 6 Mrd. €, also knapp fast 25 %. SURE ist einer der drei Teile des Hilfspakets von 540 Mrd. €, das die Euro-Gruppe am 09.04.2020 beschloss (EB 07/20). SURE ist verfügbar, wenn alle Mitgliedstaaten die Garantien hinterlegt haben, und läuft dann bis zum 31.12.2022. Auf Vorschlag der Kommission könnte der Rat dies jeweils um weitere sechs Monate verlängern, wenn die schweren wirtschaftlichen Störungen infolge des Coronavirus-19-Ausbruchs fortbestehen.

Pressemitteilung des Rates zu SURE vom 19.05.2020:

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2020/05/19/covid-19-council-reaches-political-agreement-on-temporary-support-to-mitigate-unemployment-risks-in-an-emergency-sure/>

SURE-Verordnung im EU-Amtsblatt vom 20.05.2020:

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:32020R0672&from=de>

Wiederaufbaufonds: 500 Mrd. €-Vorschlag von Frankreich und Deutschland

Am 18.05.2020 veröffentlichten Frankreichs Präsident *Emmanuel Macron* und Deutschlands Bundeskanzlerin *Angela Merkel* einen gemeinsamen Vorstoß zur wirtschaftlichen Erholung in Europa. Im Kern sieht der Vorschlag einen neuen Fonds mit einem Volumen von 500 Mrd. € vor. Dazu soll die Kommission auf den Kapitalmärkten Kredite aufnehmen und diese Gelder auch in Form nicht rückzahlbarer Zuschüsse an hilfsbedürftige Mitgliedstaaten weitergeben dürfen. Die Rückzahlung soll über den EU-Haushalt erfolgen, nach den jeweiligen Anteilen der Mitgliedstaaten daran. Laut dem Vorschlag bleibt die Verbesserung des Rahmens für faire Besteuerung in der EU prioritär – insbesondere eine wirksame Mindestbesteuerung und eine gerechte Besteuerung der Digitalwirtschaft in der EU – sowie die Einführung einer gemeinsamen Körperschaftssteuer-Bemessungsgrundlage.



U. a. Kommissionspräsidentin *Ursula von der Leyen* begrüßte den Vorschlag; er sei konstruktiv und erkenne Umfang und Größe der wirtschaftlichen Herausforderung an. Am 23.05 legten Dänemark, die Niederlande, Österreich und Schweden einen Gegenentwurf vor. Danach wären die Hilfgelder immer zurückzuzahlen („Loans for Loans“). Statt Zuschüssen möchten die Frugal Four günstige Kredite. Sie lehnen eine Schuldenvergemeinschaftung wie auch die signifikante Erhöhung des EU-Haushalts ab.

Pressemitteilung der Bundesregierung zum gemeinsamen Deutsch-Französischen Vorschlag vom 18.05.2020:

<https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/coronavirus/deutsch-franzoesische-initiative-zur-wirtschaftlichen-erholung-europas-nach-der-coronakrise-1753760>

Erklärung von Kommissionspräsidentin *Ursula von der Leyen* vom 18.05.2020:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/statement_20_902

Non-Paper „EU support for efficient and sustainable COVID-19 recovery“ vom 23.05.2020 (in englischer Sprache):

https://www.politico.eu/wp-content/uploads/2020/05/Frugal-Four-Non-Paper.pdf?utm_source=POLITICO.EU&utm_campaign=0b0a77a053-EMAIL_CAMPAIGN_2020_05_25_05_07&utm_medium=email&utm_term=0_10959edeb5-0b0a77a053-190349889

Coronavirus: Tagungen der Euro-Gruppe am 08.05.2020 und 15.05.2020 zum vereinbarten Hilfspaket

Die Finanzminister erzielten bei ihrer Videokonferenz am 08.05.2020 eine Einigung über die Bedingungen für Kreditlinien des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) im Zusammenhang mit der Corona-Krise. Das Instrument soll allen Euro-Staaten in Höhe von 2 % des jeweiligen BIP zur Verfügung stehen (max. 240 Mrd. €). Einzige Voraussetzung ist, dass die Darlehen für die direkten und indirekten Kosten der Gesundheitsversorgung, Heilung und Prävention wegen der Pandemie genutzt werden. Dem Vorschlag der Kommission folgend, wird auf die sonst übliche verschärfte Überwachung der Haushaltsführung der Staaten, die ESM-Darlehen in Anspruch nehmen, verzichtet. Die ESM-Darlehen sind Teil des am 09.04.2020 vereinbarten rund 540 Mrd. € umfassenden Hilfspakets zur Bekämpfung der Corona-Krise (EB 07/20). Am 15.05.2020 wurde die Einsatzbereitschaft der ESM-Unterstützung bestätigt. Auch das mit insgesamt bis zu 100 Mrd. € ausgestattete Programm SURE, das die Mitgliedstaaten durch günstige Darlehen bei der Finanzierung vorübergehender Kurzarbeit unterstützen soll, ist inzwischen beschlossen. Daneben soll ein von der Europäischen Investitionsbank einzurichtender paneuropäischer Garantiefonds in Höhe von 25 Mrd. € Finanzierungen von 200 Mrd. € für Unternehmen in der gesamten EU generieren. An diesem Element des Pakets wird noch gearbeitet.



Wichtigste Ergebnisse der Euro-Gruppe vom 15.05.2020:

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/eurogroup/2020/05/15/>

Wichtigste Ergebnisse der Euro-Gruppe vom 08.05.2020:

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/eurogroup/2020/05/08/>

Statement der Euro-Gruppe zur Unterstützung in der Pandemie-Krise vom 08.05.2020 (in englischer Sprache):

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2020/05/08/eurogroup-statement-on-the-pandemic-crisis-support/>

EU-HAUSHALT

Kommission schlägt für Wiederaufbau langfristigen EU-Haushalt 2021 - 2027 über 1,85 Bio. € vor

Im Rahmen ihres Vorschlags für einen umfassenden Wiederaufbauplan veröffentlichte die Kommission am 27.05.2020 insbesondere das Konzept für den nächsten mehrjährigen EU-Finanzrahmen (MFR) der Jahre 2021 - 2027. Dieser beläuft sich insgesamt auf 1,85 Bio. € und enthält u. a. ein neues Aufbauinstrument „Next Generation EU“ über 750 Mrd. €. Die Gelder für Next Generation EU würde die Kommission am Kapitalmarkt aufnehmen. Hierfür müsste die Eigenmittelobergrenze des EU-Haushalts vorübergehend auf 2 % des EU-Bruttonationaleinkommens angehoben werden. Die Fördermittel sollen in Form von Zuschüssen von insgesamt 500 Mrd. € sowie Darlehen von insgesamt 250 Mrd. € über EU-Förderprogramme ausgezahlt werden. Vor allem von der Wirtschaftskrise besonders betroffene Länder sollen profitieren: laut Berichten soll Italien 81 Mrd. € an Zuschüssen erhalten, Spanien 77 Mrd. €. Zurückgezahlt würden die von der Kommission aufgenommenen Gelder aus dem EU-Haushalt, frühestens 2028 und spätestens 2058. Für den MFR schlägt die Kommission neue Förderprogramme und neue EU-Eigenmittel vor, z. B. eine Art Binnenmarktsteuer für Unternehmen, eine Digitalsteuer, eine Abgabe auf unrecyceltes Plastik, CO₂-Grenzbesteuerung, Emissionshandel. Auch möchte sie den laufenden MFR ändern, damit noch 2020 zusätzliche 11,5 Mrd. € zur Krisenreaktion verfügbar wären.

Webseite der Kommission zum MFR-Vorschlag vom 27.05.2020 (in englischer Sprache):

https://ec.europa.eu/info/strategy/eu-budget/eu-long-term-budget/2021-2027_de

Pressemitteilung der Kommission zum Vorschlag für einen umfassenden Aufbauplan vom 27.05.2020:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_940

Europäisches Parlament fordert Rettungspaket mit Investitionsanreizen von 2 Bio. €

In seiner Entschließung zum nächsten mehrjährigen EU-Finanzrahmen für die Jahre 2021 - 2027 (MFR) und zu einer Strategie für den wirtschaftlichen Wiederaufbau forderte das Plenum des Europäischen Parlaments (EP) am 15.05.2020 ein robustes Gesamtpaket, das auf dem EU-Haushalt aufbaut und als einen der



Hauptbestandteile einen neuen Aufbau- und Transformationsfonds enthält. Der Fonds solle Anreize für, auch private, Investitionen von 2 Bio. € setzen und in seiner Laufzeit den erwarteten tiefgreifenden, langfristigen Krisenfolgen gerecht werden. Zur Finanzierung des Fonds setzt das EP auf die Ausgabe langfristiger, durch den EU-Haushalt garantierter Aufbauanleihen, wobei der Handlungsspielraum maximiert und ein Tilgungsplan festgelegt werden soll. Der Fonds für den Wiederaufbau müsse den MFR ergänzen und nicht als Argument für dessen Kürzung dienen; das Aufbaupaket solle über Darlehen, aber hauptsächlich in Form von Finanzhilfen ausgezahlt werden. Das EP verlangt von der Kommission, dabei auf „Finanztricks“ und irreführende Zahlen zu verzichten. Auch werden die EU-Staats- und Regierungschefs sowie Kommission zu couragierten Beschlüssen über die Reform der EU-Eigenmittel, einschließlich der Einführung einer Reihe neuer Eigenmittel, aufgefordert. Die Resolution wurde mit 505 Ja-Stimmen zu 119 Nein-Stimmen und 69 Enthaltungen angenommen.

EP-Entschließung zum neuen mehrjährigen Finanzrahmen, den Eigenmitteln und dem Aufbauplan vom 15.05.2020:

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2020-0124_DE.html

EU-Haushalt 2021-2027: Europäisches Parlament fordert „Notfallplan“ für den Fall keiner rechtzeitigen Einigung

Am 13.05.2020 forderte das Plenum des Europäischen Parlaments (EP) von der Kommission bis 15.06.2020 für den nächsten mehrjährigen EU-Finanzrahmen (MFR) der Jahre 2021 - 2027 einen „Notfallplan“ als Sicherheitsnetz zum Schutz der Begünstigten von EU-Programmen. Die Corona-Krise zwingt dazu, dem Risiko, dass der MFR nicht rechtzeitig vereinbart werden könne und daher nicht am 01.01.2021 in Kraft trete, mit noch größerer Dringlichkeit zu begegnen. Der MFR-Notfallplan soll laut EP ein zufriedenstellendes Maß an Vorhersehbarkeit und Kontinuität bei der Ausführung des EU-Haushaltsplans sicherstellen. Auch solle der Notfallplan den EU-Haushalt bzw. die Ausgabenprogramme vorübergehend vorrangig darauf ausrichten, die unmittelbaren wirtschaftlichen und sozialen Pandemiefolgen anzugehen und zur Konjunkturbelebung beizutragen. Dies solle durch zusätzliche Flexibilisierung und Finanzierung geschehen. Das EP fasste diese Entschließung mit deutlicher Mehrheit : 616 Ja-Stimmen, 29 Gegenstimmen und 46 Enthaltungen. Hintergrund ist, dass der laufende MFR der Jahre 2014 - 2020 am 31.12.2020 endet. Für die darauffolgende Finanzperiode einigten sich die Mitgliedstaaten bisher nicht.

Entschließung des EP mit Empfehlungen an die Kommission zur Aufstellung eines MFR-Notfallplans vom 13.05.2020:

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2020-0065_DE.html



EU-Haushalt 2018: Europäisches Parlament entlastet Kommission und verschiebt Entlastung des Rates und des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses

Am 14.05.2020 entlastete das Plenum des Europäischen Parlaments (EP) die Kommission für die Durchführung des EU-Haushalts 2018 mit 499 Ja-Stimmen bei 136 Nein-Stimmen und 56 Enthaltungen. Dies betrifft 94 % des EU-Haushalts. Auch die meisten anderen EU-Institutionen wurden entlastet, mit Ausnahme des Rates und des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses. Zur Behebung von Mängeln wurden ihre Entlastungen bis zum Herbst verschoben, insbesondere soll der Rat weitere Informationen bereitstellen. Auch rief das EP dazu auf, EU-Ausgaben noch stärker vor Betrug, Korruption, Interessenkonflikten, vorsätzlichem Missbrauch und organisierter Kriminalität zu schützen. Es forderte Subventionsobergrenzen und die Einführung eines Echtzeit-IT-Informationssystems zur gerechteren, transparenteren Verteilung der Agrar- und Kohäsionsmittel, einschließlich Informationen über endbegünstigte Einzelpersonen. In der Zwischenzeit solle das EP informiert werden, wer die fünfzig größten Empfänger von EU-Fonds seien. Mehr Mittel sind aus EP-Sicht für die neue Europäische Staatsanwaltschaft zur Bekämpfung von grenzüberschreitendem Betrug erforderlich; sie benötige mindestens 76 zusätzliche Stellen und 8 Mio. €, um schätzungsweise 3000 Fälle p. a. zu bearbeiten.

Übersicht der vom EP am 14.05.2020 angenommenen Texte:

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2020-05-14-TOC_DE.html

EU-Solidaritätsfonds: Mitgliedstaaten beschließen Unterstützung von 279 Mio. € für Italien, Österreich, Portugal und Spanien wegen Unwettern

Am 13.05.2020 billigten die EU-Botschafter den Vorschlag der Kommission (EB 08/2020), aus dem EU-Solidaritätsfonds Portugal, Spanien, Italien und Österreich 279 Mio. € als Katastrophenhilfe zur Verfügung zu stellen. Das Geld soll zur Beseitigung von Schäden dienen, die durch die großen Naturkatastrophen verursacht wurden, die diese vier Mitgliedstaaten 2019 heimsuchten. Italien soll nach den extremen Wetterereignissen im ganzen Land im Herbst 2019 211,7 Mio. € erhalten, Spanien 56,7 Mio. € wegen der Überschwemmungen vom September 2019 in den Regionen Valencia, Murcia, Kastilien-La Mancha und Andalusien. Für Portugal sind nach dem Hurrikan im Oktober 2019 auf den Azoren 8,2 Mio. € vorgesehen und 2,3 Mio. € für Österreich nach dem Hochwasser in Kärnten und Osttirol im November 2019. Parallel dazu billigten die EU-Botschafter auch den Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 4, um die notwendigen Gelder in den EU-Haushalt 2020 einzustellen. Für die Auszahlung der Finanzhilfe ist die Billigung des Europäischen Parlamentes und des Rates erforderlich.

Pressemitteilung des Rates vom 13.05.2020 (in englischer Sprache):

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2020/05/13/disaster-relief-aid-of-279-million-for-portugal-spain-italy-and-austria-council-endorsement/>



STEUER

Mehrwertsteuer in der Reisebranche: Kommission führt öffentliche Konsultation durch

Am 25.05.2020 leitete die Kommission die öffentliche Konsultation zur Bewertung der Mehrwertsteuer-Sonderregelung für die Reisebranche ein, nach der abgeschlossenen Anhörung zu ihrem Fahrplan hierzu (EB 03/20). Es geht laut Kommission darum, wie die Sonderregelung ihre Ziele erreicht, d. h. ob sie noch wirksam ist, und inwieweit die bestehenden Regeln noch relevant sowie mit den Bedürfnissen der Interessenträger im Einklang sind. Die Konsultationsfrist endet am 14.09.2020, die Teilnahme ist über einen Online-Fragebogen möglich. Die verschiedenen Unternehmen der Reisebranche, einschließlich kleiner und mittlerer Unternehmen, sind eingeladen, ihre Ansichten über die Mehrwertsteuer-Sonderregelung mitzuteilen. Auch die Ansichten von Beratungsunternehmen, Handels-, Geschäfts- oder Berufsverbänden, Mehrwertsteuer-Praktikern und Reisenden, einschließlich Geschäftsreisenden, seien für die Kommission relevant. Ebenso seien Beiträge von Wissenschaftlern, Forschern, Vertretern von Nichtregierungsorganisationen und der breiten Öffentlichkeit willkommen. Die Konsultation steht auch den Mitgliedstaaten offen. Hintergrund ist, dass seit 1977 für Reisebüros und -veranstalter wegen der besonderen Tätigkeit eine Sonderregelung gilt. Sie profitieren daher von einer vereinfachten ursprungsbezogenen Besteuerung auf ihre Gewinnmarge im Ansässigkeitsmitgliedstaat.

Informationen der Kommission zur Konsultation zur Mehrwertsteuerregelung in der Reisebranche (in englischer Sprache):

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/11883-Evaluation-of-the-special-VAT-scheme-for-travel-agents/public-consultation>

Liste aller Kommissionskonsultationen (z. T. in englischer Sprache):

https://ec.europa.eu/info/consultations_de

Coronavirus: Kommission schlägt Verschiebung des Mehrwertsteuerpakets und des Austausches von Informationen über Finanzkonten vor

Am 08.05.2020 schlug die Kommission vor, zwei steuerliche Maßnahmen zu verschieben. Es geht dabei um ein späteres Inkrafttreten des Mehrwertsteuerpakets und um die Verschiebung des Austausches von Informationen über Finanzkonten. Damit reagiere die Kommission auf die Probleme von Mitgliedstaaten sowie Unternehmen infolge der Coronavirus-Pandemie.

Das Inkrafttreten des Mehrwertsteuerpakets für den elektronischen Handel soll um sechs Monate nach hinten verschoben werden: Die Neuregelungen sollen also statt dem 01.01.2021 erst ab dem 01.07.2021 gelten. Dies soll den Mitgliedstaaten und den Unternehmen mehr Zeit geben, sich auf die neuen Regeln vorzubereiten.



Zum anderen sollen bestimmte Fristen für die Einreichung und den Austausch von Informationen im Rahmen der Richtlinie über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden (DAC) verschoben werden. Durch die Änderungen hätten die Mitgliedstaaten drei Monate mehr Zeit, um Informationen über Finanzkonten auszutauschen, deren Begünstigte in einem anderen Mitgliedsstaat steuerlich ansässig sind. Ebenfalls würde die Frist für den Austausch von Informationen über bestimmte grenzüberschreitende Steuerplanungsregelungen verlängert.

Der Rat und das Europäische Parlament müssen die Vorschläge der Kommission noch verabschieden.

Meldung der Kommission zum Vorschlag der Verschiebung von Besteuerungsregelungen wegen der Corona-Pandemie (in englischer Sprache):

https://ec.europa.eu/taxation_customs/news/taxation-commission-proposes-postponement-taxation-rules-due-coronavirus-crisis_de

Kommission verklagt die Niederlande wegen Besteuerung von Rentenkaptaltransfers

Am 14.05.2020 beschloss die Kommission, beim EuGH Klage gegen die Niederlande wegen der Besteuerung der Übertragungen von Rentenkaptal durch mobile Arbeitnehmer zu erheben. Gemäß dem EU-Recht stehe es mobilen Arbeitnehmern frei, einen Arbeitsplatz in Mitgliedstaaten anzunehmen, in denen eine Pauschalzahlung der Renten in voller Höhe oder in Teilen zulässig ist. Zwölf Mitgliedstaaten würden eine solche Pauschalzahlung der Renten anstatt regelmäßiger Rentenzahlungen ermöglichen: neben Deutschland auch Belgien, Dänemark, Griechenland, Ungarn, Irland, Italien, Luxemburg, Österreich, Slowakei, Spanien und die Tschechische Republik. Die Kommission ist der Ansicht, dass die niederländische Besteuerung des Transfers von Rentenkaptal in diese Mitgliedstaaten – während inländische Transfers steuerfrei bleiben – eine Beschränkung der Arbeitnehmerfreizügigkeit sowie des freien Dienstleistungs- und Kapitalverkehrs darstellt (Art. 45, 56, 63 AEUV). Im November 2012 hatte sie dazu das Vertragsverletzungsverfahren eröffnet und im Juli 2018 gefordert, diese Praxis zu beenden. Die niederländischen Steuervorschriften stehen aus Kommissionssicht aktuell noch immer nicht im Einklang mit dem EU-Recht.

Pressemitteilung der Kommission zu den wichtigsten Beschlüssen in Vertragsverletzungsverfahren im Mai vom 14.05.2020:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/inf_20_859



WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION

Europäische Zentralbank warnt vor erhöhten Risiken für Finanzstabilität infolge der Pandemie

In ihrem am 26.05.2020 veröffentlichten, halbjährlichen Finanzstabilitätsbericht warnte die Europäische Zentralbank (EZB) vor erhöhten Risiken für die Finanzstabilität. Die Pandemie habe die bestehenden Schwachstellen des Finanzsektors, der Unternehmen und Staaten erheblich verstärkt. Reaktionsmaßnahmen seien für die Erhaltung der Finanzstabilität unerlässlich. Obwohl die Banken im Euroraum jetzt besser kapitalisiert seien, werden sie laut EZB wahrscheinlich erhebliche Verluste und weiteren Druck auf die Rentabilität erleiden. Der Bericht hebt eine steigende Staatsverschuldung, ungünstigere Finanzierungsbedingungen, schlecht funktionierende Finanzmarktsegmente, die eingeschränkte Fähigkeit der Banken zur Kreditvergabe, schwache Bankgewinne und eine Verstärkung von Marktentwicklungen durch Nicht-Banken als Schwachstellen hervor. Risiken sieht die EZB u. a. bei fragilen Investmentfonds und hoch bewerteten Vermögensgegenständen wie Immobilien. Das Risiko von Preiskorrekturen bei Wohn- und Gewerbeimmobilien steige, speziell in Ländern mit „überdehnten“ Preisen“. EZB-Vizepräsident *Luis de Guindos* erklärte, die Pandemiefolgen für die Gewinnaussichten der Banken und die Staatsfinanzen auf mittlere Sicht müssten angegangen werden, damit das europäische Finanzsystem weiter die wirtschaftliche Erholung unterstützen könne.

Finanzstabilitätsbericht der EZB vom 26.05.2020 (in englischer Sprache):

<https://www.ecb.europa.eu/pub/financial-stability/fsr/html/index.en.html>

EuGH-Generalanwalt: EU-Gerichte nicht für Schadensersatzklage gegen Euro-Gruppe zuständig

Zu mehreren Schadensersatzklagen von Einzelpersonen und Gesellschaften gegen die Euro-Gruppe wegen der Umstrukturierung des zyprischen Bankensektors im Jahr 2013 legte EuGH-Generalanwalt *Giovanni Pitruzzella* am 28.05.2020 seine Schlussanträge vor (verb. Rechtssachen C-597/18 P, *Rat/K. Chrysostomides & Co. u. a.*, C-598/18 P, *Rat/Bourdouvali u. a.*, C-603/18 P, *K. Chrysostomides & Co. u. a./Rat* u. C 604/18 P, *Bourdouvali u. a./Rat*). Nach seiner Ansicht sind die Unionsgerichte nicht zuständig für die Entscheidung über Schadensersatzklagen gegen die Euro-Gruppe – das informelle Gremium, in dem Minister aus den 19 Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets über Fragen beraten, die in ihre gemeinsame Verantwortung hinsichtlich des Euro fallen. Denn die Euro-Gruppe ist laut Generalanwalt Ausdruck einer besonderen Form der Zwischenstaatlichkeit im konstitutionellen Gefüge der Wirtschafts- und Währungsunion, sie fungiere als „Brücke“ zwischen den Gremien auf den Ebenen des einzelnen Staates, der EU und der Zwischenstaatlichkeit. Daher seien die Klagen unzulässig, soweit sie sich gegen die Euro-Gruppe richten. Die Betroffenen könnten aber Klage gegen die EU-Instanzen, im Allgemeinen den Rat, erheben, die die in der Euro-Gruppe geschlossenen Vereinbarungen umsetzen. Die Schlussanträge des Generalanwalts sind für das spätere EuGH-Urteil nicht bindend.



Vorläufige Fassung der Schlussanträge zu den verbundenen Rechtssachen C-597/18 P, C-598/18 P, C-603/18 P und C-604/18 P vom 28.05.2020:

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?jsessionid=20DD1F20D5B794D04603EF0606D566FC?text=&docid=226874&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=1817902>

DIGITALE INFRASTRUKTUR

WiFi4EU: Letzte Ausschreibungsrunde für WLAN-Förderung

Nach der pandemiebedingten Verschiebung im März startet die Kommission nun am 03.06.2020 um 13 Uhr die neue und letzte Ausschreibungsrunde für WiFi4EU-Gutscheine. Bis zum 04.06.2020 um 17 Uhr können europäische Gemeinden dann insgesamt 947 Gutscheine im Wert von je 15.000 € beantragen, mit denen sie kostenlose WLAN-Hotspots im öffentlichen Raum – einschließlich Rathäusern, öffentlichen Bibliotheken, Museen, öffentlichen Parks oder Plätzen – einrichten können. Dies entspricht insgesamt einer Förderung von 14,2 Mio. €. Um einen Gutschein beantragen zu können, müssen die Gemeinden vor dem Aufruf im WiFi4EU-Portal registriert sein. Die Kommission vergibt die Gutscheine nach dem Windhundverfahren, mit der Möglichkeit geographischer Anpassungen. Am Förderprogramm WiFi4EU können Gemeinden oder Gemeindegruppen in der EU, Norwegen und Island teilnehmen. Inzwischen sind laut Kommission rund 30.000 europäische Kommunen registriert. Die ersten drei WiFi4EU-Aufrufe verzeichneten laut Kommission erhebliche Resonanz: So habe es bei den beiden ersten Aufrufen im November 2018 und im April 2019 Bewerbungen aus jeweils mehr als 10.000 Gemeinden gegeben. Bei der dritten Ausschreibung im September 2019 seien in den ersten zwei Sekunden 1.780 Gutscheine verteilt worden.

Mitteilung der Kommission zu WiFi4EU vom 18.05.2020 (in englischer Sprache):

<https://ec.europa.eu/digital-single-market/en/news/wifi4eu-new-call-date-announced-1>

Kommissionswebsite zu WiFi4EU (z. T. in englischer Sprache):

<https://ec.europa.eu/digital-single-market/en/wifi4eu-kostenloses-wlan-fur-alle?lang=de>

Fragen und Antworten der Kommission zu WiFi4EU (in englischer Sprache):

<https://ec.europa.eu/digital-single-market/en/wifi4eu-questions-and-answers>



STAATSMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, LANDESENTWICKLUNG UND ENERGIE

Überarbeitetes Arbeitsprogramm der Kommission 2020: Schwerpunkte aus dem Bereich des StMWi

Am 27.05.2020 hat die Kommission ihr überarbeitetes Arbeitsprogramm 2020 veröffentlicht (siehe hierzu Beitrag unter „politische Schwerpunkte“ in diesem EB). Für den Geschäftsbereich des StMWi sind u. a. folgende Aspekte von Bedeutung: Die Verschiebungen halten sich insgesamt in Grenzen. Für zahlreiche Vorschläge werden die ursprünglichen Zeitplanungen auch beibehalten. So soll beispielsweise der Klimazielpfad für 2030 weiterhin im dritten Quartal 2020 vorgelegt werden. Der Europäische Klimapakt soll vom dritten in das vierte Quartal verschoben werden, ebenso wie die Neue Strategie für ein nachhaltiges Finanzwesen. Die Strategie für eine intelligente Sektorenintegration und die Renovierungswelle sollen wie geplant im zweiten bzw. dritten Quartal 2020 vorgelegt werden. Auch die Zeitplanungen für die Arzneimittelstrategie und den Rechtsakt über digitale Dienste (Digital Services Act) sollen beibehalten werden, jeweils viertes Quartal 2020.

Überarbeitetes Arbeitsprogramm der Kommission (in englischer Sprache):

https://ec.europa.eu/info/publications/2020-commission-work-programme-key-documents_en

https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/cwp-2020-adjusted-factsheet_en.pdf

Kommission legt umfassenden Aufbauplan einschließlich neuer Vorschläge für den künftigen mehrjährigen Finanzrahmen 2021 - 2027 vor

Die Kommission hat am 27.05.2020 einen umfassenden Aufbauplan für die Zeit nach der Corona-Krise vorgelegt. U. a. schlägt die Kommission ein überarbeitetes Konzept für den nächsten mehrjährigen EU-Finanzrahmen (MFR) der Jahre 2021 - 2027 vor. Der künftige MFR soll sich danach insgesamt auf 1,85 Bio. € belaufen und u. a. ein neues Aufbauinstrument „Next Generation EU“ über 750 Mrd. € enthalten (siehe hierzu Beitrag des StMFH in diesem EB).

Die Grundlagen der Wirtschaftserholung sollen laut Aufbauplan der Kommission insbesondere sein: (1) der Europäische Green Deal als Aufbau-Strategie der EU, (2) die Stärkung des Binnenmarktes und seine Anpassung an das digitale Zeitalter sowie (3) ein fairer und inklusiver Wiederaufbau für alle. Außerdem solle Europa seine strategische Autonomie in bestimmten Bereichen stärken, u. a. bei strategischen Wertschöpfungsketten und einer verstärkten Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen.

Am 28.05.2020 hat die Kommission zahlreiche Legislativvorschläge zur Umsetzung ihrer Vorschläge vom Vortag vorgelegt. U. a. schlägt die Kommission auch Änderungen an Regelwerken der Kohäsionspolitik vor, z. B. zur Änderung der künftigen sog. Dachverordnung und der Verordnung für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE).



Pressemitteilung der Kommission mit zahlreichen weiteren Links:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_940

Seiten der Kommission zum MFR-Vorschlag und den sektoriellen Vorschlägen (in englischer Sprache):

https://ec.europa.eu/info/strategy/eu-budget/eu-long-term-budget/2021-2027_de

https://ec.europa.eu/info/publications/mff-legislation_de

https://ec.europa.eu/info/publications/mff-2021-2027-sectoral-acts_en

WIRTSCHAFT MIT BINNENMARKT UND INDUSTRIE

Coronavirus: Industrie- und Binnenmarktminister beraten zu Aufbau und Wirtschaftserholung nach der Corona-Krise

Die für Industrie- und Binnenmarkt zuständigen Minister tauschten sich im Rahmen einer Videokonferenz am 15.05.2020 zu den enormen wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Krise in den Mitgliedstaaten aus. Für den Wiederaufbau betonten sie u. a. die Notwendigkeit, den Binnenmarkt wieder vollumfänglich funktionsfähig zu machen, was auch den freien Warenverkehr und die Freizügigkeit der Bürger beinhalte. Zudem sei eine schnelle Erholung besonders hart betroffener Industriebereiche wie beispielsweise des Automobilsektors, der Tourismusbranche und des Luftfahrtsektors von besonderer Bedeutung. Die derzeitige Abhängigkeit der EU von Drittstaaten in Bereichen wie z. B. Arzneimittelversorgung und Telekommunikationsdienstleistungen müsse verringert werden, um die strategische Autonomie der EU zu gewährleisten.

Ergebnisse der Konferenz (in englischer Sprache):

https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/compet/2020/05/15/?utm_source=dsms-auto&utm_medium=email&utm_campaign=Video+conference+of+ministers+responsible+for+industry+and+the+internal+market%2c+15+May+2020

Coronavirus: Produktionsumstellung von Unternehmen

Am 26.05.2020 hat die Kommission eine interaktive Website mit zahlreichen Beispielen von Unternehmen veröffentlicht, die in der Coronavirus-Pandemie ihre Produktion umgestellt haben, um der Nachfrage nach Schutzausrüstungen, Desinfektionsmitteln und medizinischen Geräten gerecht zu werden. Binnenmarktkommissar *Bretton* dankte diesen Unternehmen ganz besonders. Um die richtigen Bedingungen für die Industrie zu schaffen, hatte auch die Kommission Regeln verschlankt und dafür gesorgt, dass Normen für Gesichtsmasken und andere Schutzausrüstungen allen interessierten Parteien frei zugänglich gemacht wurden.



Pressemitteilung der Kommission:

https://ec.europa.eu/germany/news/20200526-corona-industrie_de

Neue Website der Kommission und Zusammenstellung von Beispielen:

https://ec.europa.eu/info/live-work-travel-eu/health/coronavirus-response/coronavirus-european-solidarity-action_de

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/FS_20_563

Coronavirus: Tourismuspaket der Kommission

Die Kommission hat am 13.05.2020 ein Paket mit Leitlinien und Empfehlungen zur Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der schrittweisen Aufhebung von Reisebeschränkungen (sog. Tourismuspaket) veröffentlicht. Das Paket besteht aus insgesamt fünf Teilen:

- Gesamtstrategie für den Aufschwung im Jahr 2020 und darüber hinaus,
- Leitlinien zur Aufhebung der Binnengrenzkontrollen (siehe hierzu Beitrag des StMI in diesem EB),
- Leitlinien für den Transport von Passagieren (siehe hierzu Beitrag des StMB in diesem EB),
- Leitlinien für die schrittweise Wiederaufnahme touristischer Dienstleistungen und für Gesundheitsprotokolle im Gastgewerbe,
- Empfehlungen zur Steigerung der Attraktivität von Reisegutscheinen (siehe hierzu Beitrag des StMJ in diesem EB).

Zudem haben sich die Mitgliedstaaten auf gemeinsame Leitlinien zur Interoperabilität für Kontaktnachverfolgungs-Apps geeinigt, die bei der Wiedereröffnung der Tourismuswirtschaft ebenfalls von Bedeutung sind (siehe hierzu Beitrag des StMD in diesem EB).

Die Mitteilung der Kommission mit dem Titel „Tourismus und Verkehr im Jahr 2020 und darüber hinaus“ beinhaltet als eine Art Dachmitteilung die Gesamtstrategie der Kommission für eine schrittweise Aufhebung der Corona-Beschränkungen, um sicheres Reisen innerhalb der EU zu ermöglichen. Aus Sicht der Kommission ist ein koordiniertes und abgestimmtes Vorgehen der Mitgliedstaaten erforderlich, das auf allen Ebenen Anwendung findet. Es gilt hierbei eine Balance zu finden zwischen dem Interesse, Reisen zu ermöglichen und dennoch neue Infektionsketten zu verhindern, insbesondere so lange noch kein Impfstoff zur Verfügung steht. Die Kriterien für die schrittweise Wiederaufnahme touristischer Dienstleistungen sollen den Mitgliedstaaten Unterstützung bieten beim Aufstellen der notwendigen Maßnahmen für touristische Aktivitäten, insbesondere im Hotellerie- und Gaststättengewerbe.



Sobald es die gesundheitlichen Umstände zulassen, plant die Kommission die Durchführung eines Tourismus-Gipfels, bei dem ein Fahrplan für eine „Europäische Tourismus-Agenda für 2050“ für einen verantwortungsbewussten, nachhaltigen und innovativen Tourismus aufgelegt werden soll.

Pressemitteilung der Kommission:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/qanda_20_869

Fragen und Antworten der Kommission:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/qanda_20_870

Mitteilung der Kommission: Tourismus und Verkehr im Jahr 2020 und darüber hinaus

https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/communication-commission-tourism-transport-2020-and-beyond_de.pdf.pdf

Leitlinien für die schrittweise Wiederaufnahme touristischer Dienstleistungen und für Gesundheitsprotokolle im Gastgewerbe:

https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/communication_tourismservices_healthprotocols_de.pdf

Leitlinien zur Aufhebung der Binnengrenzkontrollen:

https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/communication_freemovement_de.pdf

Leitlinien für den Transport von Passagieren:

https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/communication_transportservices_de.pdf

Empfehlungen zur Steigerung der Attraktivität von Reisegutscheinen:

https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/recommendation_vouchers_de.pdf

Leitlinien zur Interoperabilität für Kontaktnachverfolgungs-Apps (in englischer Sprache):

https://ec.europa.eu/health/sites/health/files/ehealth/docs/contacttracing_mobileapps_guidelines_en.pdf

Coronavirus: Europäische Investitionsbank unterstützt Gesundheitssysteme und Unternehmen und fördert Energie, Verkehr und Bildung mit 3,4 Mrd. €

Die Europäische Investitionsbank (EIB) hat am 15.05.2020 bekanntgegeben, Unternehmen, die besonders stark von der Corona-Krise betroffen sind, mit Finanzierungen von insgesamt 3,4 Mrd. Euro zu unterstützen. Vorrangig sollen Projekte im Gesundheitswesen sowie Investitionen in den Bereichen Energie, Verkehr, Wasserversorgung und Bildung gefördert werden. Der Verwaltungsrat der EIB genehmigte u. a. eine neue Eigenkapitalfinanzierung von 100 Mio. € für die Entwicklung und Herstellung von Impfstoffen gegen Covid-19. Zudem genehmigte er neue Forschungs- und Entwicklungsprojekte u. a. in Deutschland.

Pressemitteilung der EIB:

<https://www.eib.org/de/press/all/2020-113-eib-backs-eur-3-4-billion-covid-19-health-and-business-resilience-energy-transport-and-education-investment#>



Coronavirus: Kommission fördert Forschung und Innovation mit weiteren 122 Mio. €

Die Kommission hat weitere 122 Mio. € aus dem Forschungs- und Innovationsprogramm Horizont 2020 für die Erforschung des Coronavirus mobilisiert und eine Aufforderung zur Interessenbekundung veröffentlicht. Die Projekte sollten u. a. darauf ausgerichtet sein, die Produktion rasch auf lebenswichtige medizinische Ausstattung und Ausrüstung für Tests, Behandlungen und Prävention umzustellen und Medizintechnologien und digitale Instrumente zur besseren Erkennung und Überwachung sowie zur Versorgung von Patienten zu entwickeln. Die Aufforderung zielt auf rasche Ergebnisse ab. Die Einreichungsfrist endet am 11.06.2020 (siehe hierzu Beitrag des StMWK in diesem EB).

Pressemitteilung der Kommission:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_887

Coronavirus: Acht große Forschungsprojekte zu Diagnose und Test von COVID-19 werden mit EU-Forschungsgeldern gefördert - Bayerische Biotech-Firma GNA Biosolutions dabei

Die Kommission hat am 12.05.2020 angekündigt, dass im **Rahmen der „Initiative Innovative Arzneimittel“ (IMI)** acht groß angelegte Forschungsprojekte zur Förderung ausgewählt wurden, **die die Entwicklung von Therapie- und Diagnosemöglichkeiten des Coronavirus** vorantreiben (siehe hierzu Beitrag des StMWK in diesem EB). Die IMI ist eine öffentlich-private Partnerschaft mit der pharmazeutischen Industrie, für die die Kommission Mittel aus **Horizont 2020** in Höhe von 72 Mio. € (aufgestockt von ursprünglich 45 Mio. €) bereitstellt. Zusammen mit 45 Mio. € aus dem Privatsektor stehen somit 117 Mio. € für die Forschungsprojekte zur Verfügung. Unter den acht Projekten ist eines, das von der Biotech-Firma GNA Biosolutions aus Martinsried bei München geführt wird und das die Entwicklung vereinfachter Testverfahren zum Ziel hat.

Pressemitteilung der Kommission:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_837

Factsheet mit den geförderten Projekten (in englischer Sprache):

https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/research_and_innovation/research_by_area/documents/ec_rtd_imi-projects_factsheet.pdf

Coronavirus: Verwaltungsrat der Europäischen Investitionsbank genehmigt Paneuropäischen Garantiefonds in Höhe von 25 Mrd. €

Der Verwaltungsrat der Europäischen Investitionsbank (EIB) hat am 26.05.2020 die Struktur und das Geschäftsmodell des neuen paneuropäischen Garantiefonds genehmigt, der die wirtschaftlichen Folgen der



Covid-19-Pandemie abfedern soll. Der Europäische Rat hatte am 23.04.2020 befürwortet, den Fonds in das EU-Hilfspaket zur Bewältigung der Covid-19-Krise zu integrieren (EB 07/20). Der Verwaltungsrat billigte nun insbesondere die Struktur und Funktionsweise des Fonds, dessen Fokus insbesondere auf kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) in der EU liegt. Damit sollen 200 Mrd. € an Investitionen mobilisiert werden.

Pressemitteilung der EIB:

<https://www.eib.org/de/press/all/2020-126-eib-board-approves-eur-25-billion-pan-european-guarantee-fund-to-respond-to-covid-19-crisis.htm>

Europäisches Innovations- und Technologieinstitut (EIT) stellt 60 Mio. € für die Entwicklung von Innovationen zur Bekämpfung der Corona-Krise bereit

Das Europäische Innovations- und Technologieinstitut (EIT) hat am 14.05.2020 den Start der „EIT Crisis Response Initiative“ bekanntgegeben, mit der 60 Mio. € an zusätzlichen Mitteln bereitgestellt werden, um die Entwicklung hochwirksamer Lösungen zur Bewältigung der sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise zu unterstützen. Die Finanzmittel ermöglichen die Inangriffnahme neuer Innovationsprojekte von hoch innovativen Start-ups, Scale-ups und kleinen und mittleren Unternehmen (siehe hierzu Beitrag des StMWK in diesem EB).

Pressemitteilung des EIT:

https://eit.europa.eu/sites/default/files/tra-de-pr_eit_community_crisis_response_initiative_final_0.pdf

Coronavirus: Verschlechterungen für den Zugang zu externen Finanzierungen für kleine und mittlere Unternehmen laut Umfrage der EZB zu erwarten

In der halbjährlichen Umfrage der Europäischen Zentralbank (EZB) über den Zugang zu externen Finanzierungen für Unternehmen berichten kleine und mittlere Unternehmen von einer rapiden Verschlechterung des wirtschaftlichen Umfelds und der wirtschaftlichen Aussichten. Demnach sinken die Erwartungen an den Zugang zu externer Finanzierung erheblich.

Pressemitteilung und Umfrage der EZB (in englischer Sprache):

<https://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2020/html/ecb.pr200508~165acffad.en.html>

https://www.ecb.europa.eu/stats/ecb_surveys/safe/html/index.en.html



Coronavirus: Ausweitung des Befristeten Rahmens für staatliche Beihilfen auf Rekapitalisierungen und nachrangiges Fremdkapital

Die Kommission hat den Befristeten Rahmen für staatliche Beihilfen vom 19.03.2020 (EB 05/20) erneut ausgeweitet. Den Vorschlag der Änderung hatte sie den Mitgliedstaaten am 24.04.2020 übersandt (EB 08/20). Die Änderung ermöglicht es den Mitgliedstaaten, bei Wahrung gleicher Wettbewerbsbedingungen Unternehmen in Not Rekapitalisierungen und nachrangiges Fremdkapital zu gewähren. Rekapitalisierungsbeihilfen sollen allerdings nur gewährt werden, wenn es keine andere geeignete Alternative gibt. Zudem müssen sie im gemeinsamen Interesse liegen, also etwa soziale Notlagen oder ein Marktversagen aufgrund erheblicher Arbeitsplatzverluste vermeiden.

Der Befristete Rahmen gilt bis Ende Dezember 2020. Da Solvenzprobleme jedoch auch zeitverzögert auftreten können, wurde der Geltungszeitraum ausschließlich für Rekapitalisierungsmaßnahmen bis Ende Juni 2021 verlängert.

Pressemitteilung der Kommission:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_20_838

Staatliche Beihilfen: Kommission leitet zweite Konsultation zur Überarbeitung der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung ein

Die Kommission hat am 12.05.2020 eine zweite öffentliche Konsultation zur geplanten gezielten Überarbeitung der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung (AGVO) eingeleitet. Dies ist eine Reaktion auf die Ergebnisse der hierzu vom 27.06.2019 bis 10.07.2019 durchgeführten Konsultation (EB 09/19). In den aktuellen Vorschlag seien die Anregungen aus der vorangegangenen Konsultation eingeflossen, insbesondere zielten die Änderungen im Vorschlag darauf ab, die Verständlichkeit zu verbessern und die Regeln weiter an die einschlägigen EU-Finanzierungsvorschriften anzupassen. Ziel der Kommission ist es, den überarbeiteten Text rechtzeitig für den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) zu verabschieden, um sicherzustellen, dass alle Regeln vor Beginn des neuen MFR in Kraft sind. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis 06.07.2020.

Pressemitteilung der Kommission:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_857

Konsultation (in englischer Sprache):

https://ec.europa.eu/competition/consultations/2020_gber/index_en.html

Überarbeiteter Vorschlag:

https://ec.europa.eu/competition/consultations/2020_gber/consultation_document_de.pdf

Erläuterungen zum aktuellen Vorschlag:

https://ec.europa.eu/competition/consultations/2020_gber/background_note_de.pdf



Fahrplan der Kommission zur Verlängerung der De-minimis-Beihilfen-Regelungen

Die Kommission hat am 18.05.2020 einen Fahrplan über die Verlängerung der Regelungen über sog. De-minimis-Beihilfen veröffentlicht. Hierbei handelt es sich um staatliche Unterstützungen für Unternehmen, die aufgrund ihrer geringfügigen Förderbeträge nicht von der Kommission genehmigt werden müssen. Die derzeitigen Regelungen laufen im Dezember 2020 aus und sollen bis Dezember 2023 verlängert werden. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis 13.07.2020.

Initiative:

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12375-Prolongation-of-the-Regulation-on-de-minimis-State-aid-to-undertakings-providing-services-of-general-economic-interest>

Kapitalmarktunion: Kommission startet Konsultation zu Investitionsschutz innerhalb der EU

Die Kommission hat am 26.05.2020 eine Konsultation zum Investitionsschutz bei grenzüberschreitenden Investitionen innerhalb der EU gestartet. Hintergrund ist das Urteil des EuGH im Fall „Achmea“ (C-284/16). Dort hatte der EuGH entschieden, dass Schiedsklauseln in sogenannten „Intra-EU-BITs“ – also bilateralen Investitionsschutzverträgen (Bilateral Investment Treaties) zwischen EU-Staaten – mit dem Unionsrecht unvereinbar sind. Nach Angaben der Kommission gab es 2018 noch fast 200 solcher Abkommen zwischen EU-Mitgliedstaaten. Die Kommission hatte daraufhin eine Mitteilung zum Schutz EU-interner Investitionen veröffentlicht (EB 14/18). Am 05.05.2020 hatten 23 Mitgliedstaaten ein Abkommen zur Beendigung der „Intra-EU-BITs“ geschlossen. Eine Teilnahme an der Konsultation ist bis 08.09.2020 möglich.

Konsultation (z. T. in englischer Sprache):

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12403-Investment-protection-and-facilitation-framework/public-consultation>

Pressemitteilung der Kommission (in englischer Sprache):

https://ec.europa.eu/info/files/200505-bilateral-investment-treaties-agreement_en

Abkommen zwischen 23 Mitgliedstaaten (in englischer Sprache):

https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/business_economy_euro/banking_and_finance/documents/200505-bilateral-investment-treaties-agreement_en.pdf



Batterie-Allianz: Industrie schlägt Beschleunigungsplan vor

Am 19.05.2020 bekräftigte die Kommission bei einer Videokonferenz zwischen Kommissionsvizepräsident Šefčovič, dem Vizepräsidenten der Europäischen Investitionsbank (EIB) McDowell und hochrangigen Industrievertretern ihre Unterstützung für ein starkes europäisches Batterie-Ökosystem. Hierdurch solle die strategische Autonomie der EU in kritischen Infrastrukturen gestärkt und gleichzeitig der Übergang zu einer klimaneutralen und digitalen Wirtschaft gefördert werden. Als einen Beitrag zur Wirtschaftserholung nach der Corona-Krise schlug die Industrie in diesem Rahmen einen Beschleunigungsplan vor, der bis 2022 bis zu 1 Mio. Arbeitsplätze schaffen soll.

Statement von Vizepräsident Šefčovič (in englischer Sprache):

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/statement_20_914

Fahrplan zur Chemikalienstrategie

Die Kommission hat am 09.05.2020 einen Fahrplan für die geplante Chemikalienstrategie veröffentlicht. Mit der Strategie sollen die mit der Herstellung und Verwendung von Chemikalien verbundenen Risiken verringert werden. Die EU-Vorschriften für Chemikalien sollen hierzu vereinfacht werden und es soll geprüft werden, wie die Verfahren zur Prüfung von Stoffen von nur einer Agentur durchgeführt werden können. Ziel der Strategie ist, Mensch und Umwelt besser vor gefährlichen Chemikalien zu schützen, sichere und nachhaltige Alternativen zu fördern sowie den Handel mit sicheren Chemikalien innerhalb der EU zu vereinfachen. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis 20.06.2020.

Initiative:

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12264-Chemicals-strategy-for-sustainability->

Gelegenheit zur Stellungnahme zu zusätzlichen Kennzeichnungsangaben für gefährliche Chemikalien

Die Kommission bietet die Möglichkeit, Stellung zu nehmen zu einer delegierten Verordnung über zusätzliche Kennzeichnungsangaben für gefährliche Chemikalien.

Nach den geltenden EU-Vorschriften zur Kennzeichnung gefährlicher Chemikalien muss in den Kennzeichnungsangaben, sofern vorhanden, ein eindeutiger Rezepturidentifikator (UFI) aufgeführt werden, wodurch es Mitarbeitern der Rettungsnotdienste, z. B. in Giftinformationszentren, ermöglicht wird, die betreffenden gefährlichen Chemikalien korrekt zu bestimmen und medizinischen Rat zu geben.



Durch die delegierte Verordnung sollen besondere Vorschriften für speziell vor Ort gemischte Anstrichmittel eingeführt werden. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis 09.06.2020.

Initiative:

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12315-Amending-Regulation-EC-No-1272-2008-as-regards-supplemental-labelling-information-for-emergency-health-response>

Europäisches Parlament stimmt Verordnung über die Kennzeichnung von Reifen zu

Das Europäische Parlament (EP) hat am 13.05.2020 in seiner Plenarsitzung die Verordnung zur Kennzeichnung von Reifen angenommen. Bereits im November 2019 wurde hierzu eine vorläufige Trilogeeinigung erzielt (EB 20/19). Die Kommission hatte ihren Legislativvorschlag im Mai 2018 im Rahmen des dritten EU-Mobilitätspakets vorgelegt (EB 10/18, EB 05/19, EB 07/19). Durch das neue Kennzeichnungssystem für Pkw- und Lkw-Reifen soll das Bewusstsein der Verbraucher für Kraftstoffeinsparungen geschärft, die Sicherheit verbessert und die Lärmbelästigung verringert werden. Die Kennzeichnung muss u. a. Informationen zur Kraftstoffeffizienz, zur Nasshaftung und zum externen Rollgeräusch des Reifens bereitstellen. In einem nächsten Schritt muss der Rat die Verordnung noch formal bestätigen. Sie soll ab dem 01.05.2021 anwendbar sein.

Pressemitteilung des EP (in englischer Sprache):

<https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20200512IPR78920/new-tyre-labels-to-include-information-on-energy-consumption-and-grip>

Angenommener Text:

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-14649-2019-INIT/de/pdf>

Kommission startet Konsultation zum Hochladen von Software auf Funkanlagen

Die Kommission hat am 25.05.2020 eine öffentliche Konsultation gestartet, um Beiträge für eine Initiative über das Hochladen von Software in bestimmte Kategorien von Geräten zu sammeln, die unter die Richtlinie 2014/53/EU über die Bereitstellung von Funkanlagen fallen. Insbesondere geht es um den Marktzugang von Funkanlagen. Dazu zählen u. a. Mobiltelefone, Laptops, Peripheriegeräte mit Funkanschluss (wie Drucker), intelligente Haushaltsgeräte, WLAN-Router, Baby- und Hausalarmgeräte, Drohnen und andere drahtlose Geräte für die industrielle oder gewerbliche Verwendung. Die Stellungnahmefrist läuft bis 14.09.2020.



Konsultation der Kommission:

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/2042-Application-of-Article-3-3-i-and-4-of-Directive-2014-53-EU-relating-to-Reconfigurable-Radio-Systems/public-consultation>

Leistungsbericht der EU zu Forschung und Innovation veröffentlicht

Die Kommission hat am 27.05.2020 den zweijährlichen Bericht über die Leistung Europas in den Bereichen Wissenschaft, Forschung und Innovation veröffentlicht, in dem die diesbezügliche Stellung Europas im globalen Kontext analysiert wird (siehe hierzu Beitrag des StMWK in diesem EB). Die EU liege demnach bei der wissenschaftlichen Produktion und Exzellenz im Spitzenfeld, was u. a. an dem hohen Anteil an Veröffentlichungen zum Thema Klima, Bioökonomie und bei den Patentanmeldungen festgemacht wird. Dennoch seien weitere Anstrengungen erforderlich, um Forschungsergebnisse in nachhaltige marktfähige Lösungen umzuwandeln.

Pressemitteilung der Kommission:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_933

Leistungsbericht 2020 (in englischer Sprache):

https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/srip/2020/ec_rtd_srip-2020-report.pdf

ENERGIE

Fahrplan der Kommission zur geplanten EU-Strategie für intelligente Sektorenintegration

Die Kommission hat am 11.05.2020 einen Fahrplan für die geplante EU-Strategie für eine intelligente Sektorenintegration veröffentlicht. Die Strategie soll einen Beitrag zur Erreichung der Klimaziele des Green Deals leisten. Gelegenheit zur Stellungnahme zu dem Fahrplan besteht bis 08.06.2020.

Ziel der geplanten Strategie ist vor allem, die notwendigen Verbindungen zwischen den verschiedenen Sektoren im Energiesystem zu stärken und dadurch Möglichkeiten der Verringerung von Emissionen zu nutzen und eine kostengünstige Dekarbonisierung der Wirtschaft zu erreichen. Zum einen soll die Nutzung erneuerbarer und kohlenstoffarmer Elektrizität durch die Elektrifizierung von Sektoren, die derzeit noch auf fossile Brennstoffe angewiesen sind, erhöht werden. Zum anderen sollen fossile Gase und Brennstoffe durch erneuerbare und dekarbonisierte Gase und Brennstoffe ersetzt werden. Zudem soll der Energiesektor einen Beitrag zur Kreislaufwirtschaft leisten und insgesamt effizienter werden, beispielsweise durch die Nutzung industrieller Abwärme zur Beheizung von Gebäuden.



Initiative:

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12383-Strategy-for-smart-sector-integration>

Kommission veröffentlicht Fahrplan für eine EU-Wasserstoffstrategie und gibt Gelegenheit zur Stellungnahme

Die Kommission hat am 26.05.2020 einen Fahrplan für eine EU-Wasserstoffstrategie veröffentlicht. Gelegenheit zur Stellungnahme zu dem Fahrplan besteht bis 08.06.2020.

Die Kommission führt in dem Fahrplan u. a. aus, dass sie sich nun entschieden habe, das Thema Wasserstoff in einer eigenen EU-Wasserstoffstrategie zu behandeln. Ursprünglich war geplant, Wasserstoff lediglich innerhalb der für das zweite Quartal 2020 geplanten Strategie für intelligente Sektorenintegration (siehe weiteren Beitrag in diesem EB) zu thematisieren. Allerdings habe Wasserstoff eine große Bedeutung auch im Zusammenhang mit dem Aufbauplan nach der Corona-Krise (siehe weiteren Beitrag in diesem EB) und spiele auch für energieintensiven Industrien eine Rolle.

Fahrplan zur EU-Wasserstoffstrategie und Gelegenheit zur Stellungnahme:

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12407-A-EU-hydrogen-strategy>

Fahrplan der Kommission zur „Renovierungswelle“ zur Steigerung der Energieeffizienz von Gebäuden

Die Kommission hat am 11.05.2020 einen Fahrplan für die geplante „Renovierungswelle“ zur Steigerung der Energieeffizienz von öffentlichen und privaten Gebäuden veröffentlicht. Diese Strategie ist Teil des europäischen Green Deals und soll dazu beitragen, die CO₂-Emissionen im Einklang mit den EU-Klimazielen zu senken. Die Kommission möchte Meinungen der beteiligten Akteure dazu einholen, auf welche Arten von Gebäuden sich die Strategie insbesondere konzentrieren sollte. In Kürze soll eine öffentliche Konsultation durchgeführt werden. Die Vorlage der Strategie ist für das dritte Quartal 2020 geplant. Gelegenheit zur Stellungnahme zu dem Fahrplan besteht bis 08.06.2020.

Initiative:

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12376-Commission-Communication-Renovation-wave-initiative-for-the-building-sector>



Konsultationen und Fahrplan der Kommission zur Überarbeitung der TEN-E-Verordnung

Die Kommission hat 18.05.2020 eine öffentliche Konsultation zur Überarbeitung des Rechtsrahmens der transeuropäischen Energieinfrastruktur (TEN-E-Verordnung) eingeleitet. Am 11.05.2020 hat sie hierzu auch einen Fahrplan veröffentlicht. Durch die Überarbeitung soll sichergestellt werden, dass die EU-Energieinfrastrukturpolitik auf das Ziel der Klimaneutralität des europäischen Green Deals abgestimmt ist. Hierdurch soll der beschleunigten Einführung erneuerbarer Energien und der intelligenten Sektorenintegration Rechnung getragen werden. Neben der öffentlichen Konsultation hat die Kommission ebenfalls am 18.05.2020 eine fachspezifische Konsultation zur TEN-E-Verordnung eingeleitet, um Beiträge von Interessenvertretern mit Fachfahrung einzuholen. Die Annahme der überarbeiteten Verordnung durch die Kommission ist für das vierte Quartal 2020 geplant.

Gelegenheit zur Stellungnahme zu den Konsultationen besteht bis 13.07.2020 und zum Fahrplan bis 08.06.2020.

Pressemitteilung der Kommission:

https://ec.europa.eu/germany/news/20200518-konsultation-eu-energieinfrastruktur_de

Initiative:

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12382-Revision-of-the-guidelines-for-trans-European-Energy-infrastructure>

öffentliche Konsultation:

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12382-Revision-of-the-guidelines-for-trans-European-Energy-infrastructure/public-consultation>

gezielte Konsultation (in englischer Sprache):

https://ec.europa.eu/eusurvey/runner/TargetedConsultation_TEN-E_Revision

Sicherheit der Erdgasversorgung: Kommission leitet Vertragsverletzungsverfahren gegen fast alle Mitgliedstaaten ein

Die Kommission hat am 14.05.2020 beschlossen, Aufforderungsschreiben an alle EU-Mitgliedstaaten (außer Zypern) und an das Vereinigte Königreich zu richten, da aus ihrer Sicht einige Bestimmungen der Verordnung über die Sicherheit der Erdgasversorgung nicht eingehalten werden, insbesondere hinsichtlich der Mitteilungspflicht und der Anwendung des Solidaritätsmechanismus. Die Verordnung zielt darauf ab, potenzielle Störungen der Gasversorgung in der EU zu verhindern. Die betroffenen Mitgliedstaaten und das Vereinigte Königreich haben nun vier Monate Zeit für eine Antwort an die Kommission. Anderenfalls kann die Kommission eine mit Gründen versehene Stellungnahme übermitteln.



Pressemitteilung der Kommission:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/INF_20_859

AUßENWIRTSCHAFT

EU und Japan: Austausch zur Krisenreaktion und Ausbau der strategischen Partnerschaft

Kommissionspräsidentin *Ursula von der Leyen*, Ratspräsident *Charles Michel* und der japanische Premierminister *Shinzō Abe* haben sich am 26.05.2020 in einer Videoschleife über die Krisenreaktion und über die Lehren aus der Coronavirus-Pandemie ausgetauscht. In einer gemeinsamen Erklärung bekannten sich die EU und Japan zu globaler Solidarität, Zusammenarbeit und effektivem Multilateralismus. Aufbauend auf der Geberinitiative „Global Coronavirus Response“, die *von der Leyen* am 04.05.2020 gestartet und seither 9,5 Mrd. € mobilisiert hat, bekräftigten beide Seiten ihr Engagement für eine nachhaltige Finanzierung für Entwicklung und Einsatz antiviraler Medikamente, Diagnostika, Therapien und Impfstoffe, um diese zu einem erschwinglichen Preis weltweit verfügbar zu machen.

Pressemitteilung der Kommission und gemeinsame Erklärung:

https://ec.europa.eu/germany/news/20200526-eu-japan_de

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_942



STAATSMINISTERIUM FÜR UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ

Kommission schlägt für Wiederaufbau langfristigen EU-Haushalt 2021 - 2027 über 1,85 Bio. € vor

Am 27.05.2020 hat die Kommission im Rahmen ihres Vorschlags für einen umfassenden Wiederaufbauplan zur Bewältigung der Corona-Krise ihr Konzept für den mehrjährigen EU-Finanzrahmen (MFR) 2021 - 2027 über insgesamt 1,85 Billionen € vorgelegt. Für das StMUV ist u. a. das neue Aufbauinstrument „Next Generation EU“ in Höhe von 750 Mrd € als Teil des MFR 2021 - 2027 relevant. Die darin vorgesehenen Gelder sollen in Form von Zuschüssen und Darlehen über EU-Förderprogramme ausgezahlt werden. Der Europäische Grüne Deal dient dabei als Aufbaustrategie. Aufgestockt werden soll u. a. der Europäische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums zur Unterstützung ländlicher Gebiete bei der Umsetzung der Ziele der Biodiversitäts- und Farm-to-Fork-Strategie. Daneben soll auch die Stärkung der Kreislaufwirtschaft, die Durchführung von Projekten im Bereich erneuerbarer Energien sowie die Ankurbelung einer sauberen Wasserstoffwirtschaft gefördert werden. Der Wiederaufbauplan sieht die Schaffung neuer Förderprogramme und neuer EU-Eigenmittel wie z. B. Abgaben auf unrecyceltes Plastik, CO₂-Grenzbesteuerung und Erlöse aus dem Emissionshandel vor (siehe hierzu auch Bericht des StMFH in diesem EB).

Pressemitteilung der Kommission zum Vorschlag für einen umfassenden Aufbauplan:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_940

Mitteilung über den Aufbauplan (in englischer Sprache):

<https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/communication-europe-moment-repair-prepare-next-generation.pdf>

Mitteilung über den EU-Haushalt (in englischer Sprache):

https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/about_the_european_commission/eu_budget/1_en_act_part1_v9.pdf

Fragen und Antworten zu MFR und „Next Generation EU“ (in englischer Sprache):

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/qanda_20_935

Faktenblatt zum EU-Haushalt (in englischer Sprache):

https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/factsheet_1_en.pdf

Faktenblatt zu Schlüsselinstrumenten für den Europäischen Aufbauplan (in englischer Sprache):

https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/factsheet_2_en.pdf

Faktenblatt zur Finanzierung des Europäischen Aufbauplans (in englischer Sprache):

https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/factsheet_3_en.pdf

Überarbeitetes Arbeitsprogramm der Kommission 2020: Schwerpunkte aus dem Bereich des StMUV

Am 27.05.2020 hat die Kommission ihr aufgrund der Corona-Krise angepasstes Arbeitsprogramm 2020 veröffentlicht. Für die Initiativen des Green Deal, die das StMUV maßgeblich betreffen, ergeben sich teilweise Verschiebungen von maximal zwei Quartalen. Während die Initiativen zu den Klimazielen 2030 (3. Quartal



2020), zur Renovierungswelle (3. Quartal 2020), die Chemikalienstrategie (3. Quartal 2020), die Strategie für nachhaltige und smarte Mobilität (4. Quartal 2020) und die neue Verbraucheragenda (4. Quartal 2020) wie geplant beibehalten werden sollen, erfahren das 8. Umweltprogramm (4. Quartal 2020) und das Vorhaben zur Stärkung der Verbraucher beim grünen Wandel (2. Quartal 2021) die größten Verschiebungen im Arbeitsprogramm um jeweils zwei Quartale. Andere Initiativen wie beispielsweise zum Europäischen Klimapakt (4. Quartal 2020), die neue Strategie für die Anpassung an den Klimawandel (1. Quartal 2021), die Überarbeitung der Richtlinie zur Angabe nichtfinanzieller Informationen (1. Quartal 2021) sowie die neue Strategie für ein nachhaltiges Finanzwesen (4. Quartal 2020) wurden jeweils um ein Quartal verschoben (siehe hierzu Beitrag unter „Politische Schwerpunkte“ sowie Beiträge der übrigen Fachbereiche in diesem EB).

Mitteilung zum überarbeiteten Arbeitsprogramm 2020 (in englischer Sprache):

https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/cwp-2020-adjusted_en.pdf

Anhang zur Mitteilung des überarbeiteten Arbeitsprogramms 2020 (in englischer Sprache):

https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/cwp-2020-adjusted-annexes_en.pdf

Faktenblatt zum überarbeiteten Arbeitsprogramm 2020 (in englischer Sprache):

https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/cwp-2020-adjusted-factsheet_en.pdf

UMWELT

Green Deal: Kommission veröffentlicht Biodiversitätsstrategie 2030

Am 20.05.2020 hat die Kommission ihre „Biodiversitätsstrategie 2030, um die Natur zurück in unser Leben zu bringen“ veröffentlicht. Die Strategie ist ein wichtiger Bestandteil des Europäischen Grünen Deals und beinhaltet Ziele und Maßnahmen zur Festlegung verbindlicher Ziele für die Wiederherstellung geschädigter Ökosysteme und Flüsse, Verbesserung des Zustands von in der EU geschützten Lebensräumen und Arten sowie Wälder, Verringerung der Umweltverschmutzung in Wasser und Boden sowie zur Begrünung unserer Städte. Mit der Strategie wird gleichzeitig die Position der EU für die UN-Konferenz zum Übereinkommen über die biologische Vielfalt (COP15) in 2021 festgelegt. Konkrete Maßnahmen und legislative Vorschläge zur Umsetzung der Strategie sollen 2021, nach der UN-Konferenz, folgen. Die Biodiversitätsstrategie soll darüber hinaus ein zentrales Element des Aufbauplans der EU und ein wichtiger Bestandteil der EU-Gesamtstrategie für wirtschaftliches Wachstum werden. Die Biodiversitätsstrategie ist aufgeteilt in Ziele und Maßnahmen in vier Bereichen: Schutz und Wiederherstellung der Natur in der EU, EU-Plan zur Wiederherstellung der Natur, Ermöglichung eines tiefgreifenden Wandels und die EU auf dem Weg zu einer ehrgeizigen globalen Biodiversitätsagenda. Als übergeordnete Ziele plant die EU u. a. bis 2030 den gesetzlichen Schutz von mindestens 30 % der Landfläche und 30 % der Meeresgebiete der EU, den strengen Schutz von mindestens einem Drittel der Schutzgebiete der EU, den Einsatz chemischer Pestizide um 50 % zu verringern, den



ökologischen Landbau auf mindestens 25 % der landwirtschaftlichen Flächen, die Anpflanzung von drei Mrd. neuen Bäumen sowie die Gefährdung durch invasive Arten um 50 % zu verringern.

Biodiversitätsstrategie:

https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/communication-annex-eu-biodiversity-strategy-2030_de.pdf

Fragen und Antworten zur Biodiversitätsstrategie (in englischer Sprache):

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/qanda_20_886

Kommission leitet zwei weitere Vertragsverletzungsverfahren im Bereich Umwelt gegen Deutschland ein

Am 14.05.2020 hat die Kommission zwei neue Vertragsverletzungsverfahren im Bereich Umwelt gegen Deutschland eingeleitet und in einem ersten Schritt jeweils ein Aufforderungsschreiben an Deutschland geschickt. Deutschland hat in beiden Fällen nun vier Monate Zeit, um die von der Kommission festgestellten Mängel zu beheben. Sollte die Kommission keine zufriedenstellende Antwort erhalten, kann sie mit Gründen versehene Stellungnahmen übermitteln.

- **Richtlinie über Industrieemissionen (Richtlinie 2010/75/EU)**

Die Kommission fordert Deutschland auf, die EU-Vorschriften über die integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung infolge industrieller Tätigkeiten ordnungsgemäß in nationales Recht umzusetzen. Die Richtlinie über Industrieemissionen (Richtlinie 2010/75/EU) enthält auch Vorschriften zur Vermeidung oder Verringerung von Emissionen in Luft, Wasser und Boden und zur Abfallvermeidung. Deutschland hat einige Bestimmungen der Richtlinie nicht ordnungsgemäß umgesetzt. So ist die Beteiligung der Öffentlichkeit in mehrerer Hinsicht begrenzt, und Bestimmungen, die es den zuständigen Behörden ermöglichen, in besonderen Fällen weniger strenge Emissionsgrenzwerte festzulegen, wurden nicht ordnungsgemäß umgesetzt.

- **Verhütung schwerer Unfälle mit gefährlichen Stoffen: Seveso-III-Richtlinie (2012/18/EU)**

Die Europäische Kommission fordert Deutschland auf, ihre nationalen Rechtsvorschriften mit der Richtlinie 2012/18/EU zur Beherrschung der Gefahren schwerer Unfälle mit gefährlichen Stoffen (Seveso-III-Richtlinie) in Einklang zu bringen. Die Richtlinie gilt für mehr als 12.000 Industrieanlagen in der gesamten EU und enthält Vorschriften zur Verhütung schwerer Industrieunfälle sowie zur Minimierung ihrer schädlichen Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit und die Umwelt. Deutschland hat die Richtlinie in Bezug auf die Informationspflichten, die Strategie zur Verhütung schwerer Unfälle, die Information der Öffentlichkeit, die Beteiligung an Entscheidungsverfahren sowie Sicherheitsberichte und Notfallpläne nicht ordnungsgemäß umgesetzt. Insbesondere die Bestimmungen über öffentliche Konsultationen und die Beteiligung im



Zusammenhang mit neuen Entwicklungen in der Nachbarschaft von Betrieben wurden auf nationaler und regionaler Ebene nicht ordnungsgemäß umgesetzt.

Mitteilung der Kommission:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/inf_20_859

Parlament nimmt in zweiter Lesung die Verordnung zur Wasserwiederverwendung an

Am 13.05.2020 hat das Europäische Parlament in zweiter Lesung die Verordnung über Mindestanforderungen für die Wasserwiederverwendung angenommen. Mit der Verordnung soll die Verwendung von behandeltem kommunalem Abwasser für die landwirtschaftliche Bewässerung erleichtert werden. Nachdem der Europäische Rat die Verordnung bereits am 17.04.2020 angenommen hatte (EB 07/20) ist der Gesetzgebungsprozess abgeschlossen. Die Verordnung tritt am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der EU in Kraft und sie gilt ab drei Jahre nach Inkrafttreten der Verordnung.

Angenommener Text:

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2020-0056_DE.html

Kommission startet Konsultation zur Klimaanpassungsstrategie

Am 12.05.2020 hat die Kommission eine Konsultation zur geplanten neuen EU-Klimaanpassungsstrategie gestartet. Die aktuelle EU-Strategie zur Anpassung an den Klimawandel COM (2013) 216 wurde im November 2018 evaluiert. Die Bewertung war positiv und zeigte, dass die Strategie ihre Ziele erreicht hat, wobei bei jeder ihrer acht Einzelmaßnahmen Fortschritte verzeichnet wurden. Dennoch wurden mehrere verbesserungsbedürftige Bereiche ermittelt. Daher wurde in der Mitteilung über den Europäischen Grünen Deal im Dezember 2019 eine neue, ehrgeizigere Anpassungsstrategie angekündigt. Die neue Strategie soll zusätzliche Aktionsbereiche umfassen und alle Regierungsebenen und Akteure in der EU dabei unterstützen das Wissen über Klimaauswirkungen zu verbessern und die Planung und das Management von Klimarisiken im öffentlichen und privaten Sektor zu stärken. Zu den möglichen neuen Aktionen, die in der neuen Strategie behandelt werden, könnten gehören: die Entwicklung eines Observatoriums für soziale/gesundheitliche Risiken, Gestaltung einer internationalen Anpassungsagenda, Überprüfung der Anreize für Investitionen in die Widerstandsfähigkeit und die Anpassung an den Klimawandel, ein offenerer Zugang zu Klimawandel- und Risikodaten aus privaten und öffentlichen Quellen sowie mehr Unterstützung für die Widerstandsfähigkeit von Wäldern und anderen Ökosystemen in Verbindung mit anderen im Europäischen Grünen Deal angekündigten Maßnahmen, wie z. B. der erneuerten nachhaltigen Finanzstrategie, dem Klimapakt, der Forststrategie oder der Biodiversitätsstrategie.



Die Konsultation läuft bis 30.06.2020. Die neue Klimaanpassungsstrategie soll im vierten Quartal 2020 veröffentlicht werden.

Konsultation (in englischer Sprache):

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12381-EU-Strategy-on-Adaptation-to-Climate-Change>

Kommission startet öffentliche Konsultation zur Überarbeitung der EU-Vorschriften zur Abfallverbringung

Am 07.05.2020 hat die Kommission eine öffentliche Konsultation zur Überarbeitung der EU-Vorschriften zur Abfallverbringung gestartet. Wie im Europäischen Grünen Deal angekündigt, beabsichtigt die Kommission, die EU-Vorschriften über die Verbringung von Abfällen (Verordnung 1013/2006 vom 14.06.2006 über die Verbringung von Abfällen) zu überprüfen. Mit dieser Überprüfung soll sichergestellt werden, wie die EU-Politik zur Abfallverbringung das Recycling in der EU fördern kann, um den Übergang zur Kreislaufwirtschaft zu unterstützen. Im Rahmen der Überprüfung sollen auch Möglichkeiten zur Verringerung des Abfallexports, z. B. durch ein besseres Überwachungssystem, Maßnahmen gegen illegale Verbringungen sowie Maßnahmen zur Vermeidung potenzieller umwelt- und gesundheitsbezogener negativer Auswirkungen auf die Umwelt und die öffentliche Gesundheit, die durch die Verbringung von Abfällen in Drittländer außerhalb der EU verursacht werden, untersucht werden. Ziel der Konsultation ist es, Informationen und Meinungen über die Optionen zur Überprüfung des derzeitigen Rechtsrahmens für die Verbringung von Abfällen zu sammeln. Die Konsultation will sowohl allgemeine Meinungen der Öffentlichkeit zu den Herausforderungen im Zusammenhang mit der Verbringung von Abfällen als auch detailliertere Informationen und Meinungen von nationalen Behörden, Experten und privaten Akteuren, die an der Verbringung und Bewirtschaftung von Abfällen beteiligt sind, einholen. Die Konsultation läuft bis 30.07.2020.

Konsultation (in englischer Sprache):

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/7567584-Waste-shipments-revision-of-EU-rules/public-consultation>

VERBRAUCHERSCHUTZ

Green Deal: Kommission veröffentlicht Strategie „Vom Hof auf den Tisch“

Am 20.05.2020 hat die Kommission ihre Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ („Farm to Fork“, FtF) veröffentlicht. Die Strategie ist integraler Bestandteil des Green Deal und soll Landwirtschaft, Lebensmittelproduktion und -konsum über einen ganzheitlichen Ansatz auf mehr Nachhaltigkeit umgestalten, um den notwendigen Beitrag



zur angestrebten Klimaneutralität (bis 2050) zu leisten, Ökosysteme zu schützen, sich an den Klimawandel anzupassen und die Versorgungssicherheit mit Lebensmitteln zu sichern. In der Strategie werden u. a. folgende Ziele bis 2030 (z. T. verlinkt mit der Biodiversitätsstrategie 2030) genannt: Reduzierung von Gesamteinsatz und Risiko chemisch-synthetischer Pflanzenschutzmittel um 50 %, Reduzierung des Einsatzes von Hochrisiko-Pflanzenschutzmittel um 50 %, Verringerung des Düngemittleinsatzes um mind. 20 %, Reduzierung des Verkaufs von Antibiotika für Nutztiere in Landwirtschaft und Aquakultur um 50 % und Halbierung der Lebensmittelabfälle/Kopf. Im Jahr 2023 will die Kommission einen Rechtsrahmen für nachhaltige Lebensmittelsysteme, Tierschutz und zur Reduzierung der Lebensmittelverschwendung vorschlagen (siehe hierzu auch den Beitrag des StMELF in diesem EB).

Farm-to-Fork-Strategie :

https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/communication-annex-farm-fork-green-deal_de.pdf

Fragen und Antworten zur FtF-Strategie :

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/qanda_20_885

Faktenblatt zur FtF-Strategie (in englischer Sprache) :

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/fs_20_908

Kommission veröffentlicht Fahrplan für Fitness-Check der EU-Gesetzgebung zum Tierschutz bei Nutztieren

Am 20.05.2020 hat die Kommission einen Fahrplan für einen Fitness-Check der EU-Gesetzgebung zum Tierschutz bei Nutztieren veröffentlicht. Die Ergebnisse dieses Fitness-Checks sollen für die Überarbeitung der EU-Tierschutzgesetzgebung verwendet werden, die in der „Farm to Fork“-Strategie für das Jahr 2023 vorgesehen ist. Der Fitness-Check wird bewerten, ob die bestehenden Rechtsvorschriften unter Berücksichtigung der Entwicklung der wissenschaftlichen Erkenntnisse weiterhin zweckdienlich und wirksam sind, um die Tierschutzziele der EU zu verfolgen. Er wird auch die Tierschutzbedürfnisse und die Erwartungen der Bürger seit der Verabschiedung der Gesetzgebung bewerten. Mit einer umfassenden Konsultationsstrategie soll die Beteiligung aller relevanten Interessengruppen und Beteiligten sichergestellt werden. Neben der gezielten Konsultation bestimmter Stakeholder ist auch eine öffentliche Konsultation im 1. Quartal 2021 geplant. Bis 29.07.2020 besteht die Möglichkeit, Rückmeldungen zu diesem Fahrplan bei der Kommission einzureichen.

Fahrplan der KOM (in englischer Sprache):

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12400-Fitness-Check-of-the-EU-legislation-on-animal-welfare->



Kommission startet Konsultation zur geplanten nachhaltigen Chemikalienstrategie

Am 09.05.2020 hat die Kommission eine Konsultation zur geplanten "Strategie für nachhaltige Chemikalien (schadstofffreie EU-Umwelt)" gestartet. Ziel der Strategie ist es, die mit der Herstellung und Verwendung von Chemikalien verbundenen Risiken zu verringern. Sie soll die EU-Vorschriften für Chemikalien vereinfachen und stärken sowie prüfen, wie EU-Agenturen und wissenschaftliche Gremien zusammenarbeiten können, um einen Prozess zu erreichen, in dem eine Substanz nur von einer einzigen Agentur bewertet wird und um Transparenz bei der Festlegung von Prioritäten für Maßnahmen in Bezug auf Chemikalien sicherzustellen. Laut der Kommission wird die Strategie auch das strategische Ziel der EU „Autonomie in der Produktion von wesentlichen Chemikalien in allen Schlüsselsektoren“ unterstützen. Die Konsultation läuft bis 20.06.2020. Die Strategie soll im dritten Quartal 2020 veröffentlicht werden.

Konsultation (in englischer Sprache) :

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12264-Chemicals-strategy-for-sustainability->

Kommission startet Konsultation zur CLP-Verordnung

Am 12.05.2020 hat die Kommission eine öffentliche Konsultation zu zwei delegierten Rechtsakten zur Änderung der CLP-VO 1272/2008/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von Stoffen und Gemischen gestartet. Nach den EU-Vorschriften zur Kennzeichnung gefährlicher Chemikalien muss nun ein eindeutiger Rezepturidentifikator (Unique Formula Identifier – UFI) in den Kennzeichnungsangaben aufgeführt werden. UFI ermöglichen es Mitarbeitern der Rettungsdienste - beispielsweise in Giftinformationszentren - die betreffenden gefährlichen Chemikalien korrekt zu bestimmen und im Falle einer Vergiftung schnell und präzise medizinischen Rat zu geben. Mit diesen Initiativen werden besondere Vorschriften für speziell vor Ort gemischte Anstrichmittel sowie Änderung der Informationsanforderungen für Giftzentren eingeführt, damit die Ziele der EU-Rechtsvorschriften in diesem Bereich besser erreicht werden können. Die Konsultation läuft bis 09.06.2020.

Konsultation (in englischer Sprache) :

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12315-Amending-Regulation-EC-No-1272-2008-as-regards-supplemental-labelling-information-for-emergency-health-response>

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12384-Amending-requirements-for-information-for-poison-centers->



COVID-19

Kommission veröffentlicht Empfehlungen zu Gutscheinen für Reisende und Passagiere

Am 13.05.2020 hat die Kommission Empfehlungen zu Gutscheinen für Passagiere und Reisenden als Alternative zur Erstattung annullierter Pauschalreise- und Transportleistungen im Zusammenhang mit COVID-19 veröffentlicht. Die Empfehlungen zielen darauf ab, freiwillige Reisegutscheine attraktiver zu gestalten und beziehen sich auf Gutscheine, die auf freiwilliger Basis als Alternative zur Rückerstattung angeboten wurden bei Annullierung/Kündigungen ab 01.03.2020 aufgrund von COVID-19, die unter die Verordnungen zu Passagierrechten (Flüge, Eisenbahn, Binnenschiffe, Bus) und für die Pauschalreise-Richtlinie fallen. Um die Gutscheine attraktiver zu gestalten wird folgendes empfohlen: sie gegen Insolvenzrisiken der Beförderer bzw. Unternehmen abzusichern; die Reisegutscheine sollten mindestens ein Jahr gültig sein; wird ein Gutschein innerhalb eines Jahr nicht eingelöst, sollen die Kosten der stornierten Reise doch erstattet werden; dem Verbraucher soll die Möglichkeit eingeräumt werden, den Gutschein für eine ähnliche als die stornierte Reise einzuräumen; die Gutscheine sollen auf einen anderen Nutzer übertragbar sein.

Empfehlungen der Kommission (in englischer Sprache) :

https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/recommendation_vouchers_en.pdf



STAATSMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN

Green Deal: Kommission veröffentlicht Strategie „Vom Hof auf den Tisch“

Am 20.05.2020 hat die Kommission ihre Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ („Farm to Fork“, FtF) veröffentlicht. Die Strategie ist integraler Bestandteil des Green Deal und soll Landwirtschaft, Lebensmittelproduktion und -konsum über einen ganzheitlichen Ansatz auf mehr Nachhaltigkeit umgestalten, um den notwendigen Beitrag zur angestrebten Klimaneutralität (bis 2050) zu leisten, Ökosysteme zu schützen, sich an den Klimawandel anzupassen und die Versorgungssicherheit mit Lebensmitteln zu sichern. In der Strategie sind sieben konkret bezifferte Ziele benannt, die bis zum Jahr 2030 erreicht werden sollen (z. T. verlinkt mit der Biodiversitäts-Strategie). So soll der Gesamteinsatz und das Risiko chemisch-synthetischer Pflanzenschutzmittel sowie der Einsatz von Hochrisiko-Pflanzenschutzmittel um 50 % reduziert werden. Nährstoffverluste sollen um 50 % verringert und damit der Düngemiteleinsatz um mindestens 20 % reduziert werden. Der Verkauf von Antibiotika für Nutztiere in Landwirtschaft und Aquakultur soll ebenfalls um 50 % zurückgehen. Die Lebensmittelabfälle sollen halbiert und die ökologische Landwirtschaft EU-weit auf 25 % der landwirtschaftlichen Fläche ausgeweitet werden. Im Jahr 2023 will die Kommission einen Rechtsrahmen für nachhaltige Lebensmittelsysteme vorschlagen. Neben einer Revision von Tier- und Pflanzenschutzgesetzgebung plant die Kommission u. a. eine Überarbeitung der Vermarktungsnormen, eine obligatorische Nährwertkennzeichnung sowie eine Nachhaltigkeitskennzeichnung auf Lebensmitteln.

Mitteilung der Kommission zur FtF-Strategie:

<https://ec.europa.eu/transparency/regdoc/rep/1/2020/DE/COM-2020-381-F1-DE-MAIN-PART-1.PDF>

Anhang zur FtF-Strategie mit einer Übersicht der geplanten Initiativen:

<https://ec.europa.eu/transparency/regdoc/rep/1/2020/DE/COM-2020-381-F1-DE-ANNEX-1-PART-1.PDF>

Weitergehende Informationen und Dokumente zur FtF-Strategie (in englischer Sprache):

https://ec.europa.eu/food/farm2fork_en

Green Deal: Kommission veröffentlicht Biodiversitätsstrategie 2030

Am 20.05.2020 hat die Kommission ihre „Biodiversitätsstrategie 2030“ veröffentlicht. Die Strategie ist ein wichtiger Bestandteil des Green Deal und beinhaltet verbindliche Ziele und Maßnahmen für die Wiederherstellung geschädigter Ökosysteme und Flüsse, die Verbesserung des Zustands von in der EU geschützten Lebensräumen und Arten sowie der Wälder, die Verringerung der Umweltverschmutzung in Wasser und Boden sowie zur Begrünung unserer Städte (siehe hierzu Beitrag des StMUV in diesem EB). Als übergeordnete Ziele plant die EU u. a. bis 2030 den gesetzlichen Schutz von mindestens je 30 % der Landfläche und der Meeresgebiete der EU, den strengen Schutz von mindestens einem Drittel (10 %) der Schutzgebiete der EU, den Einsatz chemischer Pflanzenschutzmittel um 50 % zu verringern und die



ökologische Landwirtschaft EU-weit auf 25 % der landwirtschaftlichen Fläche auszuweiten. Mindestens 10 % aller landwirtschaftlichen Flächen sollen Landschaftselemente mit großer biologischer Vielfalt aufweisen, es sollen drei Milliarden neue Bäume gepflanzt werden und Städte ab 20.000 Einwohnern sollen über einen ehrgeizigen Plan für die Begrünung der Städte verfügen. Ferner soll ein Null-Toleranz-Ansatz gegenüber illegaler, nicht gemeldeter und unregulierter Fischerei verfolgt werden.

Mitteilung der Kommission zur Biodiversitätsstrategie:

<https://ec.europa.eu/transparency/regdoc/rep/1/2020/DE/COM-2020-380-F1-DE-MAIN-PART-1.PDF>

Anhang zur Biodiversitätsstrategie mit einer Übersicht der geplanten Initiativen:

<https://ec.europa.eu/transparency/regdoc/rep/1/2020/DE/COM-2020-380-F1-DE-ANNEX-1-PART-1.PDF>

Weitergehende Informationen und Dokumente zur Biodiversitätsstrategie (in englischer Sprache):

https://ec.europa.eu/environment/nature/biodiversity/strategy/index_en.htm

Kommission schlägt für Wiederaufbau langfristigen EU-Haushalt 2021 - 2027 über 1,85 Bio. € vor

Im Rahmen ihres Vorschlags für einen umfassenden Wiederaufbauplan veröffentlichte die Kommission am 27.05.2020 insbesondere das Konzept für den nächsten mehrjährigen EU-Finanzrahmen (MFR) der Jahre 2021 - 2027. Dieser beläuft sich insgesamt auf 1,85 Bio. € und enthält u. a. ein neues Aufbauinstrument „Next Generation EU“ über 750 Mrd. € (siehe hierzu Beitrag des StMFH in diesem EB). Im Rahmen dieses Finanzinstruments ist eine Aufstockung des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) um 15 Mrd. € vorgesehen, um die Ziele aus der „Farm-to-Fork“- und Biodiversitätsstrategie zu erreichen. Zur Unterstützung des Krisenmanagements schlägt die Kommission ferner eine Erhöhung des Budgets für die Gemeinsame Agrarpolitik um 4 Mrd. € und des Europäischen Meeres- und Fischereifonds um 500 Mio. € vor.

Informationen der Kommission zum neuen MFR-Vorschlag (in englischer Sprache):

https://ec.europa.eu/info/strategy/eu-budget/eu-long-term-budget/2021-2027_en

Überarbeitetes Arbeitsprogramm der Kommission: Schwerpunkte aus dem Geschäftsbereich des StMELF

Am 27.05.2020 hat die Kommission ihr überarbeitetes Arbeitsprogramm für das Jahr 2020 veröffentlicht. In Reaktion auf die COVID-19-Pandemie priorisiert sie damit Maßnahmen neu, um die Erholung und Widerstandsfähigkeit Europas voranzutreiben (siehe hierzu Beitrag unter „Politische Schwerpunkte“ sowie Beiträge der übrigen Fachbereiche in diesem EB).

Im Hinblick auf die für das StMELF relevanten neuen Initiativen ergeben sich folgende Änderungen:



- Europäischer Klimapakt: verschoben auf Q4 2020 (statt Q3 2020)
- Neue EU-Strategie zur Anpassung an den Klimawandel: verschoben auf Q1 2021 (statt Q4 2020)
- Neue EU-Forststrategie: verschoben auf Q1 2021 (statt Q4 2020)
- 8. Umweltaktionsprogramm: verschoben auf Q4 2020 (statt Q2 2020)

Hinsichtlich REFIT-Initiativen und Rücknahmen von Vorschlägen ergeben sich keine Änderungen (EB 02/20).

Faktenblatt zum überarbeiteten Arbeitsprogramm 2020:

https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/cwp-2020-adjusted-factsheet_de.pdf

Rat diskutiert per Videokonferenz über Auswirkungen und Maßnahmen zur Bewältigung der COVID-19-Pandemie

Am 13.05.2020 diskutierte der Rat für Landwirtschaft und Fischerei (AGRIFISH) in seiner informellen Sitzung per Videokonferenz unter Teilnahme von Landwirtschaftskommissar *Janusz Wojciechowski* und Fischereikommissar *Virginijus Sinkevičius* erneut die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die Sektoren und die bereits ergriffenen Maßnahmen auf Ebene von EU und Mitgliedstaaten. Die Minister begrüßten die bereits getroffenen Maßnahmen zur Unterstützung von Landwirtschaft und Fischerei, schlugen jedoch die Ausweitung der privaten Lagerhaltung auf die Bereiche Geflügel, Schweine- und Rindfleisch sowie Kartoffeln vor. Neben zusätzlichen Mitteln zur Unterstützung von Milch- und Weinproduktion und einer Aufstockung der gekoppelten Zahlungen wurden erneut weitergehende Vereinfachungen in der Abwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik angemahnt. Die Minister forderten die Kommission zudem auf, die Lage in der Fischfangflotte und in der Aquakultur genau zu beobachten und weitergehende Maßnahmen zu prüfen.

Mitteilung der kroatischen Ratspräsidentschaft zur Videokonferenz:

<https://eu2020.hr/Home/OneNews?id=284>

Mitteilung des Rates (in englischer Sprache):

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/agrifish/2020/05/13/>

Öffentliche Konsultation zur Evaluierung der EU-Absatzförderung landwirtschaftlicher Erzeugnisse gestartet

Am 08.05.2020 hat die Kommission eine öffentliche Konsultation zur Evaluierung der EU-Absatzförderungspolitik gestartet. Wie bereits in ihrem Fahrplan vom 18.07.2018 angekündigt, ist die Konsultation Teil einer Gesamtbewertung der derzeitigen Politik. Ziel ist es, weitere Daten und Fakten über die Auswirkungen dieser Maßnahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik auf die Absatzsteigerung und die



Sensibilisierung der Verbraucher sowie über Probleme bei der Umsetzung der Instrumente zu sammeln. In Form eines online verfügbaren Fragebogens (vorwiegend als „multiple choice“) werden Fragen zur Wirksamkeit (Zielerreichung und Angemessenheit der Kosten), Relevanz, Kohärenz und zum EU-Mehrwert gestellt. Es besteht ferner auch die Möglichkeit, Freitext einzugeben und ein kurzes Dokument zum Fragebogen hochzuladen. Bis zum 11.09.2020 haben Behörden, Verbände, Organisationen, Sachverständige sowie alle anderen Interessierten die Möglichkeit, ihre Meinung zu äußern.

Konsultation zur Evaluierung der EU-Absatzförderungspolitik:

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/1859-Evaluation-of-the-EU-agricultural-promotion-policy/public-consultation>

Kommission startet Konsultation zur Klimaanpassungsstrategie

Am 12.05.2020 hat die Kommission eine öffentliche Konsultation zur geplanten neuen EU-Anpassungsstrategie an den Klimawandel gestartet (siehe hierzu Beitrag des StMUV in diesem EB). In Form eines online verfügbaren Fragebogens (vorwiegend als „multiple choice“) werden Fragen zu persönlichen Erfahrungen gestellt, die auf den Klimawandel zurückgeführt werden könnten, sowie zu ergriffenen Gegenmaßnahmen. Als Beispiele aus dem Bereich des StMELF werden explizit Waldschäden, Ernteeinbußen oder besondere Bewirtschaftungsmethoden genannt. Neben Fragen zur Anpassungsstrategie von 2013 und potenziellen Maßnahmen der neuen Strategie können aus frei wählbaren Themenbereichen Zusatzfragen beantwortet werden, z. B. zu Land- und Forstwirtschaft sowie Aquakultur. Bis zum 20.08.2020 haben Behörden, Verbände, Organisationen, Sachverständige sowie alle anderen Interessierten die Möglichkeit, ihre Meinung im Rahmen der Konsultation zu äußern.

Konsultation zur Klimaanpassungsstrategie:

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12381-EU-Strategy-on-Adaptation-to-Climate-Change/public-consultation>

Kommission stellt Informationssystem für Vermehrungsmaterial von Obstarten online

Am 11.05.2020 ging das neue Informationssystem der Kommission für Vermehrungsmaterial von Obstarten (FRUMATIS) online. FRUMATIS bietet Informationen über die Identifizierung der Sorte, ihre Eintragung, die Gültigkeitsdauer der Eintragung, die Rechte des geistigen Eigentums und fakultative Informationen wie den Züchter und Erhalter der Sorte. Die Datenbank führt derzeit mehr als 14.000 Sorten von Vermehrungsmaterial und Pflanzen von Obstarten. Das neue System ermöglicht es den Mitgliedstaaten, die Veröffentlichung ihrer nationalen Verzeichnisse auf der Website der Kommission selbst zu verwalten.



Nach Angaben der Kommission liegt der geschätzte Wert von Vermehrungsmaterial und Pflanzen von Obstsorten, die in der EU erzeugt werden, bei über 760 Mio. €. Zwei Milliarden Pflanzen werden in der EU auf einer Fläche von über 11.400 ha erzeugt. Die Kommission beabsichtigt zudem, einen zentralen Hub für Verzeichnisse von Agrar- und Gemüsearten, Obstgattungen/-arten und Rebsorten zu schaffen.

FRUMATIS-Datenbank (in englischer Sprache):

<https://ec.europa.eu/frumatis/>



STAATSMINISTERIUM FÜR FAMILIE, ARBEIT UND SOZIALES

Kommission schlägt für Wiederaufbau langfristigen EU-Haushalt 2021-2027 über 1,85 Bio. € vor

Im Rahmen ihres Vorschlags für einen umfassenden Wiederaufbauplan veröffentlichte die Kommission am 27.05.2020 insbesondere auch das Konzept für den nächsten mehrjährigen EU-Finanzrahmen (MFR) der Jahre 2021 - 2027. Dieser beläuft sich insgesamt auf 1,85 Bio. € und enthält u. a. ein neues Aufbauinstrument „Next Generation EU“ über 750 Mrd. € (siehe hierzu Beitrag des StMFH in diesem EB).

Die Kommission geht davon aus, dass zu den negativen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auch zunehmende soziale Ungleichheiten, ein Anwachsen der Armut und der Jugendarbeitslosigkeit in der EU gehören werden. Die Kommission hat daher u. a. entschieden, ihren am 30.05.2018 vorgelegten Vorschlag für den Europäischen Sozialfonds Plus (EB 09/18) zu ändern. Die Änderungen betreffen etwa die Anforderungen für Investitionen in die Jugendbeschäftigung. Mitgliedstaaten mit einer über dem Unionsdurchschnitt liegenden Quote von jungen Menschen, die nicht in Beschäftigung, Bildung oder Ausbildung stehen, sollen mindestens 15 % ihrer ESF+-Mittel in Maßnahmen zur Unterstützung junger Menschen investieren (statt 10 % wie im ursprünglichen ESF+-Vorschlag). Der geänderte Vorschlag will die Mitgliedstaaten zudem dazu verpflichten, mindestens 5 % ihrer ESF+-Mittel für Maßnahmen gegen Kinderarmut bereitzustellen.

Ferner hat die Kommission nochmals (EB 06/20) Änderungen am Europäischen Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen (EHAP) vorgeschlagen, um im Zeitraum 2020 - 2022 zusätzliche Mittel bereitzustellen. Auf diese Weise könne die Finanzierung wichtiger Maßnahmen zur Linderung der Krisenfolgen und zur Unterstützung besonders bedürftiger Menschen ohne Unterbrechung fortgesetzt werden.

Pressemitteilung der Kommission zum Vorschlag für einen umfassenden Aufbauplan vom 27.05.2020:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_940

Fragen und Antworten zu den vorgeschlagenen Änderungen bzgl. ESF+ (in englischer Sprache):

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ganda_20_948

Geänderter Verordnungsvorschlag der ESF+-Verordnung (in englischer Sprache):

https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/about_the_european_commission/eu_budget/com_2020_447_en_act_9.pdf

Vorschlag zur Änderung der EHAP-Verordnung (in englischer Sprache):

https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/com_2020_223_2_en_act_part1_v8.pdf

Überarbeitetes Arbeitsprogramm der Kommission 2020: Schwerpunkte aus dem Bereich des StMAS

Die Kommission hat am 27.05.2020 zudem ihr ursprünglich im Januar präsentiertes Arbeitsprogramm für das Jahr 2020 überarbeitet. Die Prioritäten, die zu Beginn des Mandats der Kommission *von der Leyen* festgelegt



und Anfang des Jahres vorgestellt wurden, behalten insgesamt ihre Gültigkeit (EB 02/20). Auch die aus Sicht der Kommission wichtigsten sozialpolitischen Dossiers bleiben somit auf der Agenda.

So will die Kommission beispielsweise noch vor der Sommerpause Vorschläge für die Stärkung der EU-Jugendgarantie präsentieren. Die Kommission stellt diese Initiative, die jungen Menschen helfen soll, eine Aus- oder Weiterbildung bzw. Arbeit zu finden, nunmehr unmittelbar in den Kontext der Überwindung der Pandemiefolgen und (potenziell) stark steigender Jugendarbeitslosigkeit in Europa. Auch die zweite Stufe der Sozialpartnerkonsultation für einen europäischen Mindestlohnrahmen soll nun in Kürze starten. Mit einem legislativen Vorschlag ist nach aktueller Planung der Kommission gegen Ende des Jahres 2020 zu rechnen.

Aktualisiertes Arbeitsprogramm 2020 (in englischer Sprache):

https://ec.europa.eu/info/publications/2020-commission-work-programme-key-documents_en

Informelle Videokonferenz der für Jugendthemen zuständigen EU-Minister am 19.05.2020

Anstelle des für den 19.05.2020 geplanten Jugendministerrats erörterten die für Jugendthemen zuständigen Ministerrinnen und Minister im Rahmen einer Videokonferenz die Auswirkungen von COVID-19 auf junge Menschen und den Jugendsektor. Im Mittelpunkt des rein informellen Austauschs standen u. a. Probleme hinsichtlich einer eingeschränkten Mobilität junger Menschen, Fragen der Beteiligung an Entscheidungsprozessen sowie Herausforderungen bei der Umsetzung der EU-Jugendprogramme wie Erasmus+ bzw. dem Europäischen Solidaritätskorps.

Pressemitteilung des Rates:

https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/eycs/2020/05/19/youth/?utm_source=dsms-auto&utm_medium=email&utm_campaign=Video+conference+of+ministers+of+youth

Programm der deutschen Ratspräsidentschaft im Bereich Jugend

Im Rahmen der informellen Videokonferenz der für Jugendthemen zuständigen Minister am 19.05.2020 (vorheriger Beitrag) stellte Bundesministerin *Dr. Giffey* den aktuellen Stand des Programms der deutschen Ratspräsidentschaft im Jugendbereich vor. Während der EU-Ratspräsidentschaft im 2. Halbjahr 2020 wolle Deutschland zu jedem der drei Kernbereiche der EU-Jugendstrategie „Beteiligung“, „Begegnung“ und „Befähigung“ einen Beitrag leisten. Daher sollen u. a. Ratsschlussfolgerungen zur Beteiligung junger Menschen am demokratischen Leben in Europa vorgeschlagen und beraten werden. Nach den bisherigen Planungen sollen zudem die Themen Jugendarbeit in Europa sowie die Mobilität junger Menschen im Fokus der jugendpolitischen Themen der deutschen Ratspräsidentschaft stehen.



Ratsschlussfolgerungen zum Thema „Mehr Chancen für junge Menschen in ländlichen und abgelegenen Gebieten“ gebilligt

Der Rat billigte am 26.05.2020 im schriftlichen Verfahren den Textentwurf für Ratsschlussfolgerungen „Mehr Chancen für junge Menschen in ländlichen und abgelegenen Gebieten“. Alle jungen Menschen sollen bei ihrer persönlichen und beruflichen Entwicklung die gleichen Chancen haben, ungeachtet aller Hindernisse, auch geografisch bedingter Probleme. Die Mitgliedstaaten werden daher u. a. dazu aufgerufen, z. B. durch lokale Jugendräte und andere Möglichkeiten der Teilhabe, bürgerschaftliches Engagement sowie eine substantielle Beteiligung an Entscheidungsprozessen zu fördern. Die Mitgliedstaaten und die Kommission werden u. a. dazu aufgerufen, Synergien zwischen den verschiedenen Initiativen und Instrumenten der Union, wie Erasmus+, der Jugendgarantie und dem Solidaritätskorps zu fördern, um junge Menschen in ländlichen und abgelegenen Gebieten besser einzubeziehen.

Pressemitteilung des Rates:

https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2020/05/26/raising-opportunities-for-young-people-in-rural-and-remote-areas-the-council-adopts-conclusions/?utm_source=dsms-auto&utm_medium=email&utm_campaign=Raising+opportunities+for+young+people+in+rural+and+remote+areas:+the+Council+adopts+conclusions

Schlussfolgerungen (in englischer Sprache):

<https://www.consilium.europa.eu/media/44119/st08265-en20.pdf>

Finanzierung von Kurzarbeit: Finanzminister beschließen befristete Unterstützung bis Ende 2022

Nach der politischen Einigung am 15.05.2020 beschlossen die Mitgliedstaaten am 19.05.2020 auch förmlich das vorübergehende Kreditprogramm SURE („Support to mitigate Unemployment Risks in an Emergency“). Das neue Instrument soll den Mitgliedstaaten finanzielle Unterstützung bieten, damit sie die Kosten der nationalen Kurzarbeitsregelungen und ähnlicher Maßnahmen für Selbstständige decken können. Mit Hilfe von Garantien der Mitgliedstaaten von bis zu 25 Mrd. € hofft die Kommission, Mittel im Umfang von bis zu 100 Mrd. € aufbringen zu können (EB 06/20).

Coronavirus: Kommission gibt Empfehlungen zu nationaler Fiskal- und Wirtschaftspolitik

Vor dem Hintergrund der Coronavirus-Pandemie veröffentlichte die Kommission am 20.05.2020 ihre diesjährigen länderspezifischen Empfehlungen zur Koordinierung der nationalen Fiskal- und Wirtschaftspolitiken („Europäisches Semester“), mit denen sie den Mitgliedstaaten wirtschaftspolitische Maßnahmen für die kommenden 12 - 18 Monate vorschlägt. Deutschland wird insbesondere empfohlen,



durchführungsreife öffentliche Investitionen vorzuziehen und private Investitionen in den ökologischen und digitalen Wandel zu unterstützen (siehe hierzu Beitrag des StMFH in diesem EB).

Pressemitteilung der Kommission:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_901

Übergreifende Mitteilung der Kommission zu den länderspezifischen Empfehlungen:

https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/2020-european-semester-csr-comm-recommendation-communication_de.pdf

Länderspezifische Empfehlungen 2020 für Deutschland:

https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/2020-european-semester-csr-comm-recommendation-germany_de.pdf

Kommission verklagt Österreich vor dem EuGH wegen Indexierung von Familienleistungen

Die Kommission hat am 14.05.2020 beschlossen, Österreich vor dem EuGH zu verklagen. Nach Ansicht der Kommission sind die österreichischen Rechtsvorschriften über die Indexierung von Familienleistungen, Kinderabsetzbeträgen und anderen Steuervorteilen für Familien diskriminierend und damit unionsrechtswidrig. Hintergrund:

Am 01.01.2019 führte Österreich einen Mechanismus zur Indexierung der Höhe von Familienleistungen, Kinderabsetzbeträgen und anderen Steuervorteilen für Familien von EU-Bürgerinnen und -Bürgern ein, die in Österreich arbeiten, deren Kinder aber im Ausland leben. Nach Ansicht der Kommission verstößt ein solcher Indexierungsmechanismus gegen die EU-Vorschriften über die Arbeitnehmerfreizügigkeit und die Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit. Daraufhin leitete die Kommission bereits am 24.01.2019 ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Österreich ein (EB 03/19).

Pressemitteilung der Kommission:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_849

EuGH zur Bindungswirkung von A1-Bescheinigungen

Der EuGH entschied am 14.05.2020, dass eine A 1-Bescheinigung (früher: E-101), die für einen entsandten Arbeitnehmer ausgestellt wird, für die Gerichte des Aufnahmemitgliedstaates nur in Fragen der sozialen Sicherheit und nicht in Fragen des Arbeitsrechts bindend ist (Rechtssache C-17/19).

Der EuGH wiederholte in dem Vorabentscheidungsverfahren auf Vorlage des französischen Kassationshofes, dass die Bescheinigungen E 101 und A 1 für den zuständigen Träger und die Gerichte des Mitgliedstaats, in dem dieser Arbeitnehmer seine Arbeit ausführt, fast ausnahmslos bindend sind. Daraus folge jedoch, so der EuGH, dass sich die Bindungswirkung auf die Verpflichtungen beschränkt, die sich aus den nationalen



Rechtsvorschriften im Bereich der sozialen Sicherheit ergeben. Diese Bescheinigungen erzeugen somit keine Bindungswirkung hinsichtlich Rechtsvorschriften in anderen Bereichen, wie etwa Regelungen, die das Arbeitsverhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, insbesondere die Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer, betreffen.

Urteil:

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=226493&pageIndex=0&doclang=de&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=662820>

Bericht über die Umsetzung der Opferschutzrichtlinie

Am 11.05.2020 veröffentlichte die Kommission einen Bericht über die Umsetzung der sog. Opferschutzrichtlinie über Mindeststandards für die Rechte, die Unterstützung und den Schutz von Opfern von Straftaten (Richtlinie 2012/29/EU). Die Kommission kommt darin zu dem Schluss, dass das volle Potential der Richtlinie noch nicht ausgeschöpft sei, was insbesondere an der unvollständigen Umsetzung durch eine Vielzahl von Mitgliedstaaten liege (siehe hierzu Beitrag des StMJ in diesem EB).

Bericht der Kommission über die Umsetzung der Opferschutzrichtlinie:

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:52020DC0188&from=EN>

Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen für „Die europäische Jugend vereint“

Die Kommission hat am 12.05.2020 ihre Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen für die Initiative „Die europäische Jugend vereint“ (European Youth Together) 2020 im Rahmen des Programms Erasmus+ veröffentlicht. Mit einem voraussichtlichen Budget von 5 Mio. € soll diese Initiative europaweite Netzwerke von Jugendorganisationen unterstützen. Die Netzwerke sollen der Organisation von Begegnungen sowie der Ausbildungsförderung (z. B. für Jugendleiter) dienen und es jungen Menschen ermöglichen, selbst gemeinsame Projekte ins Leben zu rufen. Der Aufruf richtet sich an Jugend-NGO's, die Projekte vorschlagen können, an denen mindestens fünf Partner in fünf verschiedenen Ländern beteiligt sind. Die Frist für die Einreichung von Projekten endet am 28.07.2020.

Pressemitteilung der Kommission:

https://ec.europa.eu/germany/news/20200512-erasmus-europaweite-netzwerke_de

Weitere Informationen zur Antragseinreichung (in englischer Sprache):

https://eacea.ec.europa.eu/erasmus-plus/funding/european-youth-together-2020_en



Kommission registriert neue Bürgerinitiative für bedingungsloses Grundeinkommen in der EU

Die Europäische Kommission hat am 15.05.2020 beschlossen eine neue Bürgerinitiative zum Thema „Bedingungsloses Grundeinkommen in der gesamten EU“ zu registrieren. Ziel der Initiative ist es, als Grundlage für die Existenzsicherung und die gesellschaftliche Teilhabe jedes Menschen, ein bedingungsloses Grundeinkommen in der gesamten EU einzuführen.

Sollte die Bürgerinitiative innerhalb eines Jahres eine Million Unterstützungsbekundungen aus mindestens sieben verschiedenen Mitgliedstaaten erhalten, muss die Kommission innerhalb von sechs Monaten reagieren. Sie kann selbst entscheiden, ob sie der Aufforderung nachkommen will oder nicht. Sie muss ihre Entscheidung aber in jedem Fall begründen.

Pressemitteilung der Kommission:

https://ec.europa.eu/germany/news/20200515-grundeinkommen-buergerinitiativen_de

Homepage der Bürgerinitiative:

<http://www.ebi-grundeinkommen.de/>



STAATSMINISTERIUM FÜR GESUNDHEIT UND PFLEGE

COVID-19

EU-Leitlinien für Flugpassagiere und Flugpersonal

Das Europäische Zentrum für die Kontrolle und die Prävention von Krankheiten (ECDC) und die Europäische Agentur für Flugsicherheit (EASA) haben am 20.05.2020 Leitlinien für Flugpassagiere und Flugpersonal im Zusammenhang mit der Coronavirus-Pandemie veröffentlicht. Die Leitlinien sollen Flughafenbetreiber, Fluglinien und nationale Luftverkehrsbehörden dabei unterstützen, das Risiko von Coronavirus-Infektionen bei der graduellen Wiederaufnahme des Flugverkehrs möglichst gering zu halten.

Die Leitlinien enthalten Empfehlungen zur Infektionsprävention in allen Phasen einer Flugreise, einschließlich des Check-ins und des Einsteigens, der Flugphase, bei Aufenthalt im Transitbereich und nach der Ankunft am Zielflughafen. Die vorgeschlagenen Maßnahmen umfassen unter anderem Zugangsbeschränkungen zu Flughafenterminals, physische Distanzierung, das Tragen von Schutzmasken, den Einbau von Schutzscheiben an Flughäfen und das Ausfüllen von Formularen zur Kontaktnachverfolgung.

Leitlinien (in englischer Sprache):

https://www.ecdc.europa.eu/sites/default/files/documents/EASA-ECDC_COVID-19_Operational-guidelines-for-management-of-passengers.pdf

Pressemitteilung (in englischer Sprache):

<https://www.easa.europa.eu/newsroom-and-events/press-releases/easaecdc-issue-joint-guidelines-assure-health-safety-air-travel>

Kommission legt neu ausgerichtetes Frühjahrspaket zum Europäischen Semester vor

Die Kommission hat am 20.05.2020 im Rahmen des Europäischen Semesters das sogenannte Frühjahrspaket vorgelegt. Das Europäische Semester ist ein sich jährlich wiederholender Zyklus zur Koordinierung der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Eurozone. Das Frühjahrspaket umfasst länderspezifische Empfehlungen für alle EU-Mitgliedstaaten und das Vereinigte Königreich sowie eine zusammenfassende Mitteilung.

Im Hinblick auf den Gesundheitsbereich weist die Kommission darauf hin, die strukturellen Herausforderungen für die Gesundheitssysteme seien durch die Coronavirus-Krise noch größer geworden. Das Europäische Semester müsse daher zu einem integralen Bestandteil der Bemühungen der EU werden, die Ausbreitung des Virus einzudämmen, die nationalen Gesundheitssysteme zu unterstützen und den sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie entgegenzuwirken.



Deutschland hat der Kommission zufolge bei der medizinischen Bewältigung der Pandemie von seinem Gesundheitssystem mit universellem Krankenversicherungsschutz und Zugang zu einer Gesundheitsversorgung von hoher Qualität profitiert. Die Test- und Intensivpflegekapazitäten seien rasch ausgeweitet worden. Jedoch verdeutliche die COVID-19-Krise, dass auch die Resilienz des deutschen Gesundheitssystems gestärkt werden müsse. Herausforderungen gebe es unter anderem im Pflegesektor, bei der Digitalisierung und der Koordinierung zwischen Gesundheitsdienstleistern.

Länderspezifischen Empfehlungen (in englischer Sprache):

https://ec.europa.eu/info/publications/2020-european-semester-country-specific-recommendations-commission-recommendations_en

Begleitende Mitteilung:

https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/2020-european-semester-csr-comm-recommendation-communication_de.pdf

Pressemitteilung:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/jp_20_901

EU-Bericht zur Lage in Pflegeeinrichtungen

Das Europäische Zentrum für die Kontrolle und die Prävention von Krankheiten (ECDC) hat am 19.05.2020 einen Bericht zur Überwachung von COVID-19 in Langzeitpflegeeinrichtungen in der EU und im Europäischen Wirtschaftsraum vorgelegt. Dem Bericht und einer begleitenden Infografik zufolge sind in einer Reihe von europäischen Staaten 30 - 60 % der in Zusammenhang mit COVID-19 stehenden Todesfälle Bewohnern von Langzeitpflegeeinrichtungen zuzuordnen.

Das ECDC hebt daher hervor, es sei wichtig, lokale und nationale Programme zur epidemiologischen Überwachung, für frühzeitige Tests und zur Infektionsprävention einzurichten. Zusätzlich zu umfassenden Tests der Bewohner und des Personals sei es essenziell, strikte Hygienemaßnahmen umzusetzen und Besuche von externen Personen in Pflegeheimen auf das absolute Minimum zu reduzieren.

Bericht (in englischer Sprache):

<https://www.ecdc.europa.eu/en/publications-data/surveillance-COVID-19-long-term-care-facilities-EU-EEA>

Infografik (in englischer Sprache):

<https://www.ecdc.europa.eu/en/publications-data/covid-19-care-homes-infographic>



Weitere EU-Fördermittel für Forschung und Innovation

Die Kommission hat am 19.05.2020 eine neue Aufforderung zum Einreichen von Förderanträgen veröffentlicht, die mit 122 Mio. € aus dem Forschungs- und Innovationsprogramm Horizont 2020 hinterlegt ist. Die in diesem Zusammenhang förderfähigen Projekte sollen der Kommission zufolge darauf ausgerichtet sein, Produktionskapazitäten rasch auf medizinische Ausstattung und Ausrüstung für Tests, Behandlungen und Prävention umzustellen und Medizintechnologien und digitale Instrumente zur besseren Erkennung und Überwachung sowie zur Versorgung von Patienten zu entwickeln. Die Einreichungsfrist für Förderanträge endet am 11.06.2020.

Die nun veröffentlichte Ausschreibung ergänzt bereits bestehende Förderinitiativen der EU. Insbesondere werden 18 Projekte zur Entwicklung von Diagnostik, Therapien und Impfstoffen sowie zur Vorbereitung auf Epidemien mit 48,2 Mio. € gefördert. Ferner werden über die Initiative für innovative Arzneimittel (IMI) acht groß angelegte Forschungsprojekte gefördert, die auf die Entwicklung von Therapie- und Diagnosemöglichkeiten zur Bekämpfung des Coronavirus abzielen. Der Kommission zufolge, liegt bei fünf dieser Projekte der Schwerpunkt auf Diagnostik, bei den restlichen drei Projekten auf Therapien. Bei einem der Projekte ist das bayerische Biotech-Unternehmen GNA Biosolutions federführend.

Fördermittel-Bewerbungsseite (in englischer Sprache):

<https://ec.europa.eu/info/funding-tenders/opportunities/portal/screen/opportunities/topic-search;freeTextSearchKeyword=Coronavirus;typeCodes=0,1;statusCodes=31094502;programCode=null;programDivisionCode=null;focusAreaCode=null;crossCuttingPriorityCode=null;callCode=Default;sortQuery=submissionStatus;orderBy=asc;onlyTenders=false;topicListKey=callTopicSearchTableState>

Pressemitteilung:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_887

Kommission legt Paket für Tourismus und Verkehr vor

Die Kommission hat am 13.05.2020 ein Paket mit Leitlinien und Empfehlungen für den Bereich Tourismus und Verkehr vorgelegt, das eine Gesamtstrategie für den Aufschwung im Jahr 2020 und darüber hinaus, Leitlinien zur Aufhebung der Binnengrenzkontrollen, Leitlinien für den Transport von Passagieren, Kriterien für die Wiederaufnahme touristischer Aktivitäten sowie Empfehlungen zur Steigerung der Attraktivität von Reisegutscheinen beinhaltet.

Die Leitlinien für die Wiederaufnahme von touristischen Dienstleistungen legen als Voraussetzung für die Lockerung einschlägiger Beschränkungen unter anderem eine positive epidemiologische Entwicklung sowie das Vorhandensein von Behandlungskapazitäten, Testkapazitäten und Mechanismen zur



Kontaktnachverfolgung, Koordinierung und Kommunikation fest. Zudem werden Empfehlungen für Gesundheitsprotokolle im Gastgewerbe ausgesprochen.

Ein weiteres Dokument legt Rahmenbedingungen für die (Wieder-)Aufnahme des Personen- und Frachtverkehrs in der EU, den Schutz von Angestellten im Transportgewerbe und den Schutz von Passagieren fest. Zum Schutz der Gesundheit von Passagieren gehen die Empfehlungen u. a. auf das Tragen von Mundschutzmasken, physische Distanzierung, Maßnahmen zur Kontaktnachverfolgung und den Umgang mit möglichen Infektionsfällen ein.

Pressemitteilung der Kommission:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_854

Fragen und Antworten-Dokument:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/qanda_20_870

EU-Leitlinien für die Interoperabilität von Kontaktnachverfolgungs-Apps

Die EU-Mitgliedstaaten und die Kommission haben am 13.05.2020 Leitlinien für die Interoperabilität von Kontaktnachverfolgungs-Apps vorgelegt. In den Leitlinien werden Mindestanforderungen für die Kommunikation entsprechender Apps untereinander festgelegt, damit einzelne Nutzer unabhängig von ihrem Aufenthaltsort EU-weit Warnmeldungen erhalten können, wenn sie sich möglicherweise während einer bestimmten Zeit in der Nähe eines anderen Nutzers befunden haben, der positiv auf COVID-19 getestet wurde.

Der Kommission zufolge planen die meisten Mitgliedstaaten als Teil ihrer Coronavirus-Strategien den Einsatz von Mobil-Apps zur Kontaktnachverfolgung. Zur Förderung eines EU-weit koordinierten Vorgehens hatten die Kommission und die Mitgliedstaaten bereits am 16.04.2020 ein gemeinsames Konzept für die Nutzung von Mobil-Apps zur Kontaktnachverfolgung und Warnung im Rahmen der Coronavirus-Pandemie sowie Leitlinien für den Datenschutz bei solchen Mobil-Apps veröffentlicht. Beide Dokumente enthalten grundlegende Anforderungen für die Entwicklung entsprechender Anwendungen (EB 07/20).

Leitlinien (in englischer Sprache):

https://ec.europa.eu/health/sites/health/files/ehealth/docs/contacttracing_mobileapps_guidelines_en.pdf

Fragen und Antworten rund um Kontaktnachverfolgungs-Apps:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/qanda_20_869



EU organisiert Lieferungen von Schutzausrüstung

Die Kommission hat am 08.05.2020 über eine Lieferung von 1,5 Mio. Schutzmasken an 17 Mitgliedstaaten und das Vereinigte Königreich informiert. Die Lieferung sei Teil eines von der Kommission finanzierten Kaufs von 10 Mio. Masken im Rahmen des EU-Soforthilfeinstruments, mit dem die Mitgliedstaaten bei der Abfederung der unmittelbaren Folgen der Coronavirus-Pandemie unterstützt werden sollen.

Das EU-Soforthilfeinstrument ermöglicht der Kommission zufolge eine direkte Unterstützung der Mitgliedstaaten bei ihren Bemühungen zur Bewältigung der Pandemie, unter anderem durch den Kauf medizinischer Ausrüstung sowie die Koordinierung und finanzielle Unterstützung der Verlegung von Patienten in EU-Mitgliedstaaten mit freien Krankenhauskapazitäten. Die Lieferungen ergänzen die Bereitstellung von Schutzausrüstung aus der medizinischen Reserve der EU-Katastrophenschutzkapazität rescEU.

Pressemitteilung der Kommission:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_20_819

Weiterführende Informationen zum EU-Soforthilfeinstrument:

https://ec.europa.eu/info/live-work-travel-eu/health/coronavirus-response/emergency-support-instrument_de

Faktenblatt zum EU-Soforthilfeinstrument, rescEU und gemeinsamen Beschaffungsinitiativen (in englischer Sprache):

https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/esi_factsheet_8.pdf

EU empfiehlt Verlängerung der Beschränkungen an EU-Außengrenzen

Die Kommission hat am 08.05.2020 die Schengen-EU-Mitgliedstaaten und die assoziierten Schengen-Staaten aufgefordert, die vorübergehende Beschränkung von nicht unbedingt notwendigen Reisen in die EU bis zum 15.06.2020 zu verlängern. Der Kommission zufolge sollen die Maßnahmen an den EU-Außengrenzen vorerst fortgesetzt werden, um das Risiko einer weiteren Ausbreitung der Krankheit durch Reisen in die EU zu verringern. Wie im gemeinsamen europäischen Fahrplan für die Aufhebung der Eindämmungsmaßnahmen festgelegt sollen zunächst die Kontrollen an den EU-Binnengrenzen stufenweise und koordiniert aufgehoben werden, bevor in einem zweiten Schritt die Beschränkungen an den Außengrenzen gelockert werden sollen.

Die Reisebeschränkung gilt für alle Schengen-EU-Mitgliedstaaten und die vier assoziierten Schengen-Staaten (Island, Liechtenstein, Norwegen und die Schweiz) – insgesamt 30 Staaten. Eine etwaige weitere Verlängerung der Reisebeschränkung über den 15.06.2020 hinaus soll der Kommission zufolge von der Entwicklung der epidemiologischen Lage abhängig gemacht werden.



Mitteilung der Kommission über die Verlängerung der Beschränkungen (in englischer Sprache):

https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/assessment-application-temporary-restriction-travel_en.pdf

Pressemitteilung der Kommission:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_823

Häufig gestellte Fragen und Antworten:

https://ec.europa.eu/info/live-work-travel-eu/health/coronavirus-response/travel-and-transportation-during-coronavirus-pandemic/travel-and-eu-during-pandemic_de

SONSTIGES

Kommission legt Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ vor

Die Kommission hat am 20.05.2020 die Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ vorgelegt. Die Strategie soll der EU den Übergang zu einem nachhaltigen Lebensmittelsystem ermöglichen, in dem die Ernährungssicherheit und der Zugang zu gesunden Lebensmitteln gewährleistet werden. Die Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ gehört zu den Kernelementen des europäischen Grünen Deals, einem zentralen politischen Projekt der amtierenden Kommission.

Ein Element der Strategie ist die Förderung eines nachhaltigen Lebensmittelverzehr und einer gesunden und nachhaltigen Ernährung, um der Zunahme von Übergewicht und Adipositas in der EU entgegenzuwirken und zur Krankheitsprävention, insbesondere von Krebs und Herz-Kreislauf-Erkrankungen, beizutragen. Um Verbraucher in die Lage zu versetzen, sich sachkundig für gesunde und nachhaltige Lebensmittel zu entscheiden, kündigt die Kommission unter anderem eine harmonisierte obligatorische Nährwertkennzeichnung auf der Verpackungsvorderseite von Lebensmitteln an. Des Weiteren kündigt die Kommission verbindliche Mindestkriterien für die Beschaffung von Lebensmitteln durch öffentliche Einrichtungen sowie eine Überarbeitung des Schulprogramms der EU an, um den Verzehr gesunder, nachhaltiger Lebensmittel zu fördern.

Strategie „Vom Hof auf den Tisch“

https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/communication-annex-farm-fork-green-deal_de.pdf

Pressemitteilung:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_884

EU-Gesundheitsminister beraten über EU-Arzneimittelstrategie und Lieferengpässe

Am 12.05.2020 fand eine informelle Videokonferenz der EU-Gesundheitsminister statt, an der auch Gesundheitskommissarin *Stella Kyriakides* und EMA-Exekutivdirektor *Guido Rasi* teilnahmen. Thema der



Videokonferenz war die Verfügbarkeit von Arzneimitteln in der EU, auch im Hinblick auf die Coronavirus-Pandemie.

Es wurde betont, dass die Zusammenarbeit von Kommission und Mitgliedstaaten weiter gestärkt werden müsse, um die Zugänglichkeit und Bezahlbarkeit von Arzneimitteln zu sichern. Zudem tauschten sich die Gesundheitsminister über die EU-Arzneimittelstrategie und deren Querverbindungen zur EU-Industriestrategie und dem Plan für den Wiederaufbau der Wirtschaft aus.

Pressemitteilung der Ratspräsidentschaft zur Videokonferenz:

<https://eu2020.hr/Home/OneNews?id=281>

Kommission legt Bericht zur Umsetzung der Berufsanerkenntnisrichtlinie vor

Die Kommission hat am 11.05.2020 einen Bericht vorgelegt, der sich mit der Umsetzung bestimmter Neuerungen befasst, die durch die Änderungsrichtlinie 2013/55/EU in die Berufsanerkenntnisrichtlinie 2005/36/EG eingefügt worden waren. Der Bericht kommt zu dem Ergebnis, im Allgemeinen sei der Rechtsrahmen, der mit der überarbeiteten Richtlinie geschaffen wurde, in Bezug auf die Förderung der Mobilität von Berufsangehörigen in den Mitgliedstaaten wirksam. Probleme bereiteten jedoch noch bestimmte Verfahrensvorschriften der Mitgliedstaaten, die zu erheblichen Kosten und Belastungen für Antragsteller führten. Auch müsse die Funktionsweise der nationalen einheitlichen Ansprechpartner verbessert werden. Ferner seien die von den Mitgliedstaaten durchgeführten Verhältnismäßigkeitsprüfungen für nationale Berufsreglementierungen häufig unzureichend gewesen.

Die Richtlinie 2005/36/EG bestimmt, unter welchen Voraussetzungen und nach welchem Verfahren im Ausland erworbene Berufsqualifikationen für den Zugang zu und die Ausübung von reglementierten Berufen anerkannt werden können. Wichtige Neuerungen, die mit der Änderungsrichtlinie 2013/55/EU eingefügt wurden, waren unter anderem die obligatorische Nutzung des Binnenmarkt-Informationssystems „IMI“ für den Austausch von Verwaltungsinformationen und die Meldung von Berufsqualifikationen, verfahrensmäßige Erleichterungen sowie eine Transparenzinitiative in Bezug auf nationale Berufsreglementierungen.

Bericht:

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=COM:2020:191:FIN&qid=1589207764842&from=EN>

Anhang zum Bericht (in englischer Sprache):

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=SWD:2020:79:FIN&qid=1589209276333&from=EN>



STAATSMINISTERIUM FÜR DIGITALES

Diskussionen zur Regulierung von Künstlicher Intelligenz im Europäischen Parlament

Im Rechtsausschuss des Europäischen Parlaments (EP) wurden am 12.05.2020 **erstmalig die drei Entwürfe zu Initiativberichten des EP zur Regulierung von künstlicher Intelligenz (KI) diskutiert** (EB 03/20).

Der Berichtsentwurf von Berichterstatter MdEP *Ibán García del Blanco* (ESP/S&D) legt einen Verordnungsvorschlag über **ethische Grundsätze für die Entwicklung, den Einsatz und die Nutzung von künstlicher Intelligenz, Robotik und damit zusammenhängenden Technologien** vor. Der Vorschlag zählt bestimmte Verpflichtungen für die Entwicklung, Anwendung und Nutzung dieser Technologien gemäß ethischen Grundsätzen auf, wie z. B. Sicherheit, menschliche Aufsicht und Kontrollierbarkeit, Dokumentation und Überprüfbarkeit durch Aufsichtsbehörden. Zudem strebt der Berichterstatter die Schaffung einer **Europäischen Agentur für künstliche Intelligenz** an, die u. a. eine **Zertifizierung** für die Einhaltung ethischer Grundsätze entwickeln soll. In der Diskussion blieben Fragen zu Anwendungsbereich und zu den Details einer Zertifizierung offen. Die Schaffung einer neuen Europäischen Agentur wurde von einigen Parlamentariern abgelehnt.

MdEP *Axel Voss* (DEU/EVP) legt in seinem Bericht zur **zivilrechtlichen Haftung** beim Einsatz von KI einen Verordnungsvorschlag vor, der für sog. „high risk“ KI-Systeme eine verschuldensunabhängige Haftung des Betreibers vorsieht (siehe hierzu Beitrag des StMJ in diesem EB). MdEP *Stéphane Séjourné* (FRA/ALDE) bedauert in seinem Berichtsentwurf über die „**Rechte des geistigen Eigentums** bei der Entwicklung von KI-Technologien“, dass diese augenscheinlich nicht Teil der aktuellen Überlegungen der Kommission zu KI seien. Der Digitalverband **Bitkom warnte** am selben Tag in einer Pressemitteilung vor einer **Überregulierung**. Dies könnte europäische Unternehmen davon abhalten, KI zu nutzen. Es müsse ein **verhältnismäßiger, konsistenter Rahmen** geschaffen werden.

Meldung des Rechtsausschusses mit weiterführenden Links (in englischer Sprache):

<https://www.europarl.europa.eu/committees/en/juri-committee-making-ai-european-presen/product-details/20200505CAN54985>

Mitteilung des Bitkom:

<https://www.bitkom.org/EN/List-and-detailpages/Press/Bitkom-warns-of-overregulation-for-AI-in-Europe>

Aktualisiertes Arbeitsprogramm der Kommission: Schwerpunkte aus dem Bereich des StMD

Angesichts der notwendigen Konzentration auf das Krisenmanagement hat die Kommission den Zeitplan für einige der in ihrem Arbeitsprogramm angekündigten Maßnahmen angepasst. So sollen die **aus dem Weißbuch künstliche Intelligenz resultierenden Legislativvorschläge** statt Ende des Jahres 2020 im ersten Quartal 2021 vorgelegt werden. Verschieben wurden auch die Aktualisierung des Aktionsplans digitale Bildung auf das dritte Quartal 2020 und ein Gesetzgebungsvorschlag zu einheitlichen Ladegeräten auf das erste Quartal 2021.



Der **Digital Services Act** zur Stärkung des Binnenmarkts für digitale Dienstleistungen soll aber weiterhin als essenziell wichtige Initiative wie ursprünglich geplant im vierten Quartal 2020 vorgelegt werden.

Aktualisiertes Arbeitsprogramm (in englischer Sprache):

https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/cwp-2020-adjusted_en.pdf

Anhang zum Aktualisierten Arbeitsprogramm mit Aufzählung der einzelnen Initiativen (in englischer Sprache):

https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/cwp-2020-adjusted-annexes_en.pdf

Diskussion zwischen Binnenmarktkommissar und Facebook CEO

Am 18.05.2020 diskutierten Binnenmarktkommissar *Thierry Breton* und Facebook CEO *Mark Zuckerberg* in einem vom Centre on Regulation in Europe (CERRE) organisierten Online-Format zu **Kooperation** zwischen Digitalunternehmen und Regierungen, aber auch zu **Regulierung**. *Zuckerberg* stellte die verschiedenen von seinem Unternehmen ergriffenen Maßnahmen gegen illegale und unerwünschte Inhalte und für mehr Transparenz vor, wie z. B. das neu geschaffene [Oversight-Board](#), ein Gremium, das Präzedenzfälle für die Inthtemoderation durch Facebook entscheiden soll. Früher sei das Unternehmen bei illegalen Inhalten nur reaktiv gewesen, heute würden sie durch den Einsatz künstlicher Intelligenz und menschlicher Überwachung oft entfernt, bevor sie wahrgenommen werden. Er betonte den Wert der Kooperation mit Regierungen. Auch *Breton* betonte, wie wichtig Kooperation sei und führte das Beispiel der Reduzierung der Bandbreiten durch die Plattformen innerhalb von nur 24 Stunden an, nachdem er auf eine mögliche Überlastung der Telekommunikationsnetzwerke aufgrund der Ausgangsbeschränkungen hingewiesen hatte. Er führte aber auch aus, man werde vor Ende des Jahres **Regulierung zu digitalen Dienstleistungen** vorlegen. Dabei wolle man auch **ex-ante Regeln, wie sie für den Bereich der elektronischen Kommunikation** schon geschaffen worden seien. Gegen **Desinformation** könne man gar nicht ausreichend vorgehen. Die europäischen Werte seien klar, diese müssten Unternehmen verstehen und sich daran halten. **Regulierung sei womöglich nötig, wo man sich nicht an europäische Werte halte**. Die Unternehmen dürften nicht zu „smart“ mit **Steuern** umgehen, sie müssten **Binnenmarkt** und **Demokratie** respektieren und **problematische Entwicklungen voraussehen**.

Aufzeichnung der Diskussion:

<https://www.youtube.com/watch?v=uZfi6WklfgU&feature=youtu.be>